Einzelpreis 30 Pf. Halle, Freitag, den 19. November 1920. 31. Jahrgang • Nr. 271

Volksblatt

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105095. Hermann Schade.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark. vierteljährl. 18 Mark. durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilentell.

Die Orgesch in Oesterreich.

Herr Forstrat Escherich huldigt einer besonderen Art Imperialismus. Deutschlands Grenzen sind seinen Machtgelüsten viel zu eng. Weit über sie hinaus dehnt sich seine Organisation. In Tirol soll nun eine offene Parade abgehalten werden. Landesschießen der Tiroler Heimatwehren, die der Orgesch unterstellt sind. Bezeichnend ist, daß die Staatsregierung Protest einlegt, die Tiroler Landesregierung aber nicht daran denkt, das Schießen zu verbieten, da in Tirol die Orgesch regiert. Die Landesregierung erklärt, es werde nur aus privaten Stutzen geschossen werden, in Insbruck wird aber plakatiert, daß nur aus deutschen und österreichischen Militärgewehren geschossen wird. Das alles muß die „Arbeiter-Zeitung" nun feststellen, deren Partei dies als Ergebnis von zwei Jahren Koalitionspolitik buchen kann. Nun interpellieren sie im Landtag und müssen sich dort mit leeren Redensarten darüber, daß die Wehren nur Ruhe und Ordnung wollten, abspeisen lassen. Auf den Ausgang der Angelegenheit kann man neugierig sein.

Wenn nicht die Arbeiter eingreifen, wird Orgesch seine monarchistische Parade in Tirol abhalten können.

Frankfurt (Main), 18. November. Der „Frankf. Ztg." zufolge ist der Eisenbahnverkehr von Bayern auf den nach Innsbruck führenden Linien eingestellt worden, da die Eisenbahner von ganz Tirol, wie angekündigt, den Generalstreik erklärt haben.

Nach den griechischen Wahlen.

Die monarchistische Mehrheit, welche die Wahl in Griechenland ergab, ruft in Griechenland nicht nur innere Wirren und Unruhen hervor, sie droht Griechenland auch in Gegensatz zur Entente zu bringen, die in dem vertriebenen König Konstantin, der nun zurückkehren soll, einen Vertreter deutschfreundlicher Politik sieht. Die Königsmacher in Griechenland, vor allem Konstantin selbst, bemühen sich, diese Bedenken zu zerstreuen. Das erklären die folgenden Meldungen:

London, 18. November. König Konstantin erklärte in einer Unterredung mit dem Luzerner Berichterstatter der „Times", er werde nach Griechenland nur zurückkehren, wenn er durch Volksabstimmung dahin berufen werde, da er bei den Alliierten keinen Zweifel darüber bestehen lassen wolle, wie unrichtig Venizelos die Gefühle Griechenlands eingeschätzt habe.

London, 18. November. In einer Unterredung, welche der Korrespondent des „Daily Expreß" mit dem Nachfolger von Venizelos, Rhallis, hatte, erklärte dieser, das neue Kabinett werde in der Richtung der auswärtigen Politik keine Aenderung vornehmen.

Paris, 18. November. Das „Echo de Paris" läßt sich aus Athen melden: Die Führer der Royalisten scheinen auf die Rückberufung König Konstantins auf den Thron aus Rücksicht auf die Entente verzichten zu wollen. Sie sollen beschlossen haben, dem Kronprinzen den Thron anzutragen. Die Royalisten hätten erklärt, sichere Anzeichen dafür zu haben, daß England und Frankreich dieser Lösung der Frage grundsätzlich sich nicht entgegenstellen würden.

London, 18. November. Die „Times" schreibt in einem Leitartikel zur griechischen Königsfrage, die Alliierten würden es vielleicht nicht für ratsam halten, die Rückkehr Konstantins durch physische Kraft zu verhindern. Seine Abdankung sei und bleibe jedoch für sie endgültig.

Athen, 17. November. Das Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz und Auswärtiges, sowie vorübergehend Justiz: Rhallis, Kriegsministerium: Gunnaris, Finanzen: Kalogeropulos, Marine und vorübergehend Ernährung: Johannes Rhallis, Inneres und vorläufig Verkehrswesen: Tsolaris, Unterricht und vorläufig Sicherheitswesen: Zaimis, Wirtschaft und vorläufig Ackerbau: Mavromichalis.

Athen, 17. November. Venizelos ist an Bord der Jacht „Narcissus" nach Nizza abgereist. Ein englischer Kreuzer und zwei Zerstörer gaben ihm das Geleit.

Reaierungskrisen.

Kopenhagen, 18. Nov. Wie die Zeitungen aus Helsingfors melden, haben sämtliche Mitglieder der Regierung ihr Amt niedergelegt, weil der Reichstag die Vorlage über die Grenzbewachungsmaßnahmen abgelehnt hat. Der Präsident von Finnland hat den sozialdemokratischen Führer Tanner ersucht, eine neue Regierung zu bilden.

Natürlich, wenn der bürgerliche Staat nicht mehr aus und ein weiß, muß ein Sozialverräter die Situation zu retten versuchen. Es krieselt übrigens gegenwärtig wieder in einer Reihe von Staaten, in Ungarn, wo die „erwachenden Ungarn" die Regierung gewaltsam stürzen wollen, weil sie noch nicht „terroristisch" genug ist, in der Tschechoslowakei, wo deutsche Exzesse in Eger tschechische Gegenexzesse in Prag hervorgerufen haben, in Griechenland, wo eine monarchistische Mehrheit bei der Wahl zustande kam, in Belgien, wo die Sozialverräter noch über den Eintritt verhandeln, in Portugal, und angeblich sogar in England, wegen Meinungsverschiedenheiten, die es in der Frage des Handelsvertrages mit Rußland in der Regierung geben soll.

Also doch.

Brüssel, 18. November. Der Sozialistenkongreß behandelte am Mittwoch die Frage der Beteiligung an der Kabinettsbildung. Der Kongreß beschloß mit 340 000 gegen 221 000 Stimmen die Beteiligung der Sozialisten am Kabinett Carton de Wiart. Wann werden sich auch die belgischen Arbeiter von diesen Führern befreien?

Brüssel, 18. November. Das neue Ministerium ist wie folgt zusammengesetzt: Vorsitz und Inneres Carton de Wiart (Kath.), Justiz Vandervelde (Soz.), Auswärtiges Jaspar (Kath.), Finanzen Oberst Thennis, Wirtschaftsministerium sowie Ministerium für die verwüsteten Gebiete und die Kriegsschäden Vandervyere (Kath.), Kolonien Franck (lib.), Eisenbahnen ein noch nicht bekannter Liberaler, Kunst und Wissenschaft Destree (Soz.), Ackerbau Baron Ruzette (Kath.), Landesverteidigung Devèze (lib.), Industrie, Arbeit und Verpflegung Wauters (Soz.), Oeffentliche Arbeiten Anseele (Soz.).

Nach dem Siege über Wrangel.

Bevorstehende Offensive an der ukrainischen Front.

Zürich, 18. November. Die Moskauer „Prawda" meldet: Im Großen Rat der Sowjets gab Lenin bekannt, daß der Feldzug gegen Wrangel für beendet anzusehen sei. Die Rote Armee werde schon im gegenwärtigen Augenblick gegen die Banden Petljuras konzentriert. Die neue Offensive gegen die Ukraine sei im Gange.

Moskau, 18. November. Die Roten Truppen griffen die Zentralstation der Krimeisenbahn Dshankoi an und nahmen sie mit einer gewaltigen Beute in Besitz. — Infolge des Angriffes Belachowitsch auf Minsk befindet sich die Rote Armee in einer Lage, die Kriegsoperationen gegen Belachowitsch und Petljura notwendig macht, und es ist den Roten Truppen nicht möglich, sich der neutralen Zone fernzuhalten.

Rußland protestiert gegen Englands Hilfe für Wrangel.

London, 17. November. Tschitscherin hat ein Telegramm an Lord Curzon gerichtet, in dem er sagt: Aus verschiedenen Quellen ist uns Nachricht zugegangen, daß die Absicht bestehe, englische Schiffe zu benutzen, um Wrangels Heer nebst allen Gütern, die Wrangel sich in Südrußland angeeignet hat, aus der Krim wegzuführen. Unleugbar drückt die Teilnahme der britischen Marine an der Bewegung der Aufständischen, die gegen Rußland gekämpft haben, eine feindliche Haltung der britischen Regierung gegenüber der russischen Sowjetregierung und einen Bruch der Versicherungen aus, die uns die britische Regierung verschiedentlich gegeben hat.

Spaltung der österreichischen Sozialdemokratie.

Eine Vertrauensmännerkonferenz der Linken hat sich in Wien am 12. November als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (Linke) konstituiert. In einer Entschließung wird dieser Schritt damit begründet, daß jeder Genosse, der auf dem Boden des Kommunistischen Manifestes für die Ziele des Kommunismus wirkt, aus der Partei gedrängt würde. Da am 14. November bereits die Arbeiterratswahlen beginnen und den Linken jede Kandidatur dazu von Parteiwegen unmöglich gemacht ist, müsse schon jetzt — ohne die Reichskonferenz abzuwarten — zur Gründung der Linkspartei geschritten werden. Der Zweck der Partei ist die Sammlung und Organisierung aller revolutionären Sozialisten zum Kampfe um den Kommunismus.

Die Wiener „Rote Fahne" begrüßt die neue Partei und hofft, daß es mit ihr und der kommunistischen Partei baldigst zu einer einheitlichen Sektion der 3. Internationale kommen möge. Einem Briefe aus Oesterreich entnehmen wir dazu folgendes:

„Durch allerlei Machinationen ist es unseren Rechtsern gelungen, uns um unsere Vertretung am Parteitage zu bringen. Im Bewußtsein, daß wir in Kürze die Mehrheit der Partei gewinnen würden, hat man uns aus der Partei gedrängt. Aus Furcht vor den Massen und um uns zu zersplittern, wohl nicht direkt, aber hintenherum, indem man uns eine schriftliche Austrittserklärung aus der Linken (die gar keine Organisation besaß) zumutete, da sonst am 14. November unsere Streichung aus den Parteilisten erfolgt. Fritz Adler erklärte auf der Hietzinger Konferenz unverblümt, daß er das Schicksal von Halle verhüten will. Wer für den Kommunismus wirken will, möge zur KP. gehen.

Wir haben uns selbstverständlich dem schimpflichen Joch nicht gebeugt. Die endgültige Entscheidung wird erst auf unserer Reichskonferenz am 28. November fallen. Um aber in die am 14. November beginnende Arbeiterratswahl eingreifen zu können, hat am 12. November eine Versammlung von 280 unserer Hauptvertrauensmänner aus Wien und Umgebung einstimmig den sofortigen Austritt aus der Sozialdemokratie und die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Dt. (Linke) beschlossen, wobei ausdrücklich klargestellt wurde, daß die neue Partei in absehbarer Zeit mit der KP. Deutschösterreichs in eine neue KP. aufgehen wird."

Schwierigkeiten für den Genfer Kongreß.

Bern, 17. November. Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat beschlossen, den deutschen Unabhängigen die Verschiebung der internationalen Konferenz vom 5. Dezember vorzuschlagen. Sie faßte ferner den Beschluß, sich für den Fall, daß die Verschiebung nicht erfolgen würde, an der Konferenz nur zu beteiligen, wenn daran keinerlei Clemente der 2. Internationale teilnehmen.

Die Verfassung für Oberschlesien.

Das in der öffentlichen Sitzung des Reichsrats am 16. November einstimmig angenommene Gesetz über Oberschlesien lautet im wichtigsten Teil: „Es ist eine Landesversammlung zu wählen, die binnen 3 Monaten nach der amtlichen Feststellung des Abstimmungsergebnisses zur Einsetzung der Landesregierung und zur Beschlußfassung über die Landesverfassung einzuberufen ist. Der Reichspräsident erläßt die Wahlordnung nach den Grundsätzen des Reichswahlgesetzes und bestimmt den Wahltag.

Das Sozialisierungswettrennen.

Berlin, 18. November. Der Gesamtvorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands richtet im „Vorwärts" einen offenen Brief an den Reichskanzler, in dem dieser darauf hingewiesen wird, daß die Bergarbeiter-Gewerkschaften aller Richtungen sich in Revierkonferenzen und auf den Generalversammlungen ihrer Organisationen einmütig für die Sozialisierung des Bergbaues entschieden haben. Gleichzeitig wird der Reichskanzler gebeten, den Bergarbeitern jetzt mitzuteilen, welche Stellung das Reichsministerium zur Bergbau-Sozialisierung einnehme. Die Bergarbeiter müssen wissen, was sie von der Reichsregierung zu erwarten hätten.

Daß ist doch leicht zu beantworten, noch weniger als die verlangte Schwindelsozialisierung. Wenn es übrigens noch eines Beweises bedurfte für die Wertlosigkeit der Hilferdingschen Sozialisierung, so ist es die Energie, mit welcher die Rechtssozialisten dafür „mitkämpfen".

Was wollen die Rechtsunabhängigen?

Daß die Rechtsunabhängigen nach dem Mehrheitsbeschluß von Halle, um uns den Organisationsapparat entwenden zu können und durch die Aneignung eines Teils der Presse von den Mitgliedern in ihren Reihen festzuhalten, was sich festhalten läßt, zu der lächerlichen Lüge Zuflucht nahmen, wir seien aus der Partei ausgetreten und in die KPD. eingetreten, sie, die Minderheit, sei die Partei, könnte man ihnen zur Not noch verzeihen, so sehr dieses Vorgehen mit ihrem angeblichen Abscheu vor unsittlichen Mitteln kontrastiert und ihre Schwäche beweist, so sehr es auch den Kampf unter den Arbeitern für einige Zeit vergiftet und das Ansehen des Proletariats schädigt. Wenn es irgendein für das kämpfende Proletariat nützliches Ziel gäbe, zu dessen Verwirklichung der Bestand dieser Partei erforderlich wäre, dann könnte man wenigstens sagen, sie bildeten sich ein, mit solchen Mitteln sich aufhelfen zu können und dadurch eine dem Proletariat nützliche Partei am Leben zu erhalten, obwohl derartige Mittel, denen, die sie anwenden, immer letzten Endes mehr schaden als nützen.

In Wahrheit aber würden die Führer dieser Rechtspartei in die tödlichste Verlegenheit kommen, wenn sie sagen sollten, wozu diese Partei eigentlich da ist. Das eine ist doch klar: Alle ihre Argumente gegen die russische Methode, gegen den Bolschewismus, sind letzten Endes Argumente gegen die Diktatur des Proletariats, die nun einmal in Wirklichkeit eben nicht so aussieht, wie eigenwillige Theoretiker sie sich in ihrem stillen Studierstübchen vorstellen, die selbstverständlich den verzweifelten Widerstand der jetzt herrschenden Klasse und so den Bürgerkrieg mit allen seinen Folgeerscheinungen hervorruft. Es ist doch ganz lächerlich, anzunehmen, die stolzen Herren, die uns gegenwärtig bedrücken, würden eine Diktatur ohne verzweifelte Gegenwehr über sich ergehen lassen, noch dazu eine Diktatur, die ihnen das Verfügungsrecht über das Kapital und damit jede Ausbeutungsmöglichkeit raubt, und überdies durch die von ihnen verachteten Proletarier ausgeübt wird. Infolgedessen wird jede Diktatur des Proletariats, in Deutschland sogar noch mehr als in Rußland, weil hier eine stolzere und herrschsüchtigere Bourgeoisie besteht, sich nur im härtesten Kampfe behaupten und darum allen Notwendigkeiten eines solchen Existenzkampfes gerecht werden müssen. Nur um diesen Preis ist der Sozialismus zu haben. Wer ihn ernstlich will, weil er einsieht, daß der Kapitalismus uns alle dem Abgrund entgegenführt, muß sich mit dieser harten geschichtlichen Notwendigkeit abfinden. Wer das noch nicht begreift, wer entweder unter solchen Umständen lieber auf den Sozialismus verzichtet, ohne zu verstehen, daß er dadurch den Kampf, der doch kommt, nicht vermeidet, sondern nur die Kampfkraft des Proletariats schwächt und seine Niederlagen und Leiden vermehrt, oder wer sich einbildet, der Sozialismus könne auf friedlichem Wege durchgeführt werden, der muß aus diesem Irrtum heraus konsequenterweise so lange für den falschen Weg der Demokratie eintreten, bis ihn die Erfahrung eines besseren belehrt, wie ja zwei Jahre „Demokratie" schon so viele belehrt haben. Was aber soll in aller Welt eine Partei für einen Sinn haben, die weder das eine noch das andere will, die den Weg der Demokratie bereits als falsch erkannt zu haben vorgibt und doch nicht die Konsequenzen der Diktatur auf sich nehmen, doch nicht in die Reihen derjenigen, die für die Diktatur kämpfen, eintreten will?

Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: Die Rechtsunabhängigen glauben, daß die Situation, welche die USPD. großgemacht hat, noch besteht. Millionen Arbeiter haben bereits erkannt, daß sie die Demokratie um alle Errungenschaften der Revolution brachte und der Reaktion das Wiedererstarken ermöglichte, aber sie lernen nur allmählich und zögernd, sich mit allen Konsequenzen und Notwendigkeiten des Kampfes, zu dem ihr Wille immer entschiedener hindrängte, vertraut machen. Aus diesem Grunde konnte eine Partei, in welcher das Gegeneinanderwirken eines aufstrebenden linken Flügels und eines herrschenden rechten Flügels im Verein mit der erzwungenen Rücksicht auf die Massenstimmung dazu führte, daß ein revolutionäres Programm geschaffen wurde, die Praxis aber reformsozialistisch war, so gewaltige Werbeerfolge erzielen und die Massen sammeln. Sobald aber die Entwicklung so weit fortgeschritten war, daß große Massen der Mitglieder trotz der Haltung unserer Presse und der Bemühungen unserer rechten Führer bereits genügend revolutioniert waren, um die Haltung dieser Führer und die Praxis

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201119-19/fragment/page=0001

der Partei als opportunistisch zu empfinden, mußte der Zusammenbruch kommen, der Rahmen durch die Gegensätze innerhalb der Partei gesprengt werden. Es ist lächerlich, dafür die Russen verantwortlich zu machen. Wäre die Zeit nicht reif gewesen, so wäre der Weckruf der Russen wirkungslos verhallt und die rechten Führer hätten es leicht gehabt die Mitglieder unserer Partei durch den Hinweis auf die russische Knute zu schrecken und bei der Stange zu halten. Wenn nun die Unabhängigen meinen, eine ähnliche Entwicklung würde ihr geleertes Lager wieder füllen, so täuschen sie sich gründlich über die Situation; sie hoffen, wie früher mit dem Aushängeschild der Diktatur und mit der Verschleierung ihrer wahren Natur, die zögernd von rechts kommenden anzulocken und vielleicht manche zurückzugewinnen, die nur aus einem Gefühl heraus, ohne genügende Entschlossenheit, zu uns kamen. Sie hoffen, so die Sammlung des revolutionären Proletariats zum Kampf und damit auch den Kampf selbst vereiteln oder wenigstens verzögern zu können. Ihr Hauptziel ist letzten Endes die Vereitelung der Revolution, deren Meduseneinzelnis sie erschreckt und deren Ergebnisse sie auf dem Wege des Reformismus wohlleicht erhalten zu können sich einbilden oder behaupten. Aber die Entwicklung geht trotz aller Rückschläge und Wellenbewegungen nicht rückwärts, sondern vorwärts. Jetzt wird die geeinigte Kommunistische Partei das Lager der Sammlung derjenigen werden die in voller Erkenntnis der Tragweite dieses Entschlusses für die Diktatur sind, während diejenigen die noch nicht soweit sind, jetzt, da sie das wahre Wesen der Diktatur kennenlernen und davor zurückschrecken, zunächst wieder in das Lager der Demokratie flüchten, bis auch ihnen der fortschreitende wirtschaftliche Zusammenbruch und die wachsende Gefahr der Reaktion begreiflich macht, daß dieser Verzicht den Kampf doch nicht abwendet und nur die Kraft des Proletariats in diesem Kampfe verhängnisvoll lähmt. Auch den Rechtssozialisten wird diese Entwicklung keinen Nutzen bringen, denn die Revolutionierung der Massen schreitet unaufhaltsam weiter vor, noch viel weniger aber den Rechtsunabhängigen. Wer heute zur Diktatur bekehrt wird wo die Klarheit über das Wesen der Diktatur immer größer wird und weitere Verbreitung findet, der kommt ohne den Umweg über die Halbdiktatur in unser Lager.

Schon verlassen Hunderttausende von Proletariern das Lager der Halbheit, noch zögern viele von ihnen, den entscheidenden Schritt zu tun und das Lager der Weltrevolution entschlossen zu betreten, aber für uns, streitet die historische Notwendigkeit. Die Folgeerscheinungen des gegenwärtigen Systems öffnen immer mehr Proletariern die Augen darüber, daß es so nicht weitergeht und deshalb der einzige Ausweg ins Freie erkämpft und beschritten werden muß, komme, was kommen mag!

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung, Donnerstag, 18. November, 8 Uhr nachm.

Die Interpellationen Müller (Franken und Gen., betreffend Vorlegung eines Gesetzes über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und Dr. Streesemann und Gen., betreffend die gegenwärtige Wirtschaftskrisis, werden einstweilen vertagt. Das Haus geht dann die Besprechung der Interpellation Arnstadt und Genossen über Kartoffellieferungsverträge fort. Abg. Wallmann (Soz.) macht die Landwirtschaft für die Kartoffelnot verantwortlich. Die Ernte sei reichlicher gewesen als im Vorjahre. Der Landwirt habe große Mengen Kartoffeln wieder verfaulen lassen, ohne er seinen Lieferungsverpflichtungen nachkam. Abg. Döbrich (D. Vp.) bestreitet, daß die Landwirtschaft die Schuld an den Verhältnissen trage. Im Gegenteil seien mehr Kartoffeln am Markte als früher und auch die Preise für die Ablieferungsabkommen billiger (!) geworden. (Und für die Partei stimmen noch immer Arbeiter. D. Red.) Für die Not der größeren Städte habe die landwirtschaftliche Bevölkerung volles Verständnis. Die Leute seien Wucherer und Schieber. Dafür erwarte sie aber auch ein kleines Verständnis für ihre eigene Lage. Auch Abg. Blum (Zentr.) bestätigt sich als unfreiwilliger Humorist. Die Organisation der Landwirte sei von Nächstenliebe getragen, sie habe die Kartoffelpreise freiwillig herabgesetzt und lehne jede Verbindung mit Schiebern ab, andererseits aber erwartet sie von der Reichsregierung Unterstützung ihrer berechtigten Wünsche. Abg. Herz (VSP. rechts): Den Eisenbahnern, welche die Kartoffelschiebungen verhindert haben, gebührt der Dank des ganzen deutschen Volkes. Den Erklärungen der Regierung stehen wir mit allergrößtem Mißtrauen gegenüber. Wir haben zwar ein Ministerium für die Landwirtschaft, aber ein Ministerium gegen die Ernährung. Nach Abg. Dietrich-Baden (Dem.) kommt unser Genosse Thomas zu Wort, der allen Ursachen der maßlosen Preissteigerung der Kartoffeln etwas gründlicher nachgeht. Da unsere Kartoffelausfuhr zu Wegfall gekommen ist, müßten wir Kartoffeln in außerordentlicher Menge haben. Sehr viel verschulden die Transportmängel. Die Preise werden vielfach auf dem Umwege maßlos in die Höhe getrieben, daß die Landwirte Speisekartoffeln als anrüchiges Saatgut verkaufen. Die Kartoffeln werden ins Ausland verschoben, zur Schweinemast verwendet, dem Arbeiter das unentbehrliche Nahrungsmittel unerschwinglich gemacht. Dagegen tobt natürlich Schiele (Dn.), der alles für Verleumdung erklärt.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes verteidigt die Regierung gegen den Vorwurf, als ob die Beseitigung des Schleichhandels nur von ihrem guten Willen abhänge. Da hat er ausnahmsweise einmal recht. Denn nur die Beseitigung des ganzen Systems, nur die Mißherrschaft der Arbeiter, ihre Diktatur, ermöglichen ein durchgreifendes Vorgehen gegen den Wucher.

Nächste Sitzung Freitag nachmittag 1 Uhr. Schluß 7¼ Uhr.

Preußische Landesversammlung.

In Beantwortung kleiner Anfragen teilt die Regierung u. a. mit, daß für die nächste Zeit eine Aenderung des Feuerbestattungsgesetzes noch nicht in Aussicht genommen sei, ferner, daß es nicht in ihrem Sinne liege, preußische Gebiete an Thüringen ohne Zustimmung der Betroffenen abzutreten. Es folgt die Beratung der Vorlage über die Uebertragung der preußischen Staatsbahnen auf das Reich, die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Beseitigung der Konfliktserhebung bei gerichtlicher Verfolgung von Beamten und Soldaten wegen Amts- und Diensthandlungen und die zweite Haushaltsberatung. Der Rechtssozialist Heilmann wendet sich scharf gegen die Klassenjustiz, ohne freilich die Schuld seiner Partei daran hervorzuheben, daß es so kommen konnte. Noske erwähnte er merkwürdiger weise als Opfer, nicht als Anstifter von Klassenjustiz, weil sein Photograph nicht bestraft wurde. Das ist wahrhaftig noch das erträglichste Exempel von Klassenjustiz gewesen.

Orgesch muß bleiben

und wenn das Ruhrgebiet besetzt wird.

Ministerpräsident v. Kahr bemerkte im bayrischen Landtag zur Einwohnerwehrfrage daß die bayrische Regierung an der Einwohnerwehr festhalte, solange der Bestand des Staates nicht so gesichert ist, daß er auf das Hilfsmittel des Selbstschutzes verzichten kann. Die bayrische Regierung befinde sich dabei durchaus im Einvernehmen mit dem Geiste des Friedensvertrages. Der demokratische Abg. Müller-Meiningen schloß sich diesem Standpunkt an. Dazu bemerken führende Zentrumsblätter, sie hätten zuverlässige Berichte darüber daß die Entente bereits beschlossen habe, das Ruhrgebiet zu besetzen, wenn die Orgesch in Bayern nicht entwaffnet wird. Trifft das zu, dann besteht in Bayern eine ähnliche Situation wie vor dem Kapp-Putsch im Reich, nur daß jetzt die Arbeiterschaft etwas mehr Erfahrungen gesammelt hat. Kahr aber betonte selbstverständlich, daß die Gerüchte über einen Rechtsputsch unsinnige Erfindungen seien. Ein Putsch drohe von links. Kahr irrt. Von links kommt kein Putsch mehr, sondern mit geschichtlicher Notwendigkeit — die Revolution.

Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Mit der Schwierigkeit, eine tragfähige Mehrheit für eine Regierung zu finden, beschäftigt sich bereits die sächsische Presse. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bleiben bei dem Vorschlage einer Koalition von Volkspartei, Demokraten und Mehrheitssozialisten. Für diesen „Ausweg" ist auch die rechtssozialistische „Dresdner Volkszeitung" zu haben, weil die Mehrheitssozialisten als stärkste Fraktion im Landtage ihren Einfluß nicht verlieren dürfen. Wie wir gestern voraussagten, hat das die „Chemnitzer Richtung" auf dem Plan gerufen, die eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei für unmöglich erklärt. Für der Krach ist bei den Scheidemännern bereits da, über den der Parteivorstand und -ausschuß in Berlin entscheiden soll. Die rechtsunabhängige „Leipziger Volkszeitung", das führende Organ der Rechtsunabhängigen, hat noch keine eigne Meinung zur Regierungsbildung [illegible] will wahrscheinlich warten, wie sich die Rechtssozialisten entscheiden.

Fehrenbach und Simons auf Reisen.

Die beiden führenden Persönlichkeiten der Reichsregierung, Reichskanzler Fehrenbach und Außenminister Dr. Simons bereisen gegenwärtig das Rheinland und halten große politische Reden. So sprachen sie beide zugleich in Düsseldorf, Köln, Aachen und anderswo. Der Zweck ist anscheinend die „rheinische Treue" für Deutschland zu stärken. Und darum wird eine Menge Drum und Dran inszeniert, damit die nötige Begeisterung erzeugt wird.

Politische Bedeutung hat der Inhalt ihrer Reden nicht. Sie machen ein wenig in Chauvinismus und versprechen — was keiner halten kann. In Köln jammerte Fehrenbach über das Kohlenabkommen, die Wohnungsnot und die Teuerung. Versprach umfassende Maßregeln gegen Arbeitslosigkeit, die Finanznot und gegen das Durcheinanderarbeiten seiner Behörden. In Düsseldorf jammerte Dr. Simons über die Härten des Friedensvertrags. Selbst die Hoffnung, daß uns die zugesicherte Goldprämie von fünf Mark für die Tonne und der Vorschuß in Höhe der Differenz zwischen Inland- und Weltmarktpreis für die Lebensmittel, die der deutschen Bevölkerung und insbesondere den Bergarbeitern zur Verfügung stehen sollten, sei zunichte geworden. Von zeuerischer Seite werde behauptet, die Schwierigkeiten in der deutschen Industrie bestünden nicht in dem Mangel an Kohlen, sondern in dem Mangel an Aufträgen. In Wirklichkeit sei aber auch da, wo ein solcher Mangel an Aufträgen vorhanden sei, die Ursache ganz wesentlich in der ungenügenden Belieferung der Kohlen und der damit verbundenen ungenügenden wirtschaftlichen Ausnützung der Betriebe zu suchen. Einen Ausweg weiß er den Rheinländern nicht zu zeigen.

So wird ihre große politische Mission im Rheinlande ausgehen wie das Hornberger Schießen. Sie werden mit ihren gesammelten Eindrücken vom anderen Ufer des Rheins heimkehren in ihre stillen Regierungsgemächer und ihre ganze Regierungskunst wird weiterhin darin bestehen — den Karren tiefer in den Dreck zu fahren.

Konterrevolutionäre Fieberphantasien.

Die bürgerliche Presse meldet:

Auerbach i. Vogtl., 16. November. „Der Bandenführer Max Hölz, über dessen Aufenthalt seit langer Zeit ein geheimnisvolles Dunkel lagert, ist gestern abend hier aufgetaucht. In Begleitung seines Freundes Gödel, mit dem er seinerzeit auch nach Böhmen entwichen war, erschien er in der achten Stunde bei dem hiesigen Fabrikanten Hans Knoll und verlangte von diesem die Herausgabe von 50 000 Mk. Knoll, der diese Summe nicht zur Verfügung hatte, mußte dem Hölz seine gesamte Barschaft in Höhe von mehreren Tausend Mark aushändigen, worauf letzterer mit seinem Begleiter spurlos in der Dunkelheit verschwand. Seine Identität ist durch mehrere Personen einwandfrei festgestellt."

Die Regierung macht zur Verulkung der Spießer bekannt, daß sie alles tun wird, um ein weiteres Auftreten Hölz zu verhüten.

Wir halten die Geschichte für aufgelegten Schwindel, da sich Max Hölz unseres Wissens nicht in Sachsen befindet.

Lockspitzel unter den Arbeitslosen.

Die Versammlung der Berliner Betriebsräte am vergangenen Sonntag wurde durch eine Angahl Arbeitslose zu sprengen versucht. Unter den Arbeitslosen gebärdeten sich einige ganz besonders provokatorisch. Sie erregten den Verdacht der Arbeiterschaft, und in der Tat stellte sich bei einer Untersuchung heraus, daß sie Legitimationen konterevolutionärer Organisationen, der Orgesch, des Deutschen Herold, des Berliner Heimatverbandes, des „Germanischen Stoßtrupps" und der Organisation „Stahlhelm" bei sich trugen. Die Berliner Betriebsräte haben die Lockspitzel mit einer gehörigen Tracht Prügel entlassen.

In den Spuren Scheidemanns.

Was die Scheidemannpartei so rasch in den Augen der denkenden Arbeiter abwirtschaften ließ, war vor allem ihre Mithilfe an der Mobilisierung der Staatsgewalt gegen die Revolution. Die Hilferdinge scheinen sich schon darauf einzurichten, diese unfehlbare Methode der Beschleunigung des eigenen Zusammenbruchs nachzuahmen. Nach dem Revolutionstage zeterte die „revolutionäre" „Leipziger Volkszeitung", daß unser Blatt offen für die Revolution eintrete, war allerdings so vorsichtig, nicht offen nach dem Staatsanwalt zu rufen. Ein württembergisches Wochenblättchen der rechten USP wird deutlicher, es schreibt zu der Beschlagnahme unseres Blattes in Stuttgart:

„Braucht man sich, angesichts der Schreibweise des „Sozialdemokrat", über das Vorgehen der Regierung besonders zu wundern? Wenn man so wie der „Sozialdemokrat" bei jeder unpassenden Gelegenheit auf offenem Markt den Bürgerkrieg ausschreit und den gewaltsamen Sturz der Regierung verkündet, darf man sich wirklich nicht darüber aufregen, wenn diese Regierung einmal um sich schlägt. Wer hier gleich Machtproben wittert, leidet entweder an einer Art Revolutionskoller, oder aber er will absichtlich die Arbeiterschaft zur Austragung solcher Machtproben aufputschen, die sie unrettbar ins Verderben stürzen müßte. In beiden Fällen sind Leute solchen Kalibers gleich gefährlich und die Arbeiterschaft sollte in ihrem eigenen Interesse sobald als möglich mit ihnen tabula rasa machen."

Hatte Sinowjew nicht recht, wenn er uns prophezeite, je weiter die Revolution vorwärtsschreite, desto unverhüllter würden wir unsere Hilferdinge im Lager der Gegenrevolution erblicken können.

Eine unangenehme Erinnerung.

Die „Freiheit" erinnert anläßlich ihres zweijährigen Bestehens an alle Forderungen, die sie von Anfang an erhoben habe, und merkt gar nicht, wie sie selbst damit die Halbheit und Verwirrungspolitik kennzeichnet, die sie immer betrieb. Die „Rote Fahne" ist aber so boshaft, eines nachzuholen, was die „Freiheit" vergessen:

„Zu eben der Zeit, als die militärische Herrlichkeit des neuen Deutschlands am Boden lag, setzten sich die Vertreter der deutschen Gewerkschaften und die der deutschen Schwerindustrie zusammen und gründeten die Arbeitsgemeinschaft. Wirklich revolutionäre Arbeiter erkannten damals sofort, daß hier die Revolution an den Kapitalismus verkauft und ausgeliefert werden sollte. Nicht aber erkannte das die „Freiheit", die in ihrer Nummer vom 18. November 1918 folgendes schrieb: „... Jeder Arbeiter wird sich der Erfolge freuen, die ihm durch die Abmachungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden zuteil werden." Daran möchten wir die „Freiheit" erinnern."

Und wir möchten hinzufügen, daß sich die „Freiheit" heute wohl nicht mehr traut für die Arbeitsgemeinschaften zu sein, daß sie aber nach der Ablösung des linken Flügels nur noch viel gründlicher für die Arbeitsgemeinschaftspolitik kämpft. Siehe Stellung zur Betriebsrätefrage, Hilferdingsche Kohlensozialisierung, Dißmannsche Gewerkschaftspolitik usw.

Wohin steuern die Hilferdinge?

Am letzten Sonntag tagte in Berlin die Verbandsgeneralversammlung Berlin-Brandenburg der Crispienschen USP. Nach dem Bericht der „Freiheit" wurde der Pressekommission zwei gleichartige Anträge aus Charlottenburg und Lankwitz überwiesen, nach welchen die „Freiheit"-Redaktion auf die Anwürfe der „Internationale" und „Roten Fahne" nur in Form sachlicher Richtigstellungen eingehen soll. Ferner lag ein Antrag vor, die Sozialisierungsfrage durch einen Referenten und Korreferenten behandeln zu lassen. Diese Anträge beweisen, daß die „Reinigung" der Rechten USP. doch nicht so vollständig ausgefallen ist, wie es die Hilferdinge gerne gewünscht hätten. Selbst die Arbeiter die noch bei dem rechten Flügel der USP. geblieben sind, zeigen sich als nicht verblödet genug, um die Politik der Hilferdinge widerspruchslos mitzumachen. Sie protestieren gegen die pöbelhafte Manier, in der die „Freiheit"-Redaktion ihren Kampf gegen die linke USP. und die KPD. führt. Wenn die Hilferdinge also in Ruhe ihre „revolutionäre Arbeit" ausführen wollen, werden sie der „Reinigung" ihrer Partei von Stoke fortlaufend so viele „Reinigungen" folgen lassen müssen, bis sich kein klassenbewußter Arbeiter mehr in ihren Reihen befindet.

In der Verbandsgeneralversammlung referierte Crispien über die politische Lage. Er erklärte in seinem Referat:

„Da wir mit den ständigen einzelnen Lohnkämpfen nicht mehr auf die Dauer auskommen können, ist mit den Gewerkschaften eine Verständigung anzustreben, zwecks Erhebung der alten marxistischen Forderung der Sicherung eines gesetzlich festgelegten Existenzminimums für die Zeit des Bestehens des Kapitalismus."

Diese „alte marxistische Forderung" Crispiens ist eine kleinbürgerliche Utopie. Der Einfall, in der Zeit des kapitalistischen Verfalls den Arbeitern „gesetzlich" ihr Existenzminimum sichern zu können, kennzeichnet das Niveau, auf dem die Crispien und Genossen angelangt sind. Kein Zweifel, daß sie sich mit der reaktionären Gewerkschaftsbureaukratie darüber „verständigen" werden, durch die „alte marxistische Forderung" in den Arbeitern die Illusion zu wecken, es sei noch möglich, innerhalb des kapitalistischen Systems eine wirkliche Sicherung ihrer Lebenshaltung zu erreichen, und sie so vom Kampfe zur Beseitigung des Kapitalismus abzuhalten.

Vereinbarungen, Verständigungen, Vorträge, nur kein Kampf! Das ist die Parole der Hilferdinge. Ihre „Revolutionierung der Gewerkschaften" besteht darin, daß sie in Harmonie mit den Gewerkschaftsbureaukraten auf den Bahnen der Arbeitsgemeinschaft wandeln und wenn es ihnen zweckmäßig erscheint, den Arbeitern wohlabgetönte Reden von Klassenkampf und Revolutionierung halten.

Eine Hilfsaktion für das ungarische Proletariat.

Eine am 12. November in Berlin stattgefundene Konferenz, an der sich außer dem Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Jugend-Internationale die ungarländische Kommunistische Partei, die ungarische Sektion der KPD., die Unterstützungskommission für internierte Notarmisten, die Betriebsrätezentrale und die Kommunistische Jugend Deutschlands beteiligte, nahm zu der von der Kommunistischen Jugend-Internationale eingeleiteten internationalen Hilfsaktion für die noch in den Gefängnissen und Internierungslagern in Horthy-Ungarn schmachtenden Genossen Stellung und beschloß die Einsetzung eines Landeskomitees für Deutschland, daß als nächste Aufgabe die Vereinheitlichung der nebeneinander laufenden proletarischen Hilfsaktionen zugewiesen bekam.

Alle näheren Direktiven, Vortragsdispositionen, bildliche Illustrationen zum weißen Terror in Ungarn, Flugschriften, Plakate usw. werden den Landeskomitees durch das Internationale Zentralkomitee, das aus einem Mitglied des Exekutivkomitees der KJI., einem Vertreter des Vorstandes der Ungarländischen Kommunistischen Partei zusammengesetzt ist, übermittelt werden.

England räumt.

London, 18. November. Die englische Regierung hat den Befehl erteilt, Persien unverzüglich von den britischen und indischen Truppen zu räumen. Ferner wurde angeordnet, die britischen Truppen in Mesopotamien auf ein Minimum zu beschränken, da dieses Land der in Bildung begriffenen arabischen Regierung übergeben werden soll.

Kinderfürsorge in Sowjet-Rußland.

In der Kinderfürsorge hat die Sowjetregierung immer eine ihrer Hauptaufgaben gesehen. Die unentgeltliche Ernährung der Kinder, die seit dem Mai 1919 besteht, bildet einen der gigantischen historischen Marksteine, die den Siegeszug der proletarischen Kommune durch die Welt bezeichnen.

Das Dekret über die unentgeltliche Ernährung der Kinder, daß am 17. Mai des vorigen Jahres veröffentlicht wurde, verfügte, daß alle Nahrungsmittel, die von den örtlichen Verpflegungsorganen, wie von den Läden, so auch von den öffentlichen Speiseanstalten Kindern verabfolgt werden, in Zukunft unentgeltlich auf Kosten des Staates verteilt werden müßten. Allen Verpflegungsorganen wurde es zur Pflicht gemacht, Nahrungsmittel für Kinder an erster Stelle zu verabfolgen, wobei das Recht auf unentgeltliche Ernährung allen Kindern, ganz unabhängig von der Klassenzugehörigkeit ihrer Eltern, zuerkannt wurde.

Das Recht auf unentgeltliche Ernährung, das durch das erste Dekret allen Kindern bis zu zwölf Jahren gewährt wurde, nach einigen Tagen bis auf das Alter von 14 Tagen erweitert und endlich auf alle Kinder bis zum Alter von 16 Jahren ausgedehnt wurde, bringt eines der wichtigsten Prinzipien der neuen Gesellschaftsordnung zur Geltung:

Alle Kinder sind Kinder des sozialistischen Staates. Die Wichtigkeit und historische Bedeutung dieser Frage für die Tätigkeit der Sowjetrepublik, auf die das Dekret über die Kinderernährung fußt, machten es der öffentlichen Ernährungsabteilung des Verpflegungskommissariats zur Pflicht, die allerschöpfendsten Maßregeln zu ihrer Verwirklichung zu ergreifen. Zu diesem Zweck ist von dem Kollegium des Verpflegungskommissariates eine genau ausgearbeitete Verordnung über die Verabfolgung der Kindermahlzeiten bestätigt worden, in der eine ganze Reihe von Anforderungen, die hygienische Seite der Zubereitung der Speisen, deren Mannigfaltigkeit und das allgemeine Verhalten der Kinder berücksichtigt. Rechnung getragen wird.

In der Praxis erfolgte die Verwirklichung des Dekrets über die unentgeltliche Ernährung der Kinder, beispielsweise in Petrograd, in sehr kurzer Zeit. Am 15. Juni, also weniger als einen Monat nach Veröffentlichung des Dekrets, wurden 80 Prozent aller Kinder im Alter von 1 bis 14 Jahren unentgeltlich in den öffentlichen Speiseanstalten beköstigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201119-19/fragment/page=0002

Eine Note Tschitscherins an China.

Moskau, 16. November. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, richtete an das chinesische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten eine Note, in der er erklärte, die Sowjetregierung sei der Ansicht, daß die gemeinsamen Interessen eine baldige Vernichtung der Weißgardisten, die sich nach der Niederlage Semenows auf chinesisches Gebiet zurückgezogen hätten, forderten und sei deshalb bereit, den chinesischen Truppen Beistand zu leisten. Die Sowjetregierung betont, daß ihre Truppen, die in die Mongolei einrücken, als Freunde Chinas erschienen und nach Erfüllung ihrer Aufgabe sofort das chinesische Gebiet räumen würden.

Wie das deutsche Proletariat lebt.

Ein furchtbares Bild des Elends des Proletariats in der glorreichen Zeit der kapitalistischen „Ordnung" wurde enthüllt in einer Sitzung des Elternbeirates in Husum (Holstein). Dort erklärte bei der Beratung über die Einführung einer Schulbadegelegenheit der Lehrer, daß die meisten Kinder vom Baden Abstand nehmen müßten, da sie kein Hemd am Leibe haben und sich schämen müßten, dies beim Baden zu offenbaren. Der Lehrer gab weiter die Mitteilung eines Arztes, nach der dieser an einem einzigen Tage 25 Patienten behandelt hatte, die sämtlich kein Hemd am Leibe hatten.

Selbstverständlich herrschen nicht nur in Husum so trostlose Verhältnisse. Das ganze Proletariat Deutschlands ist heute in ähnlicher Weise heruntergerissen. Kein Hemd haben die Arbeiterkinder am Leib und die Bourgeoisie verkleistern den Arbeiterlern das Gehirn mit Schreckensbildern aus dem bolschewistischen Rußland, nur damit ja niemand rüttelt an den „herrlichen" Zuständen, unter denen heute das Proletariat in Deutschland vegetiert.

Die Arbeitsaufnahme bei Borsig.

Wir berichteten schon vom Ende des Streiks bei Borsig. Die Firma hat nur in wenigen der 7 strittigen Punkte nachgegeben, insbesondere nicht begnädigt der von den Arbeitern verweigerten Ausfuhr eines elektrischen Ofens. Eine überfüllte Betriebsversammlung mußte sich nach leidenschaftlicher Aussprache dennoch für das Kampfende aussprechen, nachdem sich die Vorstandarbeiter von fast allen Seiten im schwersten Kampfe allein gelassen sah. Wegmann benutzte die Versammlung, um Aufklärung über die Notwendigkeit der Produktionskontrolle zu schaffen. Als er feststellte, daß die Betriebsrätezentrale gerade in dem Moment, wo sie gemeinsam mit den Gewerkschaften diesen Kampf führen wollte, von dieser im Stiche gelassen werde und durch Lösung des Abkommens zwischen beiden der finanziellen Grundlage beraubt werden sollte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Die Arbeiter werden auch an dieser Niederlage lernen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission gegen die Betriebsrätezentrale.

Die Berliner Gewerkschaftskommission, die bekanntlich rechtsmehrheitlich orientiert ist, hat mit 94 gegen 30 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„Nachdem der Betriebsrätekongreß der Organisierung der Betriebsräte im Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Sanktion erteilt hat, beschließt die am 15. November 1920 stattgefundene Plenarversammlung, sich ebenfalls auf den Boden der Beschlüsse des Betriebsrätekongresses zu stellen."

Durch diesen Beschluß soll die selbständige Betriebsräteorganisation Berlins durch Unterbindung der Finanzierung, die bisher auf Grund eines Abkommens durch die Gewerkschaftskommission erfolgte, abgewürgt werden. Die Gewerkschaftsbureaukraten glauben nun den günstigen Augenblick für gekommen, um das durchzusetzen, was sie schon seit Monaten vergeblich anstrebten, die Verhinderung einer alle Betriebsräte umfassenden Organisation und die Unterordnung der Betriebsräte unter die Gewerkschaftspolitik. Eine neue Betriebsrätezentrale nach Legiensschem Muster soll gebildet, die bestehende soll durch Verweigerung jeder Zusammenarbeit sabotiert werden. Die Gewerkschaftsbureaukraten waren in Berlin durch den Druck ihrer Mitglieder und vor allem der Betriebsräte selbst gezwungen worden, sich mit der Rätezentrale zu verständigen. Sie taten es zum Schein, sicherten sich vor allem den Einfluß auf die Finanzen und versuchen nun den tückischen tödlichen Dolchstoß in den Rücken der Organisation, die mitaufzubauen sie selber die Verpflichtung übernommen hatten.

Dieser Beschluß gewinnt aber erhöhte Bedeutung, wird zum offenen Verrat an der Arbeiterklasse dadurch, daß er bewußt in dem Augenblick unternommen wird, in welchem die Zentrale der Betriebsräte in Berlin eben beschlossen hatte, den Kampf um die Kontrolle der Produktion sofort beginnen zu lassen. Von diesem Kampfe wissen die Hilfer-

bünde genau, daß er einen revolutionären Charakter gewinnen müßte, deshalb suchen sie ihn mit allen Mitteln zu unterbinden. Die „Freiheit" artikelt mit Hochdruck gegen diesen Kampf und die Sozialisierungsaktion hat ja auch keinen anderen Zweck, als an seine Stelle eine Bewegung zu setzen, die mit einem ganz zahmen Kompromiß enden muß.

Der Beschluß scheint auch den Zweck zu verfolgen, die Spaltung in den Gewerkschaften, über die man so gezetert, herbeizuführen, indem man die unbequeme Opposition rechtzeitig, ehe sie zu sehr erstarkt, provoziert und zum Austritt zu bewegen sucht. Das Gegenteil muß erfolgen. Unsere Genossen müssen ihre Tätigkeit in den Gewerkschaften noch zehnmal intensiver gestalten. Mit der verräterischen Bureaukratie muß aufgeräumt werden, an ihre Stelle haben Männer zu treten, die mit der selbständigen Räteorganisation gemeinsam für alle Ziele des Proletariats zu kämpfen gewillt sind, vor allem für das nächste und notwendigste, die Kontrolle der infolge ihrer Anarchie zusammenbrechenden Produktion.

Bergmannslos.

Dortmund, 16. November. (TU.) Heute nachmittag 6 Uhr riß auf Schacht II in der Zeche „Westfalen" in Ahlen in Westfalen das Förderseil. Beide Körbe stürzten in den Grund. 15 Mann sind tot.

•

Dieses Unglück ist keine zufällige Erscheinung, sondern eine Folge der planmäßigen Sabotage der Produktion durch die Unternehmer. Diese lassen ihre Betriebe systematisch verlottern, sie führen keine Reparaturen aus. Solche Unglücksfälle sind ihnen nur willkommen, um einen Vorwand für neue Preissteigerungen zu haben. Die Bergwerksbesitzer behaupten ja, daß sie die neue Preiserhöhung, die sie fordern, für Vervollkommnung der Technik verwenden wollen. So zieht der Kapitalismus Profite nicht mehr aus Vervollkommnung der Technik, sondern aus der Zerstörung, ja aus dem Blut der Proletarier. So wie er zur Welt gekommen ist, stirbt der Kapitalismus, aus allen Poren von Schmutz und Blut triefend.

Notizen.

Herabsetzung der Militärdienstzeit in Frankreich. Der Ministerrat hat bestimmt, daß die zweijährige Dienstzeit noch zwei Jahre, also bis Oktober 1922, aufrechterhalten bleiben soll. Von da an tritt die 18monatige Dienstzeit in Kraft.

Wahlen in Spanien. Madrid, 17. November. Die Wahlen zu den Cortes sind nunmehr auf den 19. Dezember, die Senatswahlen auf den 4. Januar festgesetzt worden. Die Kammereröffnung findet am 4. Januar statt. Die Blätter behaupten, Don Jaime von Bourbon habe seine Anhänger nach Lourdes in Frankreich auf den 8. Dezember zusammenberufen.

Revolution in Peru. Nach einer Meldung der „Correspondencia Americana" aus Lima ist in Peru eine neue Revolution ausgebrochen. Im Senat hat der Minister des Äußern die Anhänger der jetzigen Regierung als die Urheber der Revolution bezeichnet. Viele hohe Offiziere und Beamte sind verhaftet worden.

Gegen die Habsburger. London, 15. November. Die „Morningpost" meldet aus Santa Margherita, daß die italienischen und südslawischen Vertreter sogleich nach Unterzeichnung des Vertrags ein Abkommen gegen die Wiedereinsetzung der Habsburger geschlossen haben.

Imperialistische „Kultur". London, 18. November. Die „Times" meldet aus Neuyork, die amerikanische Regierung habe nicht die Absicht, giftige Gase als Kriegsmittel abzuschaffen.

Wirtschaftspolitik.

Steigerung der Ruhrkohlenförderung.

Die Gesamtförderung der Ruhrkohlenzechen betrug nach den endgültigen Feststellungen im Oktober 8 117 178 Tonnen gegenüber 7 801 086 To. im September 1920. Arbeitstäglich (bei 26 Arbeitstagen im Oktober und 27 im September) stellte sich die Förderung auf 312 199 To. im Oktober gegen 300 042 To. im September. Die Haldenbestände betrugen Ende Oktober 122 547 To. gegen 71 042 To. Ende September. Die Zahl der Bergarbeiter hat sich von Ende September bis Ende Oktober um 8411 vermehrt. Ende Oktober waren 519 685 Bergarbeiter beschäftigt. Und doch wird die sonstige Produktion eingeschränkt, ist das nicht Wahnsinn?

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten, Wirtschaftliches, Gewerkschaftliches: Dr. Viktor Stern; für Lokales Werner Scholem für Aus der Provinz, Groß-Leipzig Dresden und Umgebung Hans Bobla, für Unterhaltungsblatt: Johann Janssen; für Anzeigen: Fritz Grob, Verlag: Volksblatt, G. m. b. H.; Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sport und Körperpflege.

Sport vom Sonntag.

Merseburg I — Fichte Ib 1 : 0. Gosek I — Fichte III 2 : 2.
Sportlust I — Fortuna I 1 : 1.
Sportlust II — Fortuna II 1 : 2.
Viktoria II — V. f. B. Trotha II 2 : 2.

Am Sonntag hatte der neugegründete Turn- und Rasensportverein Leiklingen sein Gründungsfest. Aus diesem Anlaß hatte der Verein, Leuna I gegen Fichte Ia zu einem Propagandaspiel verpflichtet. Spielverlauf: Von Anfang an entwickelt sich ein faires, flottes Spiel, und beide Mannschaften versuchen einen Erfolg zu erzielen, aber zuerst vergebens. Dann endlich ist es Leuna vergönnt, durch einen schönen 20-Meter-Schuß die Führung an sich zu reißen. Es war ein großer Fehler des Weißenfelser Torwarts, denn er schießt einen Spieler von sich an, so daß der Ball ins leere Tor hineinprallt. Nach einigem Hin und Her werden die Seiten gewechselt mit 1 : 0 für Leuna. Nach Wiederbeginn drückt Weißenfels mächtig, und es ist ihnen auch vergönnt, den Ausgleich zu erzielen. Mit dem Stande von 1 : 1 wird der Kampf immer flotter, und beide Torwarts und die Verteidigungen müssen ihr Können zeigen. Mit 1 : 1 endet das schöne faire Spiel, welches einen guten Eindruck von unserer Arbeitersportbewegung hinterlassen und gezeigt hat, daß nicht nur bei den Bürgerlichen, sondern auch bei uns guter Sport geboten wird.

Viktoria I — Sportfreunde Thale I 5 : 0. Viktorias erste Mannschaft weilte am letzten Sonntag in Thale, um gegen den bis jetzt ungeschlagenen Bezirksmeister des 1. Bezirks ein Propagandaspiel auszutragen. Obgleich Viktoria mit zwei Ersatzleuten spielte, wurde doch ein Spiel geboten, das hohe Klasse darstellte. Die Hallische Mannschaft wurde wegen ihres schneidigen Spieles vom zahlreich erschienenen Publikum stürmisch gefeiert. Die erste Halbzeit sah Thale nur in der Abwehr begriffen. Infolge der Wuchtigkeit der Angriffe, der guten Kombination, verbunden mit großer Schußsicherheit der Hallenser, wurden bereits in der ersten Viertelstunde drei Tore erzielt. Nach Halbzeit wird ein schönes offenes Spiel gezeigt und beide Tore kommen wiederholt in Gefahr. Während der baumlange Torhüter Thales noch zweimal das Leder aus den Maschen holen muß, hält Barth im Viktoriator die schwierigsten Sachen. Dadurch sichert er sich die Gunst des vorbildlich unparteiischen Publikums. Der Zweck des Spieles, die Propaganda für unsere Bewegung, ist voll und ganz erreicht worden. Der Bezirksvertretertag des 1. Bezirks sprach der Hallischen Mannschaft seine volle Anerkennung aus. Auch das Publikum war der Ansicht, daß in Thales Mauern bis jetzt noch nicht ein Spiel von so hoher Klasse gezeigt wurde. Das Spiel einer „Moskemannschaft" gegen einen bürgerlichen Verein, welches dem unserigen vorausging, bot willkommene Gelegenheit, Vergleiche anzustellen. Urteil der Zuschauer: „Unterschied wie Tag und Nacht." — Erst nach vielen Stunden verließ unsere Hallische Elf das gastliche Thale mit dem Bewußtsein, der Arbeitersportbewegung wieder neue Anhänger zugeführt zu haben.

Ankündigung.

Arbeiter-Athletenbund (Bezirk Halle). Zu der Ringkampfkonkurrenz im „Volkspark" am Sonntag, den 21. November, haben sich über 100 Teilnehmer aus allen größeren Städten, wie Magdeburg, Leipzig, Chemnitz usw. gemeldet, so daß Sportinteressenten sehr gute Leistungen erwarten können. Auch für Leute, welche dem Ringkampfsport dank der Machinationen der Berufsringer unfreundlich gegenüberstehen, ist es interessant, wirklich gute, rein sportliche Ringkämpfe zu sehen, so daß sie wohl eine andere Meinung vom Ringkampfsport empfangen werden. Die ersten Preise in den fünf Klassen sind bei der bekannten Firma J. Bacher, Leipziger Straße, ausgestellt. Die Mitglieder der veranstaltenden Vereine, 1. Athletenklub von 1896 und Kraftsport und Artistenverein „Achilles", werden nochmals auf die gemeinsame Versammlung zur Besprechung der Ringkampfkonkurrenz aufmerksam gemacht. Diese findet Sonnabend, den 20. November, im Lokal „Goldene Kette", Alter Markt, abends 8 Uhr, statt. Es ist Pflicht, daß jedes Mitglied pünktlich erscheint.

Karl Bloschies, Bezirksvorsitzender.

Fahrrad-Mäntel — Schläuche
in reiner Qualität, billig. 5967

kauft man am besten im
Spezial-Geschäft
Gr. Stein-str. 35 **H. Bieder,** Gr. Stein-str. 35
nur Gummi-Geschäft.
Bitte, genau auf Hausnummer 35 zu achten.

Es darf nicht sein dass Schuhpreise wieder eine Höhe erreichen, die dem grössten Teil des Publikums unerreichbar ist. Deshalb haben wir es uns zum Prinzip gemacht, Waren nur bis zu einer bestimmten Preislage einzukaufen.

Wir verkaufen aus wenn der erwartete Zustand eintritt, und es ist daher in Ihrem eigensten Interesse notwendig, sich jetzt mit Schuhwaren jeder Art einzudecken, da durch Hereinnahme gewaltiger Quantitäten unsere Läger in jeder Hinsicht gut sortiert sind.

Wehren Sie sich gegen jede weitere Preiserhöhung und achten Sie auf nachstehende Preise, die massgebend für Gebrauchsschuhwerk sind.

Herren-Stiefel	128⁰⁰	148⁰⁰	188⁰⁰	195⁰⁰	225⁰⁰ Mk.
Damen-Stiefel	120⁰⁰	148⁰⁰	168⁰⁰	185⁰⁰	195⁰⁰ Mk.
Damen-Halbschuhe .	88⁰⁰	98⁰⁰	115⁰⁰	125⁰⁰	138⁰⁰ Mk.

Wiebach's Schuhwarenhaus
Kleine Ulrichstrasse 11-12. 5264

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201119-19/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.
Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 8—1 und 4—7 Uhr. — Sonnabends nachmittags geschlossen. — Fernsprecher 1473. 5283

Halle.

Heute, Freitag, den 19. November, abends 8 Uhr, im Volkspark:
Sitzung der Elternbeiräte.

Mitgliederversammlungen.

Brachwitz, Schwerz u. Umg.
Sonnabend, d. 20. Nov., abends 8 Uhr, im Gasthof „Mieth".

Könnern.
Sonnabend, d. 20. Nov., abends 8 Uhr, im „Bürgergarten".

Döllnitz.
Sonntag, d. 21. Nov., abends 7 Uhr, im Gasthof „Baumhaum".

Oppin.
Sonntag, d. 21. Nov., nachm. 2 Uhr, im Gasthof „Freiheit-Oppin":
Sitzung der gesamten Betriebsräte.

Osmünde.
Sonntag, den 21. Nov., vorm. ½10 Uhr, im Gasthof „Röselein":
Sitzung der Gemeindevorsteher, Gemeindevertreter u. Amtsvorsteher.
Gleichzeitig machen wir auf den Lichtbildervortrag aufmerksam.

Oeffentliche Versammlungen.

Rothenburg.
Sonntag, d. 21. Nov., nachm. 3 Uhr, im Gasthof „Saaleschlößchen".

Petersberg.
Sonntag, d. 21. Nov., nachm. 3 Uhr, im Gasthof „Kaiser".

Lebendorf.
Sonntag, d. 21. Nov., nachm. 3 Uhr, im Gasthof „Deutsches Haus".
Referenten: Gen. Lemck, Schmidt, Böttge.

Der Vorstand. (Lemck).

Achtung, Belegschaftsmitglieder
der Gruben und Abraumbetriebe von Ammendorf und Umgegend.

Sonntag, den 21. November, findet im Gasthof Grei (Radewell) eine *2790

Belegschafts-Versammlung

statt.

Tagesordnung:
1. Die Sozialisierung im Bergbau.
2. Bericht von der Lohnverhandlung.
3. Gewerkschaftsfrage.
4. Bericht der Bauernoffenschaft.

Langenkogen.

Sonntag, den 21. November, abends 7 Uhr, im Betzlerschen Lokale:

Oeffentl. Volksversammlung.

Referent: Genosse Krauße.

Arbeiter, erscheint in Massen!
*2793 Der Vorstand.

Konsumverein f. Dieskau u. Umg., Sitz Zwintschöna.
Sonntag, den 21. November, nachm. 2½ Uhr, im Gasthof Horn, Zwintschöna:

Ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1919/20, Revisionsbericht des Aufsichtsrats, Genehmigung der Bilanz, Beschlußfassung über Verteilung des Ueberschusses und Entlastung des Vorstandes.
2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes (Kassierer), zweier Aufsichtsratsmitglieder und Ersatzmänner.
3. Aenderung des Statuts § 7 sowie 8, Abs. e betrifft Erhöhung der Geschäftsanteile und Haftsumme.
4. Ausgabe von Hausanteilscheinen in Höhe von 18 000 Mark zur Tilgung der Hypothek des Grundstückes, Festsetzung des Zinssatzes der aufzunehmenden Gelder.
5. Festsetzung der Entschädigung für den Aufsichtsrat.
6. Genossenschaftliches. *2705

Der Vorstand.
Franz Sattler. Wilhelm Hauchfild. Albert Pfeifer.

Achtung! Achtung!
Der geehrt. Einwohnerschaft von **Ammendorf und Umgegend** zur gefälligen Kenntnis, daß ich mich in *2792
Ammendorf, Hauptstr. 4,
als **Herren- und Damenschneider**
niedergelassen habe. Es wird stets m in Bestreben sein, gute Arbeit, guter Sitz von der einfachsten bis zur modernsten Fasson zu liefern. Gute und reelle Bedienung sichere ich zu.
Hochachtungsvoll
Albert Kirchels, Herren- und Damenmoden, Ammendorf, Hauptstr. 4.

Extra billige
Kurzwaren!

Ein Posten	**Schuhsenkel**	Paar	**25 ₰**
Ein Posten	**Baumwollband** weiß	Meter	**25 ₰**
Ein Posten	**Wäscheknöpfe** Leinen und Zwirn, jedes Dtzd		**48 ₰**
Ein Posten	**Sternzwirn** schwarz und weiß	Rolle	**58 ₰**
Ein Posten	**Stopftwist** schwarz, weiß, braun	Rolle	**95 ₰**
Ein Posten	**Haarschleifen**	jeder Rest	**95 ₰**
Ein Posten	**Haubennetze** alle Farben, 12/40	Stück	**2,10 M.**
Ein Posten	**Schutzblätter** pr. 7,25 5,50		**3,50 M.**
Ein Posten	**Fensterleder** Stück 16,00 12,75		**7,75 M.**

Mako-Schuhsenkel pa. 5075

120 lang	110 lang	100 lang
1,55	1,45	**1,30 M.**

Eisengarn-Schuhsenkel

120 lang	110 lang	100 lang
95	90	**85 ₰**

Wattier-Watten . . . . . Tafel 4.25 3,25 **2,95 M.**

Strickgarne reine Wolle schwarz, braun, grau . . . . . ⅓ Pfund 21,00 **19,50 M.**

Brummer & Benjamin
Große Ulrichstraße 22/23.

Geb. Med.-Rat
Dr. med. Schroeder's Ambulatorium für Haut-, Harn- und Geschlechtsleiden
Blutuntersuchung — Hohenzimmer
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 54/I,
Leit. Arzt: Spez.-Arzt Dr. med. Kronen
Sprechst.: Wochent. 10—1, 3½—8½ uhr. Freitag nachm. Telefon 0407 — Getrennte Warteräume. — 4463

Versammlungs-Anzeiger USPD.
Zeitz-Weißenfels-Naumburg.

Sekretariat: Weißenfels, Dammstraße 18. Fernsprecher 405.

Mitgliederversammlung.

Langendorf bei Weißenfels.
Sonntag, 21. November, nachm. 3 Uhr, im Gasthof Lorbeer.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.
(100) J. A.: K. Reinhardt.

Weissenfels

Brotmarkenausgabe am Sonnabend, den 20. d. M. von 8—10½ Uhr: Abgefertigt werden am Tisch 1: Müllnerstraße; Tisch 2: Merseburgerstraße 1—47; Tisch 3: Merseburgerstraße 48—Schluß; Tisch 4: Markwerbenerstraße, Am Mühlberg, An der Marienmühle; von 10½—1 Uhr: Tisch 1: Naumburgerstraße 1—34; Tisch 2: Naumburgerstraße 35—Schluß; Tisch 3: Nikolaistraße; Tisch 4: Rovalisstraße.
Weißenfels, den 18. November 1920.
Der Magistrat.

Verpachtung von Verkaufsstellen f. Christbäume. Zum Lagern und Feilhalten von Christbäumen während der Zeit vom 1. bis 31. Dezember d. Js. sollen die folgenden städtischen Plätze verpachtet werden: a) der Platz am Krankenhause, b) der Platz vor dem Stadtgarten, c) den südlichen Teil des Rosalknweges, d) den Platz neben der Rampe der Saale-Fußgängerbrücke, e) den Platz neben dem ehemals Boeters'schen Kontors. Hierzu findet ein Bietungstermin am **Montag, d. 22. November 1920, vormittags 11 Uhr,** im Stadtbauamt, Saalstraße 10, Zimmer 1 statt. Die Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben. Alterverpachtungen sind unzulässig.
Weißenfels, den 15. November 1920.
Der Magistrat.

Beschäftigung von Ausländern.
Gemäß Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 24. Juli 1920 — Ie 3340/20 — ist die Beschäftigung ausländischer Arbeits räte nur mit der Genehmigung des zuständigen Landesarbeitsamtes gestattet. Alle Arbeitgeber, die beschäftigen, im Kalenderjahre 1921 Ausländer in ihrer Wirtschaft zu beschäftigen, werden aufgefordert, bis spätestens zum 1. Dezember 1920 einen Antrag auf Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte auf dem vorgeschriebenen Antragsformular an den städtischen Arbeitsnachweis, hier, Hirlemannstr. 3, einzureichen. Antragsformulare sind daselbst auch unentgeltlich zu erhalten. Der Magistrat veranlaßt die Begutachtung durch eine paritätische Kommission. Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg trifft die endgültige Entscheidung. Alle bisher durch das Landesarbeitsamt erteilten Genehmigungen zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der Landwirtschaft erlöschen mit dem 31. Dezember 1920.
Weißenfels, den 15. November 1920.
Der Magistrat.

Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß nach § 366 Ziffer 9 des R.S.G.B. mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft wird: wer auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen Gegenstände, durch welche der freie Verkehr gehindert wird, ausstellt, hinlegt oder liegen läßt. Herunter fällt auch das Stehenlassen und Herumwerfen von Bier- und anderen Glasflaschen, sowie von sonstigen Glasgegenständen, durch die namentlich die Gummireifen der Fahrräder und der Kraftwagen leicht beschädigt werden können. Die Aufsichtsbeamten sind angewiesen worden, die Einhaltung des Verbots scharf zu überwachen.
Weißenfels, den 15. November 1920.
Die Polizeiverwaltung.

Altkleiderstelle,
Kl. Ulrichstraße 15, kauft Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente, auch neu. Telephon 4414. 3992

Ständig **billigster** (80) Verkauf aller
Schuhwaren
in allen Größen
F. Windisch
Weißenfels,
Langendorfer Straße 29.
Kein Laden!

Als Weinachtsangebot:
Gefütt. Lederhausschuhe
von Nr. 30—46
Kinderschn.-Filzschuhe
Filzpantoffeln u. Filzschuhe

Kaufe alle Sorten
rohe Felle
zu allerhöchsten Tagespreisen. (15)
Otto Bönold,
Weißenfels,
Schillerstrasse 3
Mariensstrasse 31.

Ein Restbestand
Holzschuhe
mit Lederbesatz u. Stoffeinsatz, nur noch die Nrn. 27—30 à Paar 5 Mk. (sirka 200 Paar), 42—46 à Paar 10—15 Mk. (sirka 50 Paar) verkauft
F. Windisch, Weißenfels,
Langendorfer Straße 29.
(85) — Kein Laden. —

Billige Schuhtage
Ein Beweis meiner Billigkeit · rechen Sie durch meine Schaufenster-Auslagen.
5262

Kinder-Lederstiefel 25/26 23/24 18/22 — 65,00 49,00 — **28,50**	**Damen-Spangenschuhe** 2 Spangen — 132,00 118,00 — **110,00**
Herren-Lederstiefel Gelegenheitskauf — 198,00 168,00 155,00 — **120,00**	**Damen-Schnürhalbschuh** elegante Form — 138,00 125,00 — **94,00**
Herr.-Schnallenstief. extra billig — 220,00 198,00 — **160,00**	**Damen-Lederstiefel** einzel Paare — 168,00 125,00 — **96,00**
Fahlleder-Stiefel für Kinder und Herren, sehr dauerhaft. — 160,00 115,60 98,00 24/24 — **79,00**	**Damen-Weitschaftschuh** niedr. Abs., bequem Form — 220,00 196,00 — **165,00**

Filzwaren in größter Auswahl, besonders billig.
Schnallenschuhe 31/35 **24,—** 25/30 **22,50** 20/24 **18,50**

Paul Landgraf, Halle (Saale),
Schmeerstr. 17/18.

In einer Stunde vertilgen **Garantie** Kopf-, Filz- und Kleiderläuse, Brut, Wanzen, Flöhe b. Mensch u. Tier. „Kekolda", p. gesch. M. Wund. unschädl. Verk. Seburg, Steinweg 10. Reisl. 37. Ammendorf: Halleschest. 34
Läuse

5265 **Solange Vorrat reicht:**
Stehkragen in allen Formen . . . . . nur Mk. **16,00**
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2 — eine Treppe. — Eingang Sternstraße.

Virginia-Brights sowie **Chesterfield, Sport, Memphis** und andere deutsche Marken. 4915
Zigarren Ia. Uebersee, von **50 Pf.** an.
A. Wunner,
Dryanderstr. 28, I.

Moderne Landsknechte
— im neuen Gewand (gebunden) —
von **Ernst Däumig.**
Preis **3.50** Mark.
Porto 40 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Arthur Krätzer
Lederhandlung
Weissenfels a. d. Saale
Fernruf 777 [7] **Nikolaistrasse 5**
Lederausschnitt!!

Die schönsten
Ulster
Raglan und Schlüpfer, Paletots — Joppen Anzüge — Hosen.

Meine Schaufenster zeigen die neuesten Modelle u. billigsten Preise. 5279
Julius Hammerschlag,
36 Gr. Ulrichstr. 36.

Konsumverein für Delitzsch u. Umgegend, e. G. m. b. H.

Bilanz per 30. Juni 1920.

Aktiva.

		Mk.
An Kasse		1 180,23
„ Waren		169 000,—
„ Fuhrlohn		220,—
„ Sparkassen-Giro-Konto		2 508,24
„ GGG. Bank-Konto		5 228,20
„ Sparkassen-Konto		18 187,79
„ GGG. Anteil-Konto		4 823,30
„ Gebäude-Konto	47000,— Mk.	
Abschreibung	2000,— Mk.	45 000,—
„ Inventar-Konto	5329,75 „	
Abschreibung	1329,75 Mk.	4 000,—
„ Depositen		700,—
		250 647,76

Passiva.

		Mk.
Per Mitgliederanleihe		30 704,95
„ Hausanteile		18 880,—
„ Hypotheken		23 000,—
„ Kreditoren an Waren	18 532,30 Mk.	
„ „ an Fuhrlohn	220,— „	18 752,30
„ Spareinlagen		37 080,84
„ Reservefonds		16 662,33
„ Dispositionsfonds I		5 496,77
„ Dispositionsfonds II		500,78
„ Kaution		700,—
„ Steuerrücklagekonto		13 115,80
„ Warenrabatt		49 561,—
„ Reingewinn		6 192,99
		250 647,76

Mitglieder-Bewegung.

Stand am 1. Juli 1919	1346
Im Laufe des Geschäftsjahres traten ein	372
	1718
Es schieden aus	23
Stand am 30. Juni 1920	1695

Die Haftsumme beträgt 1695 × 40 Mk = 67 800 Mk.

Delitzsch, den 1. November 1920. *2786

Der Vorstand.
A. Münzer. R. Hampe. O. Kissig. G. Hufnagel. W. Schmidt.
Vorstehender Abschluß ist geprüft und richtig befunden.
Der Aufsichtsrat.
H. Ehrhorn. W. Auerbach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192011 19/fragment/page=0004

Aus der Provinz.

An alle revolutionären Frauen.

Genossinnen — Arbeitsschwestern!

Eine ernste und mahnende Bitte richten wir an euch:

Ihr dürft nicht wie bisher, gleichgültig, als ginge euch die Weltgeschichte nichts an, im Leben dahinschreiten. Die Zustände, unter denen wir augenblicklich leben und gelebt haben, verbunden mit dem entsetzlichen, grauenhaften Krieg, waren eine Kette unsäglicher Qualen und Entbehrungen für uns Frauen und Mütter. Wer könnte sie vergessen! Bereits in den Vorkriegszeiten, mußte die Frau mitverdienen helfen, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Schon damals gingen die Frauen in die Fabrik und arbeiteten, sie griffen zur Heimarbeit, arbeiteten in der Landwirtschaft, sie kopierten auch an die Türen sogenannter „Gesellschaften", um sich als Dienstmädchen bei ihnen verdingen zu lassen. Aber der Verdienst all dieser Arbeit reichte gerade aus, um das Allernotwendigste anzuschaffen. Während des Krieges verzehrten sich, aber noch diese schier unerträglichen Lasten. Ein Rückblick auf die vergangenen Kriegsjahre zeigt uns, wie viele Millionen Frauenhände in der Munitions- und Rüstungsindustrie geschuftet haben — des lieben Brotes willen. Und nach dem Krieg? Ist es da anders, besser geworden? Quälen uns nicht dieselben Sorgen auch jetzt noch, ist es nicht immer noch derselbe Leidensweg? Das Los der Frauen ist heute härter denn je. Denn zu viel der männlichen Arbeitskräfte hat der Krieg gefressen, vernichtet, zermalmt, verkrüppelt, dem dauernden Siechtum überliefert. Die bittere Not des Alltagslebens treibt von Neuem die Frau hinaus aus dem schützenden Kreis ihrer Familie, neue Gefahren des Lebens treten an sie heran. Kriegerwitwen und Waisen können von ihren Renten nicht leben, sie müssen hinweg aus dem Kreise ihrer Kinder, da sie doch zugleich Vater und Mutter sind, hinaus in das Erwerbsleben. Wo bleibt da der große Dank des Vaterlandes?

Dazu kommen noch die Frauen und Mütter der Kriegs- und Industrieinvaliden, auch sie müssen das fehlende Vargeld durch Erwerbsarbeit ersetzen. Und zu all diesem Furchtbaren gesellt sich das schleichende Gespenst der Wirtschaftskrise mit all seinem Jammer und Verbrechen, immer größer werden die Heere der Arbeitslosen und zahlreicher die Verbrechen die dadurch entstehen. Auch der Kreis der erwerbslosen Frauen und Mädchen steigt — Prostitution ist die Folge. Und ihr Frauen und Mädchen, wenn die Not Frauenehre fordert, das höchste Gut einer Frau, dann sind die Verhältnisse entsetzlich und grauenhaft. Das alles erschwert das stetige Steigen der Lebensmittel, keine Kohlen, keine Kleidung, kein Schuhwerk, keine oder schlechte Wohnungen. Darf das so fortgehen? Wir sagen nein und nochmals nein! Es liegt in euren und unseren Händen, die Verhältnisse zu ändern. Wir könnten weit billigere Nahrung, billigeres Schuhwerk, billigere Kleidung haben, wir können es, wenn wir nur wollen.

Nun Frauen! Ein einziges Ziel im Wollen muß uns beseelen, wir wollen nicht mehr entbehren, wir wollen nicht mehr, daß es Arme und Reiche gibt, jeder der arbeitet, soll sich satteßen können. Das Bild in den Großstädten ist trostlos und die Gefängnisse voll; Mord, Plünderung, Totschlag häufen sich täglich. Wollt ihr Frauen und Mädchen an diesem Ringen für ein besseres Dasein nicht teilnehmen? Ihr müßt es. Es gilt emporzusteigen zu einem schöneren Menschentum. Ihr müßt mit uns kommen, zu uns kommen zu gemeinsamer Arbeit. Getragen von dem Willen allen zu dienen, damit das große Ziel der Menschheitsbefreiung erreicht wird. Arbeiter, Genossinnen und Frauen, in allen Freundeskreisen darauf hin, jede in ihrer Art, jede an ihrem Platze, daß in Zukunft auch unter den Frauen die Erkenntnis dämmert, die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein.

Alle Genossinnen in den Frauenagitationskommissionen und sonstigen Vertrauensstellungen werden aufgefordert, mit den Unterbezirken und Ortsleitungen besondere Frauenagitationen zu veranstalten und zu diesem Zweck Frauenversammlungen und Besprechungen abzuhalten.

Wo Schwierigkeiten entstehen, ist dies sofort an das Bezirkssekretariat — Adresse Alfred Deßner, Bezirkssekretär, Halle a. S., Harz 43/44, Hinterhaus, II. Etage, links, zu melden.

Auf zur Arbeit Genossinnen! Zeigt euch würdig der Kampforganisation der Weltrevolution der 3. Internationale.

Für die Bezirksfrauenkommission: Marie Wackwitz.

Proletarierjugend im Kreise Bitterfeld-Delitzsch-Eilenburg!

Trotz des schriftlichen Versprechens unserer Kreisleitung in Eilenburg, sofort nach der Reichskonferenz eine Kreisgeneralversammlung einzuberufen, ist dies bis heute noch nicht geschehen. Wir müssen daher annehmen, daß unsere Kreisleitung sich dem Mehrheitsbeschluß nicht fügen will. Damit nun die Jugendbewegung vor unnötigen Erschütterungen bewahrt wird, ist es notwendig, baldmöglichst eine Kreisgeneralversammlung einzuberufen, um den Zusammenschluß der FJ. und SPJ. herbeizuführen und eine neue Kreisleitung zu wählen. Ich lade daher alle Ortsgruppen der SPJ., — die zur Jugendinternationale stehen — aus den Gruppen, wo kein geschlossener Uebertritt erfolgt, Genossen der Opposition aus den genannten Kreisen, außerdem alle Ortsgruppen der FJ. und die Jugendgenossen der KAJ., welche ebenfalls zur Jugendinternationale sich hingezogen fühlen, zu einer Kreisgeneralversammlung ein.

Diese findet statt am kommenden Sonntag, den 21. November, in Bitterfeld, Bitterfelder Gesellschaftshaus, vormittags 9 Uhr. Jugendgenossinnen und -genossen! Sendet alle Delegierte, damit jede Ortsgruppe vertreten ist und unser mühsam aufgebautes Werk kräftig fortgeführt werden kann bis zum endlichen Sieg unserer geachteten Sache

Behrens, Kreisvertrauensmann.

Unterbezirk Sangerhausen-Eckartsberga.

An alle Gemeindevertreter, Stadtverordnete, Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher usw. Am Sonntag, den 12. Dezember, vormittag 9 Uhr findet in Sangerhausen („Preußischer Hof") eine Konferenz aller obengenannter Körperschaften, soweit deren Mitglieder der Unabhängigen- und Kommunistischen Partei angehören, statt. Tagesordnung: Unsere Aufgaben in den Gemeindevertretungen. Alle Genossen, die solche Vertrauensposten der Partei inne haben, werden dringend ersucht, zu der Konferenz zu erscheinen.

Der Kreisvorstand der USP. (Däumig-Hoffmann).
J. A.: Karl Franzke.

Aus dem Kreis Liebenwerda.

An alle sozialistischen Eltern.

Der Schulstreik in Blumberg geht unvermindert fort. Schon fünf Wochen steht die sozialistische Elternschaft im Abwehrkampf gegen eine reaktionäre und schikanöse Schulregierung, die einen unbequemen sozialistischen Lehrer versetzte, so daß er von seiner Familie getrennt leben muß, da im neuen Amte (Kreis Weißenfels) eine Wohnung für einen verheirateten Lehrer nicht vorhanden ist. Die gesamte Reaktion und die Konterrevolutionäre aller Schattierungen gehen bei diesem schändlichen Akte Hand in Hand.

Schon alles ist versucht worden, diese verfehlte Maßregelung rückgängig zu machen. Die Regierung in Merseburg und der Kultusminister sind mit Eingaben und Abordnungen bis jetzt erfolglos bedacht worden. Selbst die sozialistische Lehrerschaft im Kreise ist in Aktion getreten und hat beschlossen, beim ohnmächtigen „sozialistischen" Kultusminister vorzusprechen. Jetzt wird die gesamte sozialistische Arbeiterschaft des Kreises aufgerufen, diesem berechtigten Abwehrakt volle Sympathie zuzuwenden und gegebenenfalls, wenn die Regierung nicht einlenkt, in den Schulstreik zu treten.

Der Kreisvorstand.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Außerordentliche Kreisgeneralversammlung.

Am Sonntag, den 28. November, vormittags 10 Uhr, findet in Falkenberg („Anker") eine Kreisgeneralversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. **Der Parteitag in Halle.**
2. **Die Lage der Partei im Kreise.**
3. **Der Einigungsparteitag in Berlin.**
4. **Anträge und Kreisangelegenheiten.**

Parteigenossen und -genossinnen, der Kreisvorstand hält eine solche Tagung mit Rücksicht auf die sich überstürzenden politischen Ereignisse für unbedingt notwendig. Alle Ortsvereine müssen vertreten sein und sofort die Delegierten nach dem neuen Statut wählen. Auf je 100 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Ortsvereine bis 100 Mitglieder werden vom Ortsvorsitzenden vertreten. Die Ortsvereine können ihr volles Delegationsrecht ausnützen. Mit Rücksicht auf die kurze Zeit und die Finanzlage der Ortsvereine, die die Vertretungskosten jetzt selbst tragen müssen, dürfte auch eine geringere Vertreterzahl genügen, da bei wichtigen Abstimmungen die Mitgliederzahl beachtet wird.

Eine Anzahl Ortsvereine haben die fällige Abrechnung noch nicht eingesandt. Dies muß umgehend geschehen. Die Genossen werden ersucht, etwaige säumige oder auswärts arbeitende Ortsvorsitzende aufmerksam zu machen.

Der Kreisvorstand.

Sangerhausen. Konsumversammlung. Am Sonntag fand in der „Schweizerhütte" die Generalversammlung des Konsumvereins statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Genosse Banse fest, daß man gegen ihn Gerüchte ausgesprengt habe, er habe in den Ortschaften für Absägen der Rechtsen Propaganda gemacht. Redner betonte, daß diese Gerüchte unwahr seien, stellte aber fest, daß seine Partei zur Wahl des Aufsichtsrates Stellung genommen habe, auch der Versammlung eine eigene Liste vorschlagen werde. Ferner stellte Banse fest, daß man als Verteidiger der Kritik, die am Vorstand geübt würde, den Herrn Landrat bestellt habe. Genosse Franzke beantragte, die Wahl des Aufsichtsrates im Anschluß an den Bericht vorzunehmen, dem wurde zugestimmt. Geschäftsführer Schröder gab den Geschäftsbericht. Eingangs führte er aus: Wir leben in einer Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der völlige Zusammenbruch wird und muß kommen. (War das Ueberzeugung? Wenn ja, dann arbeiten Sie auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung so. D. Ver.) In Roßla mußte die Verkaufsstelle geschlossen werden, weil ein Defizit von 26 000 Mk. vorhanden war. Diese Summe habe keine Einwirkung auf das gesamte Unternehmen. 11 Filialen sind im Berichtsjahr neu eröffnet. Der Gesamtumsatz beläuft sich auf 7 750 000 Mk. Eine große Zahl Arbeiter kaufen aber immer noch nicht im Konsum, es sei deshalb Pflicht aller Genossen, in jedem Betrieb und auf allen Arbeitsplätzen für die Genossenschaft zu agitieren. Die Bäckerei sei nur beschränkt beschäftigt, für Nordhausen (Konsumverein) wird bei uns das Brot hergestellt. In letzter Zeit hat der Konsum von Helfta das Angebot erhalten, das Brot für die Gemeinde zu liefern. Das habe man angenommen. Besser wäre es natürlich gewesen, wenn das Angebot abgelehnt werden konnte und der Konsum seine Arbeiter und Einrichtungen nur für die Genossenschaftler verwenden würde. Um das zu erreichen, sei intensivste Agitation für die Genossenschaft nötig. Die Debatte über den Geschäftsbericht war ziemlich lebhaft, hier machten sich die Gegensätze, die in den politischen Parteien vorhanden sind, recht bemerkbar. Bezeichnend war es, daß Lagerhalter und Aspiranten den Vorstand verteidigten. Der Genosse Glaubrecht aus dem Mansfelder Land machte eigentümliche Ausführungen. Ein Mann, der 15 Jahre im Konsum als Lagerhalter tätig sei — meinte er — könne nicht wieder zum Arbeiten gezwungen werden, das sei ein Ding der Unmöglichkeit. „Wir leben im freieste Staat der Welt" und da müssen wir gerade unsere Helden halten, ganz gleich, welcher politischen Partei sie angehören. (Wo muß der nur seine Weisheit her haben? D. Ver.) Unsere Parteigenossen haben dem Herren so manche bittere Wahrheit gesagt. In den Aufsichtsrat wurde die Liste Franzke (3. Internationale) gewählt. Die Geschäftsanteile wurden behaltlos von 50 Mk. auf 200 Mk. erhöht. — Der Genossenschaftsrat wurde nach langer scharfer Diskussion mit wenigen Stimmen Mehrheit — ohne Kenntnis von den Satzungen zu haben — beschlossen. Es ist aber, da viele Genossen beide Male abgestimmt haben, Protest gegen den Beschluß eingelegt. Die Versammlung verlief sachlich und hat anregend gewirkt. Besser wäre es gewesen, wenn alle, wenigstens die Sangerhäuser Mitglieder, in der Versammlung anwesend gewesen wären. Bezeichnend ist noch ein Punkt, der der Verwaltung zum Vorwurf gemacht werden muß. Die Einladung zur Versammlung ist in der Sangerhäuser Zeitung zweimal durch Inserat erfolgt. Das Volksblatt scheint für diese Art Genossenschaftler nicht mehr zu bestehen. Der neue Aufsichtsrat hat jetzt die Aufgabe, auf allen Gebieten mit den Herren der Genossenschaft energisch zu reden. Sollten sie Schwierigkeiten machen, dann wird das eintreten, was man am Sonntag in der Versammlung befürchtet hat. Ein gemeinsames, gleichmäßiges Arbeiten und Handeln ist auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung erforderlich. Das gilt auch für den Konsumverein.

— Nochmals Moralunterricht. Diejenigen Arbeitereltern, deren Kinder Ostern 1921 und 1922 die Schule verlassen, werden ersucht, zwecks Entgegennahme des Moralunterrichts die Adressen sofort an Genossen Banse, Hüttenstraße 69, abzugeben. Es soll in allernächster Zeit mit dem Unterricht begonnen werden. Deshalb ist es Pflicht aller Eltern, ihre Kinder sofort anzumelden.

Sangerhausen. Hoffmanns „Rote Sänger" (Berlin) geben am Donnerstag, den 25. November, abends 8 Uhr, in der „Schweizerhütte" einen bunten Abend. Das Programm ist sehr reichhaltig und verspricht den Besuchern einige vergnügte Stunden. Hoffmann Sänger haben bereits in Kelbra und Heringen, sowie in vielen Städten unseres Bezirks Aufführungen mit riesigem Erfolg gegeben. Deshalb ist ein Besuch dieses Abends nur zu empfehlen.

Breitungen. In öffentlicher Volksversammlung sprach am Sonntag Parteisekretär Genosse Banse (Sangerhausen) über: „Die politische Lage." In seinen Ausführungen ging er auf die Zeiten, die hinter uns liegen, ein, um so den Versammelten zu zeigen, daß eine schwere Gefahr für die arbeitende Menschheit im Anzuge ist. Bereit sein, heißt alles. Volksblattleser wurden in der Versammlung gewonnen.

Pieskerix. Betriebsrätesversammlung. Am Sonntag, den 14. November sprach Genosse Bernhard Koenen (Merseburg) in einer Versammlung der Betriebsräte von Wittenberg. In einem einstündigen Vortrag schilderte Genosse Koenen den anwesenden Betriebsräten den Reichsrätekongreß (sprich Gewerkschaftskongreß). Die Einberufung, die Leitung, sowie die Beschlüsse, welche gefaßt worden sind, sprechen dafür, daß man von einem Reichsrätekongreß nicht reden kann. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion sprachen sich alle Redner dahingehend aus, daß sie mit den Arbeiten des Kongresses nicht einverstanden seien. Auch wurden die Beschlüsse des Kongresses kritisiert, weil die Beschlüsse doch nicht eingehalten werden. (Siehe Elektrizitätsstreik in Berlin sowie die Unternehmersabotage Borsig, Berlin.) Die Kollegen stehen auf dem Boden der selbständigen WRO. und zwar so lange, bis sie ihre Aufgabe als erledigt betrachten können. Alsdann schritt man zur Gründung des Revierwirtschaftsrates. Als 1. Vorsitzender wurde Genosse Hilgers vom Stickstoffwerk, als Kassierer Genosse Harpke, als 1. Schriftführer Kollege Kiebort vom Graphischen Gewerbe, als Beisitzer die Genossen Ludlei, Jähnicke und Wiedekohl, als Revisoren Hildebrandt (Kleinwittenberg), Hildebrandt (Sprengstoff) und Wernicke gewählt. Dem Genossen Scheufler, welcher Vorsitzender des Kartells ist, wurde mit auf den Weg gegeben, daß er im Kartell seine Kollegen fragen soll, ob sie auf dem Boden der WRO. stehen. Bedauerlich war, daß die Betriebsräte der Landwirtschaft nicht anwesend waren. Wir richten deshalb an alle Betriebsräte der Landwirtschaft den Appell, umgehend ihre Adressen beim Vorsitzenden, Ferdinand Hilgers, Betriebsrat der Mitteldeutschen Stickstoffwerke, einzureichen, damit die hochnotwendige Verbindung zwischen Land- und Industrieproletariat vor sich geht. Sämtliche Betriebsräte des Industriegebietes, sowie aus der Landwirtschaft von Wittenberg und des Bergbaues von Bernwitz haben die Pflicht, jeden Donnerstag vor dem 20. eines jeden Monats im kleinen Saal vom „Tivoli", Wittenberg, Klausstraße, zu erscheinen, damit unsere Ziele im Sinne des Sozialismus erreicht werden.

Daumendorf. In der öffentlichen Versammlung, die am 15. November, abends, im Ottesschen Gasthofe zu Dölsdorf stattfand, sprach Genosse Dominsky über die Aufgaben der Betriebsräte und Gewerkschaften. Hoffentlich haben die sächlichen Ausführungen des Referenten dazu beigetragen, die noch indifferenten Quetzer und Dölsdorfer Landarbeiter zur richtigen Stellungnahme zu veranlassen, nämlich sich der USP. links anzuschließen. Die nächste Zeit wird noch mancherlei Forderungen an die Landarbeiterschaft stellen und es gilt dann, Solidarität und Festigkeit zu zeigen. Es darf nicht wieder, wie im vorigen Jahre, vorkommen, daß durch den Druck eines Arbeitgebers die Landarbeiter gezwungen werden, in die Gewerkschaft wieder einzutreten. Die Gewerkschaften sollen zu einem Kampfmittel zur Erringung der politischen und wirtschaftlichen Macht, gegen die Sabotage des Unternehmertums ausgebaut werden.

Mühlberg. Die schlimme Finanzlage unseres Stift-Krankenhauses, das gleichzeitig als städtisches angesprochen wird, hat schon wiederholt den städtischen Körperschaften Kopfschmerzen gemacht. Die Stadt muß jährlich viele tausend Mark zu der Erhaltung drauflegen. Sie hat aber kein Recht, auch mitzubestimmen, sondern der Magistrat hat lediglich nur ein Verwaltungsrecht. Vor Monaten schien fast kein anderer Ausweg als die Aufhebung des Krankenhauses für die Stadtverwaltung übrig die Aufhebung des Krankenhauses für die Stadtverwaltung übrigzubleiben, da die Unkosten sehr hohe waren und die Stadtkasse erhebliche Barzuschüsse für meist auswärtige kranke Insassen zuzahlen mußte. Die Stadt wandte sich daher an die umliegenden Gemeinden mit dem Ersuchen, für ihre Kranken im Krankenhaus einen täglichen Zuschuß von sechs Mark zu den Pflegekosten zu gewähren. Das Ergebnis ist überraschend. Während etwa die Hälfte der Gemeinden die Notwendigkeit der sozialen Fürsorge für ihre bedürftigen Gemeindemitglieder als eine heilige Menschenpflicht erkannten, lehnten verschiedene Gemeinden rundweg ab. Und es sind ausgerechnet Gemeinden, die entsprechend ihrer Lage es leichter tun könnten, da es wohlhabende Bauerndörfer sind, so: Boragk, Brottewitz, Burrdorf, Langenrieth. Sie verraten wenig soziales Verständnis in dieser Zeit. Der Kreisausschuß ist zur Entscheidung angerufen.

Mühlberg. Die politische Gesinnungsschnüffelei durch den Rektor, die jetzt in unserer Schule immer mehr in die Oeffentlichkeit tritt, und den gesamten Lehrkörper der Schule schädlich beeinflußt, scheint in ein neues Stadium zu treten, indem einige Mitglieder des Lehrerkollegiums die Flucht in die Oeffentlichkeit antreten. Bereits vor Monaten wurde im Volksblatt öffentlich angefragt: „Was geht in unserer Lehrerschaft vor?" Seit dieser Zeit ist im Geheimen manches passiert und geschoben worden, so daß sich auch der Schulvorstand mit manchen pikanten Dingen befassen mußte. Bekannt sind auch der Einwohnerschaft seit langem die jetzt verbotenen spiritistischen Abende, wo der Rektor eine Rolle übernommen hatte, die die Oeffentlichkeit damals viel besprach. Doch ist das unwesentlich, solange es die Schule nicht beeinflußt. Wo aber nachgewiesen werden kann, daß durch Handlungen des Schulleiters die Schulverhältnisse geschädigt werden, da hat die Elternschaft, Schulvorstand und der Elternbeirat eine unabweisbare Pflicht, solche Mißstände mit aller Schärfe und ohne Ansehung der Person, entgegenzutreten. — Der Herr Rektor hat schon seit langer Zeit versucht, durch allerlei Mittel sozialistische Lehrpersonen zu Falle zu bringen. So konzentrierte er nach dem Scheitern des Kapp-Putsches seine ganze Wut besonders auf eine freidenkende Lehrerin. Gerade sie wurde gesellschaftlich unmöglich gemacht. Einige Lehrer, allerdings solche, die nicht vor jedem einen krummen Buckel machen können, stellten sich auf Seite der geächteten Lehrerin. Eine Beschwerde dieser Lehrerin beim Kreisschulrat in Liebenwerda wurde abgelehnt. Sogar eine Bitte um Untersuchung in der Beleidigungsaffäre wurde gar nicht beachtet. Der Spieß wurde umgedreht. Der Rektor hinterbrachte dem Kreisschulrat persönliche Klatschereien. Die Lehrerin wurde sogar vor den Kreisarzt bestellt, um sich auf ihre geistige Normalität untersuchen lassen zu müssen. Der Kreisarzt schien aber von verschiedenen Sachen Wind bekommen zu haben und schickte sie ohne Untersuchung wieder nach Hause. Jetzt, nach diesen skandalösen Vorkommnissen, sieht die Lehrerin sich gezwungen, im Interesse der Schule den Rektor anzugreifen und aus der spiritistischen Dunkelkammer zu plaudern. Die Oeffentlichkeit erfährt allerlei liebliche Geschichten. So hat der Rektor eine andere junge Lehrerin als ein Medium außerhalb und während der Schulstunden mit dieser in seinem Amtszimmer hypnotische Uebungsstunden aufgeführt. Die Klasse blieb natürlich ohne Aufsicht. Unter diesen Wirkungen, so hat diese Lehrerin es selbst gestanden, sei sie sittlich verrührt worden. In einem andern Falle hat diese Lehrerin weinend Schutz bei ihrer Kollegin gesucht. Auch solle sie keinen Menschen davon etwas sagen usw. Der Kreisschulrat hat diese junge Lehrerin bereits verhört und sie hat es bestätigt. Der Herr Kreisschulrat ist schnell bei der Hand, die Lehrerin auf ihren Wunsch zu versetzen, um alles nützlich aus der Welt zu schaffen. Nein, hier ist es Pflicht der Schulbehörde, kein Auge zuzudrücken, sondern geordnete Zustände für die Schule herbeizuführen. Auch die Elternschaft und der Schulvorstand müssen endlich geordnete Zustände schaffen, damit unsere Stadt nicht der Schauplatz einer Affäre wird.

Mühlberg. Du sollst den Feiertag heiligen. Nach diesem göttlichen Gebot handelte der Sattlermeister Finster niemals trotz seiner angeblichen Frömmigkeit, die er so gern öffentlich zur Schau trägt. Er hat seinem Gesellen, den er schon als Lehrling jahrelang ausgebeutet hat, indem er ihn an Sonntagen wie Wochentagen bis in die Nacht hinein schuften ließ, jetzt sofort deshalb gekündigt, weil die Eltern des jungen Gesellen es nicht mehr dulden wollten, daß er Sonntags ohne jede Bezahlung bis zum Mittag arbeiten sollte. Als Bezahlung für die lange Ausnutzungszeit hielt der fromme Herr Finster einen Wochenlohn von 60 Mk. für ausreichend, um alle Lebensbedürfnisse seines Gesellen einschließlich der Befriedigung zu befriedigen. So machen es aber viele Lehrlingsausbeuter. Ja, manche „Innungskrauter" treten in diesen Fällen noch grausamer in der Ausbeutung auf als das Großkapital. Ueber diese Handlungsweise ist man hier mit Recht sehr aufgebracht, um so mehr, da es Herr Finster während des Krieges durch seine Heereslieferungen zum wohlhabenden Manne gebracht hat. Wie dieser Mann gerade damals seinen Lehrling ausgenutzt hat, das wollen wir nicht schildern. Aber „christlich" ist diese Handlungsweise nicht, das möge sich Herr Finster auch als Geschäftsmann merken. Klassenbewußte Arbeiter werden diesen Herrn mit der gebührenden Verachtung strafen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201119-19/fragment/page=0005

Mühlberg. Der nächste Sprechtag für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene findet am Montag, den 22. d. M., von 12 bis 3 Uhr im „Ratskeller" statt. Anmeldung durch Postkarte beim Kreiswohlfahrtsamt Liebenwerda erforderlich.

Liebenwerda. Allerhand Wahlspekulation. Der Vorstand des Kreisvereins der Demokratischen Partei zieht in einem Eingesandt im „Liebenwerdaer Kreisblatt" gegen den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Winterschuldirektor Hemeter etwas sanft, nicht aber ohne wahlspekulative Hintergedanken vom Leder. In einer Rede bei der Kreisbauernschaft kürzlich wollte nämlich Hemeter die reaktionäre deutschnationale Bauernschaft schon wieder für seine Partei gefügig machen und hat versucht, zu beweisen, daß doch die Demokraten mit ihren nur drei Landwirtschaftsvertretern die Bauerninteressen nicht gut vertreten könnten. Nur die Deutschnationalen mit ihren 20 agrarischen Interessenvertretern im Reichstage seien die richtigen Männer, die auch die kleinen Proletarbauern verstehen. Mit diesen Ausführungen sind aber die Demokraten gar nicht einverstanden, die doch auch bei dem Wettlauf um die Wahlstimmen der kleinen Bauern schon hublen. In dem „Eingesandt" rechtfertigen die Demokraten ihren ablehnenden Standpunkt bei Aufhebung der Zwangswirtschaft damit, daß sie das Zentrum auch mit vors Loch schieben. Die ganze Kaubalgerei um die Gunst des Landvolkes bei der nächsten Wahl wirkt nur lächerlich, die wenigen deutschnationalen und demokratischen Wähler im Kreise möchten sich bei der nächsten Wahl in zehn Teile reißen, damit die politischen Hatifiche ein Stückchen Proletarbauer erschnappen können. Doch die Kleinbauern und die Landarbeiter kennen Text und Melodie der politischen Bauernsänger schon zu gut und lassen sich durch solches Theater nicht mehr einfangen. Herr Hemeter kann aus seiner Wahlagitation keine Beweise erbringen, wie er beim Landvolk, außer bei den Junkern und ihrem Anhang, mit Eleganz abgefallen ist. Doch wenn er seinen Junkerfreunden in einer Versammlung spricht, so ist er schon die richtigen Töne, um auch die paar Kleinbauern noch in der Stange zu halten. Vielleicht wird er nächstens auch einmal die ganze Biographie aller Abgeordneten aus dem Reichstagshandbuch zum besten geben. In diesem Spiegel tut Herr Hemeter der Mitwelt kund, daß er nebenbei noch Vorsitzender der Kreis-Bullen-Kommission der Kreise Liebenwerda und Torgau ist, und daß er auf den ersten Wanderausstellungen der Landwirtschaftsgesellschaft Erdner auf der letzten sogar Oberstallmeister war. Wenn das die Wähler erst erfahren, dann brauchen die Demokraten keine Anstrengungen mehr zu machen. Herr Hemeter als Kreis-Bullen-Kommissar wird dann abermals das große Rennen gewinnen.

Petersroda. Geschlossen zur 3. Internationale bekannt hat sich nun auch unser Ortsverein. Auf ihn hatten Peters und Buhle besondere Hoffnungen gesetzt, weil er auf der letzten Kreisgeneralversammlung der linken USP. nicht vertreten war. Nachdem eine Vereinsversammlung die Entscheidung vertagt hatte, um auch einen Referenten der Rechten zu hören, sollte den Mitgliedern diese Möglichkeit am letzten Sonntag gegeben werden. Das Ersuchen um Entsendung eines Redners war vom Vorstand sowohl an die Linke wie die Rechte gerichtet worden. Doch blieb Herr Buhle, dessen Erscheinen im sicheren Ansicht gestellt worden war, leider aus. An der Debatte über das Referat des Genossen Kilian beteiligten sich mehrere Genossen aus Notzsch und Petersroda. Die Abstimmung ergab Anschluß an die 3. Internationale gegen eine Stimme. Zwar waren in der Versammlung nicht alle Mitglieder anwesend, aber die Tätigen unter ihnen werden schon dafür sorgen, daß die Einmütigkeit des Vereins auch in Zukunft gewahrt bleibt.

Weißenfels. Konsumvereinsmitglieder! Kauft Ihr alle in Eurem eigenen Laden? So fragen wir Euch. Wer hilft Euch in Eurer Not? Niemand. Nur Ihr selbst könnt Euch helfen. Werdet wirkliche Genossenschafter. 1627 Mitglieder haben von 3921 nach dem Bericht im letzten Geschäftsjahre nichts gekauft. Ein Teil hiervon hat vielleicht doch gekauft, aber aus Saumseligkeit keine Marken abgeliefert. Soll das so weitergehen? Wessen Interessen werden durch solche Teilnahmslosigkeit gepflegt? Man schimpft auf den Kaufmann und Bäcker und geht doch zu ihm, trägt ihm sein Geld hin und läßt sich mit seinem eigenen Gelde bekämpfen. Man schimpft auf den Konsumverein, weil dies und jenes mal 5 Pfennig teurer ist als beim Kaufmann, und sagt von den Waren nichts, die billiger sind. Ist das genossenschaftlich gehandelt? Eins steht fest: **In der Genossenschaft ist niemand, der an dem anderen verdienen will; hier ist jeder Konsument gleichzeitig Mitinhaber des Geschäfts.** Was über den eigentlichen Wert der Ware bezahlt wird, geht am Jahresschluß an jeden einzelnen zurück oder wird den Reserven zugeschrieben, um die Produktionsmittel zu steigern. Wir handeln nach dem Grundsatze: **Verkauf zum Tagespreis.** Weshalb verkauft denn dieser oder jener Kaufmann manchen Artikel unter dem Preis, den er nehmen könnte? Glaubt denn im Ernst jemand, der Kaufmann brächte im Interesse seiner Kunden ein persönliches Opfer? Wir finden die verschiedensten Preise bei den Artikeln Margarine und Seife. Für beide Waren sind durch das Reich für den Fabrikanten, Grossisten, Händler und Konsumenten Preise vorgeschrieben. Hier sucht man sich gegenseitig zu unterbieten, um bei den Konsumenten als billiger Mann dazustehen, während sie bei den Waren, wo ein bestimmter Einkaufspreis nicht besteht und die Preise fast täglich andere sind, sich für den entsagungen Verdienst schadlos zu halten. Eine solche Handlungsweise kennt ein Konsumverein nicht, er hat nur das eine Interesse: seine Mitglieder nicht über das Ohr zu hauen. Lasse sich deshalb niemand blenden, bewahre er seinem eigenen Geschäft und sich selbst die Treue, und dann wird es möglich sein, unser Werk der Selbsthilfe auf die Stufe zu heben, wohin es gehört, und von wo aus die Allgemeinheit wirklichen Nutzen ziehen kann. Die Betätigung genossenschaftlicher Solidarität ist die vornehmste Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Lebendorf b. Bebitz. Eine Goldgrube ist bekanntlich die Flaschenfabrik, in der der Herr Direktor Höhle das Zepter schwingt. Jetzt zahlte diese Fabrik ihren Aktionären **25 Prozent Dividende.** Um nun aber auch die Arbeiter bei Laune zu erhalten, hat man ihnen 1000 Mk. ausgezahlt, die Ledigen bekamen 600 Mk. Man sieht also, der Weizen blüht, trotz der „ungeheuren Löhne" und trotz der „Faulheit der Arbeiter". Der genannte Herr Direktor mit seinen Prokuristen, alles „Heimkrieger", halten es trotz des guten Geschäftsganges absolut nicht für nötig, auch Kriegsbeschädigte einzustellen. Sie sagen sich jedenfalls, warum habt ihr euch für uns die Knochen zerschlagen lassen. Hättet ihr es so gehalten wie wir, dann wäret ihr keine Kriegsbeschädigte. Verwundert muß man sich nur fragen: gibt es auf diesem Werk keinen Betriebsrat, der diesen Herrschaften ganz gründlich auf die Finger sieht? Kennt dieser Betriebsrat seine Pflichten so wenig? Vielleicht hören wir von ihm auch etwas. Oder ist er nach Bernburger Spekatrichen Manier versucht?

Döschwitz-Gladis bei Zeitz. Die erste Mitgliederversammlung der hiesigen linken USP. findet am Sonntag, den 21. November, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof Moje in Döschwitz statt. Tagesordnung: 1. Referat über die 3. Internationale, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Leiter: Kusse.

Mückenberg. Aus der Partei. Am Sonntag, den 14., fand im Roßischen Lokal abends 8 Uhr unser erster Diskussionsabend statt. Der Leiter erläuterte, wie die Abende in Zukunft gestaltet werden sollen. Es soll jedesmal ein anderes Bureau gewählt werden, damit ein jeder Genosse oder jede Genossin in der Lage ist, eine Versammlung zu leiten. Für den nächsten Diskussionsabend wurde Genosse Zech aufgefordert, ein Referat zu halten. Das Thema soll ihm selbst überlassen bleiben. Genosse Tetzel verlas zwei Artikel aus dem AR.-Heft Nr. 43: „Soll man Film und Kino sozialisieren" und „Aus der Bereichen Kleineisen-Industrie". An der außerordentlichen Diskussion beteiligten sich zehn Genossen.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Sprechstunden für auswärtige Partei- und Gewerkschaftsmitglieder **nur vormittags von 11 bis 1 Uhr; für in Halle wohnende nur nachmittags von 4½ bis 7 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.**

Halle und Saalkreis.

Halle, den 19. November 1920.

Genosse Lemck vor dem Ausnahmegericht.

Vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehr-Gruppenkommandos I (Berlin), zusammengesetzt aus den in unserer Dienstag-Nummer genannten Personen, hatte sich am 18. Oktober in Dessau der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Alfred Lemck, zu verantworten. Eine solche klägliche Anklage ist wohl selten zusammengeflickt worden. Man ging an die Vernehmung des Genossen Lemck, ohne seine Personalien festgestellt und ohne ihn mit der Anklage bekanntgemacht zu haben. Erst als er seine Verwunderung darüber Ausdruck gab, verlas Staatsanwaltschaftsrat Dehne die Anklage. Danach wird Genosse Lemck beschuldigt, im August d. J. „ohne Genehmigung der zuständigen Behörde unternommen zu haben, Verbände militärischer Art zusammenzuschließen". Lemck solle hauptsächlicher Gründer und Anstifter eines KO.-Verbandes, der in Halle existieren soll, sein. — Tatsächliche Beweise können nicht erbracht werden, die Anklage stützt sich auf sehr unbestimmte Aussagen, die im Prozeß Vormann-Schmidt gemacht wurden, und ferner auf ein Schriftstück, das bei den Akten gegen Robert Kroh (Berlin) sich befindet. Auf das Zeugnis Grimms, das vom Vorsitzenden und einigen Beisitzern Lemck dauernd vorgehalten wird, verzichtet der Vertreter der Anklage, der selber Grimm, diesen Spitzel, Provokateur und Meineidigen, für wenig glaubwürdig hält.

Der Genosse Lemck wird nunmehr aufgefordert, sich zu der Anklage — die mit einem Fetzen Papier zu vergleichen ist, der von jedem noch so schwachen Lüftchen ergriffen werden kann und in der Unendlichkeit sich auflöst — zusammenhängend zu äußern. Man hofft auf diese Weise Material, wovon in Wirklichkeit nicht die Rede sein kann, gegen ihn zu erhalten. Aber, welche Enttäuschung! Je mehr Fragen an den Genossen Lemck gerichtet werden, je öfter man ihn auffordert, sich zu äußern, desto mehr sinkt die Anklage in sich zusammen, wird kleiner und kleiner, bis schließlich nichts bleibt als ein winziges Pünktchen. Ein Pünktchen, auf das sich das Gericht stürzt, an das es sich klammert, um — die Verhandlung vertagen zu können, um abermals Zeit zu finden, gegen den Genossen Lemck Material von der Sipo und deren uns bekannten „Helfershelfern" unter Aufbietung aller „Mittel" zusammenzutragen. Wir wünschen recht viel Glück und guten Erfolg. Wie immer die „Ermittlungen" auch ausfallen mögen, was immer gegen den Genossen Lemck „gefunnelt" werden mag, die Anklage wird zusammenstürzen, sie muß zusammenstürzen, der Genosse Lemck wird seine Handlungen, die in gar keinem Zusammenhang mit der Anklage stehen, jederzeit verantworten können.

Die Verhandlung gegen den Genossen Lemck ist auf einige Wochen vertagt. Als Zeugen zu dieser Verhandlung sollen geladen werden: Kroh (Berlin), Schneidewind, Vormann, Schmidt, Ehrt, der Spitzel Grimm und der rühmlichst bekannte Oberleutnant Krähe. — Wir werden dann Gelegenheit nehmen, unsere Genossen ausführlich über den Prozeß zu unterrichten.

•

Wie uns soeben mitgeteilt wird, sind gestern abend mehrere Genossen in ihren Wohnungen nach Rückkehr von der Arbeitsstätte von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Man schleppte sie nach der Wache und fragte sie aus, ob sie den Genossen Lemck kennten und ob sie etwas von militärischen Organisationen wüßten. Offenbar handelt es sich hier um Denunziationen des Spitzels Grimm, der bekanntlich frei in Halle herumläuft, obwohl er zu Gefängnis verurteilt worden ist und noch ein Verfahren gegen ihn schwebt, in dem er Zuchthausstrafe zu gewärtigen hat (Meineid!) Da unsere Genossen natürlich keinerlei Auskünfte geben konnten, mußte man sie wieder entlassen.

Aerzte und Krankenkassen.

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen schreibt:

Zwischen den Krankenkassenverwaltungen und den Aerzten besteht bekanntlich schon seit Jahren ein recht gespanntes Verhältnis. Der ärztliche Beruf ist seit langem überfüllt. Die ständig, meist in die Großstädte zuströmenden Aerzte finden keine ausreichende Existenz. Daher drängt alles zur Kassenpraxis. Die Kassen wehren sich gegen diesen unüberbrückbaren Zuwachs. Je mehr Aerzte sich in die zur Verfügung stehende Honorarsumme teilen, um so kleiner wird der Anteil des einzelnen. Die Folge ist eine dauernde Unzufriedenheit der Aerzte mit ihrer wirtschaftlichen Lage. Die fortgesetzten Preissteigerungen auf allen Gebieten nötigten auch die Krankenkassen zu fortwährenden Aufbesserungen der Honorarbezüge. Während 1913 durchschnittlich 6 Mk. Arztkosten auf den Kopf des Versicherten entfielen, wird sich diese Ausgabe für 1920 auf 30 Mk. erhöhen. Trotzdem bleibt die Unzufriedenheit weiter Arztkreise bestehen. Die auf Drängen der Aerzte allgemein eingeführte freie Arztwahl zeitigt die üble Begleiterscheinung, daß ein kleiner Teil der Aerzte, etwa ein Drittel, den größten Teil der Honorarsumme bezieht, während die große Masse der Aerzte sich in den geringen Rest teilen muß. Wenn eine Kasse von 10 000 Mitgliedern jährlich 300 000 Mk. Arzthonorar an 10 Aerzte zahlt, so erhalten hier Aerzte etwa 200 000 Mk., jeder durchschnittlich 50 000 Mk., während die übrigen sechs sich in die verbleibenden 100 000 Mk. teilen müssen. Denn je mehr Kassenpatienten ein Arzt hat, desto größer ist seine Einnahme. Da jeder Kranke den Arzt aufsuchen kann, der ihm genehm ist, und jeder Arzt soviel Patienten behandeln darf, als ihm beliebt, so sucht jeder Arzt einen möglichst großen Patientenkreis zu erlangen. Ein Arzt, der die Kranken gewissenhaft untersucht und daher viel Zeit auf jeden einzelnen verwendet, kann schon deshalb nicht sehr viele Kranke behandeln. Ist der Arzt aber streng im Arbeitsunfähigschreiben und kommt er den Wünschen der Patienten im Verordnen von allerlei Arznei und Stärkungsmitteln nicht genügend entgegen, so bleibt sein Wartezimmer leer. Schon jetzt sind in Deutschland doppelt soviel Aerzte vorhanden, als nach der Zahl der Kranken nötig wäre. Außerdem besuchen noch 20 000 Medizinstudierende die deutschen Universitäten; sie werden die Zahl der beschäftigungslosen Aerzte in den nächsten Jahren noch vermehren. Die Krankenkassen halten daher das Eingreifen der Gesetzgebung für dringend geboten. Sie wollen nicht dauernd mit der Gefahr von Aerztestreiks rechnen. Sie müssen aber auch, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Aerzte doch nicht zufriedenstellen können. Vor allem aber streben sie an Stelle der heutigen Massenabfertigung der Kranken eine Verbesserung der Heilbehandlung an. Das kann nur dadurch geschehen, daß den Aerzten die Verwaltungsarbeit abgenommen wird, die mit der Ausfertigung von Rezepten, Untersuchungsscheinen usw. Auch die vielen kleinen Beratungen in einfachen Fällen, die Krankenbehandlung des Arztes beschränkt an dem Zweck, eine Brille, ein Bruchband, Bad oder Pflaster zu erhalten, alle die vielen geringfügigen Verrichtungen der täglichen Kassenpraxis müssen den Aerzten abgenommen werden. Diese Leistungen machen etwa die Hälfte der Kassenpraxis aus. Sie könnten in Behandlungsstellen der Kassen von dazu besonders angestellten Aerzten verrichtet werden. Die Behandlungsstellen wären auch als Untersuchungsstellen einzurichten, um genaue Diagnosen zu stellen und die Patienten der gewünschten Spezialbehandlung zuführen zu können. Den Kassenärzten bliebe dann genügend Zeit zur gründlichen Behandlung ihrer Kranken. Wünschenswert wäre es, wenn zu dieser Behandlung der Kassenpatienten nur so viel Aerzte zugelassen würden, als wirklich nötig sind. Das hätte den Vorteil, daß das Honorar nicht unnötig zersplittert, sondern jeder Kassenarzt eine auskömmliche Existenz finden würde. Sollten die Aerzte aber nicht bereit sein, mit den Kassen Verträge auf dieser Grundlage abzuschließen, so wäre den Verwaltungen die Befugnis zu geben, den Patienten einen angemessenen Geldbetrag zu zahlen, um sich selbst ärztliche Hilfe zu beschaffen. Wird eine solche Neuordnung des kassenärztlichen Dienstes durchgeführt, wozu eine Aenderung der Reichsversicherungsordnung erforderlich wäre, so könnten die Krankenkassen endlich allgemein die Krankenhilfe für die nichtversicherten Angehörigen der Mitglieder organisieren. Dann würden auch weitere Beitragserhöhungen vermieden werden. Das ist wichtig; denn heute sind die Beiträge auf 6 bis 7 Prozent des Lohnes gestiegen, können also nicht beliebig erhöht werden. Das müßte aber eintreten, wenn die Arztfrage nicht anders geregelt wird. Es sieht sogar zu befürchten, daß es dann zu neuen schweren Kämpfen zwischen Aerzten und Krankenkassen kommen wird. Der Krankenversicherung drohen dann schwere Gefahren, die im Interesse der Volksgesundheit gebannt werden müssen. Deshalb ist ein baldiger entscheidender Schritt der Gesetzgebung zur zwingenden Notwendigkeit geworden.

Städtische Leihhäuser.

In verschiedenen deutschen Freistaaten besteht bereits eine Verordnung, die den Geschäftsverkehr der Pfandleihanstalten regelt, eine bestimmte Buchführung vorschreibt usw. In anderen Staaten wird eine derartige Verordnung ausgearbeitet. Es ist nicht zu verkennen, daß solche Bestimmungen die Auswüchse des Pfandleihwesens zu lindern imstande sind. Doch sollte gerade bei derartigen Einrichtungen, die von den Aerzten, den wirtschaftlich am schwächsten Gestellten benutzt werden, vor allem der Kommunalisierungsgedanke verwirklicht werden.

Aber leider kennen nur ein paar vereinzelte Städte städtische Pfandhäuser. Und so wenig soziales Verständnis bringt man dieser Einrichtung entgegen, daß man das städtische Leihhaus in Magdeburg vor einigen Jahren sogar aufgehoben hat. In der sozialistischen Gemeinschaft wird es ja keine Pfandhäuser mehr geben, weil sie dann nicht nötig sind. Aber heute sind sie nötig, dringend nötig, denn sonst gäben sie ja so manchen Privatleuten nicht ihre Existenz.

Der Schutz der Schwächsten zwingt zur Kommunalisierung des Pfandleihwesens. Das zeigt uns der Geschäftsbericht, den das städtische Pfandhaus in München vor dem Kriege herausgegeben hat. Darnach wurden nur 1% der Pfänder mit 100 Mark und mehr belieben, während 91% die Höhe von 20 Mark nicht erreichten. Und ähnliche Zahlen liegen von den anderen städtischen Pfandhäusern vor.

Man komme nicht mit der abgelaufenen Phrase, der Arbeiter verdiene heute genug. Er verdient verhältnismäßig weniger als vor dem Kriege. Und auch die Erwerbslosigkeit, die heute so viel zu schaffen macht, wird auf Jahre hinaus nicht behoben werden, wenn man sie auch durch die produktive Erwerbslosenfürsorge in ein gesünderes Fahrwasser zu lenken versucht. Der Präsident des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung schreibt auch in der neuen Nummer des Reichsarbeitsblattes, das eine Lösung des Problems nur in dem Aufschwung unseres Wirtschaftslebens begründet ist. Und das liegt ja, wer weiß auf wie lange Zeit noch, in den letzten kapitalistischen Zügen. Darum gilt es, den Schwächsten der Schwachen den nötigen sozialen Schutz angedeihen zu lassen. Und dazu gehört die Kommunalisierung des Pfandleihwesens.

Eine gewaltige Kundgebung.

gegen die Anti-Streikbewegung und Orgeschleute war die Versammlung, die gestern abend von der VMO., der Partei und den NV. im „Volkspark" veranstaltet wurde. Saal und Tribünen waren so gefüllt, daß es kaum möglich war, die Menschenmassen alle unterzubringen. Dieser Versammlungsbesuch war eine Demonstration des Hallischen Proletariats, das am Montag sich weigerte, in die Versammlung zu kommen, welche von den Flaumachern einberufen worden war. Am Montag erklärte Herr Winkler, der bisherige Kartellvorsitzende, daß die Hallischen Arbeiter offenbar nicht gegen die Reaktion auftreten wollten. Gestern haben es die Hallischen Arbeiter Herrn Winkler gezeigt, daß sie auf dem Plane erscheinen, wenn sie von ihren revolutionären Körperschaften gerufen werden. Auch die „Hallesche Zeitung", die über den schlechten Besuch der Montag-Versammlung höhnte, wird jetzt wohl keine hochtrabenden Bemerkungen mehr machen. Wir bringen morgen einen ausführlichen Bericht über die Versammlung.

Stadtverordneten-Fraktion.

USP. (Links)
Heute abend 6 Uhr Sitzung in der Parteisekretariat.

* **Preßkommissionssitzung** am Montag, den 22. d. M., abends 7 Uhr, im Verlage des Volksblattes.

— **Zu den Gewerkschaftsversammlungen,** die jetzt im Saalkreis veranstaltet werden, hatten wir gestern einen Aufruf veröffentlicht, der auf die Wachtenschaften der Flaumacher im Hallischen Gewerkschaftskartell hinweist und zum Besuch der Versammlungen auffordert. Dazu hatten wir mitgeteilt, daß Genosse Grabow, der als einziger revolutionärer Gewerkschafter mit als Referent hinzugezogen wurde, gestern in Löbejün sprechen sollte. Das traf nicht zu, wie uns nachträglich mitgeteilt wurde. Genosse Grabow hat gestern nicht in Löbejün, sondern in Ammendorf gesprochen. Alle sonstigen Erklärungen und Schlußfolgerungen des Artikels bleiben bestehen.

* **Hallischer Lehrer-Verein.** Die Sitzung am 16. November eröffnete Herr Saupe mit einem Gedenkworte zum 250. Todestage des großen, weanweisenden Pädagogen Comenius. Herr Verleger v. Bressensdorf (Leipzig) besprach und zeigte neue Karten, Bücher zur Erdkunde und neue, geschmackvoll ausgestattete Jugendschriften. — Der Lehrer-Verein lehnt im Interesse eines geordneten Schulbetriebes ein Klassenbesuchsrecht der Eltern ab. — Herr Redslob gab Aufklärung über die in nächster Zeit zu zahlenden Residentzage des Gehaltes und zeigte an Beispielen die Aufrechnung. — Zur Besoldungsfrage richtet eine Entschließung an die Mitglieder der Landtagsfraktion der Preußischen Landesversammlung die dringende Bitte, die Regierungsvorlage mindestens nach den Forderungen des Preuß. Gutachtenausschusses des Deutschen Beamtenbundes folgende Entschließung: Der Hallische Lehrer-Verein erhebt gegen die Umwandlung von Volksschulen in Wohnungen für Flüchtlinge den schärfsten Einspruch. Eine solche Maßnahme, welche die gedeihliche Arbeit in der Schule beeinträchtigt, zeugt von einer Geringschätzung der Volksschule. Der Hallische Lehrer-Verein erwartet, daß nicht nur bei der Belegung weiterer Schulen abgesehen, sondern auch die Lutherschule recht bald wieder geräumt und zu Schulzwecken benutzt wird. — Weiter fordert der Verein die Verlegung des Konfirmandenunterrichtes auf die schulfreien Nachmittage und erwartet, daß zu den Verhandlungen mit der Kirche Vertreter des Kreislehrerrates hinzugezogen werden. — Eine Aussprache über den Zusammenschluß der hallischen Lehrer- und Lehrerinnen-Vereine zu einer Arbeitsgemeinschaft führte noch nicht zum Abschluß, da die Antworten der anderen Vereine erst abgewartet werden müssen.

* **Kommunistische Jugend Halle** (Gruppe Nord). Schillerschule Zimmer 12 und 13. Eingang Lessingstraße. Vortrag des Genossen Menzel über „Die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterbewegung".

* **Metallarbeiterverband.** Die von den Betriebsräten und Vertrauensleuten beschlossene Mitgliederversammlung zu Sonntag, den 21. November, welche sich mit der Kündigung der Angestellten beschäftigen soll, kann nicht stattfinden, da der Saal besetzt ist. Um Irrtümer zu vermeiden, sei gesagt, daß der Saal für diesen Tag schon seit Monaten besetzt gewesen ist. Die Ortsverwaltung hat deswegen die Versammlung zu Sonntag, den 28. November, festgesetzt.

* **Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten am** Montag, den 22. November 1920, nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung. Bieten einer Wohnung. Nachbewilligung für des Alters- und Pflegeheim. Umlegung des Pflasters im Alters- und Pflegeheim. Anschaffung eines Bottichs für das Alters- und Pflegeheim. Instandsetzung des Daches der Ulrichkirche. Beitritt zum Arbeitsverband Sachsen-Anhalt. Nachbewilligung für das Gaswerk. Festsetzung der Gas- und Wasserpreise usw. Beitritt zur Rohenproduktion-Verwertungsgesellschaft für Gaswerke. Nachbewilligung für die Wasserwerke. Nachbewilligung für Kap. XV A II 1 des Hauptetats. Ueberlassung der Trotzer Gemeinschaftlichen Anlagen zu städtischen Eigentum. Vermietung des Eskladers im Rathause. Antrag auf Fortbildung schwach-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192011 19-19/fragment/page=0006

begabter Kinder. Entlastung der Rechnungen der Betsche-Lehmann-Stiftung 1916, der Sparkasse 1916, der Sparkasse 1917, der Stiftung Kelbeidsruh usw., der Gasweke 1915, der kaufmännischen Fortbildungsschule 1918, der Kämmereifonds VI — XVII, des Riebeckhofs 1916. Entschließungen des Elternbeirats der Sprachheilschulen. Beschwerde über den Ausschluß von Tarifverhandlungen. Gesuch um Unterstützung des Kinderschutzverbandes. Gesuch der städtischen Angestellten um Gehaltserhöhung. Gesuch der Kriegsbeschädigten betr. Straßenüberbauenbenutzung. Gesuch betr. Druckaufträge. Gesuch betr. Einteilung der technischen Abteilung des Wohnungsamtes. Gesuch um Bereitstellung zum Kartoffelacker. Gesuch um Zuweisung einer Wohnung. Gesuch um Zurücknahme einer Kündigung. Beschwerde über das Wohnungsamt. Beschwerde über das Mieteinigungsamt.

* **Die deutschnationalen Idioten** haben am Buß- und Bettag in gefährlichen Begeisterungsversuchungen gelegen. Lettow-Vorbeck hielt ihnen einige Reden und wurde vom Lackschuhpöbel von den völlig verblödeten Studenten und den rasserein-Heldenjunafrauen angebeckt. Die „Kölnische Zeitung" teilt mit, daß man in einer Versammlung den „Pariser Einzugsmarsch" spielte und brüllend behauptete, man werde ihn wieder wie 1870 in die Tat umsetzen. Die deutschnationalen Narren machen Revanche-Politik und das ganze bürgerliche Pack jubelt ihnen zu. Begessen sind die Bestien, das man sich „auf" den Boden der gegebenen Tatsachen stellte, heute ist man wieder obenauf und droht mit neuem Kriege. Das arbeitende Volk fehlte in den Paroden der Deutschnationalen, aber das Schiebertum, das jetzt bekanntlich sehr patriotisch ist, war da und betete für das Vaterland, daß es zusammen mit Wilhelm, Ludendorf und den Helden der Deutschnationalen ruiniert hat. Die Zukunft wird auch mit diesen Konsorten abrechnen.

* **Konzert des Arbeiter-Frauenchors.** Als ich vor einigen Tagen das Programm zu dem gestrigen Konzert in die Hände bekam, hatte ich gleich Bedenken, ob die Aufgaben, die die Veranstalter des Abends sich gestellt hatten, nicht etwas zu hohe waren. Die gestrigen Darbietungen rechtfertigten meinen Zweifel. Wenn der Arbeiter-Frauen- und Mädchenchor sich in die Oeffentlichkeit wagt, so muß er auch damit rechnen, daß selbst eine wohlmeinende Kritik es nicht unterlassen kann und darf, auf vorhandene Mängel hinzuweisen. Versuchende Beschränkung würde nur das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreichen, und der Zweck objektiver Kritikübung besteht doch letzten Endes darin, durch Hinweis auf zurzeit in Erscheinung tretende Schwächen aufmerksam zu machen, um durch ihre Aufdeckung ihre Beseitigung zu bewirken. Aus diesem Grunde bitte ich es mir nicht zu verargen, wenn ich sage, daß das gestrige Konzert in gewisser Beziehung eine Enttäuschung war. Zugegeben, daß der Chor unter Herrn Liffels Leitung sich alle Mühe gab, den gestellten Anforderungen Genüge zu leisten. Doch gelangten sämtliche Chöre mit wenig innerer Anteilnahme durch die Sängerinnen zum Vortrag, sodaß man nicht recht warm wurde. Das Wollen blieb hinter dem Können zurück. Man hatte unwillkürlich das Gefühl der Unsicherheit, die mehr darauf bedacht zu sein schien, die einzelnen Chöre nicht umzuwerfen, als den Zuhörer durch geistige Anteilnahme, durch intensives Miterleben mit sich fortzureißen. Am besten gelangen noch die Chöre volkstümlichen Charakters, wie „In einem kühlen Grunde" und das rumänische und schwedische Volkslied, während dagegen die erste Szene aus dem 2. Akt der Wagnerschen Oper „Rienzi" einen völligen Mißerfolg bedeutete. An derartig hohe Aufgaben sollte man sich doch lieber nicht heranwagen. Ganz abgesehen davon, daß vom rein künstlerischen Standpunkt das Herausreißen von Bruchstücken aus Bühnenwerken stets anfechtbar bleiben wird, waren auch gestern die Mittel ganz unzulänglich, um die Wiedergabe einigermaßen zu rechtfertigen. Der Chor verlor zeitweilig den Kontakt mit der, nebenbei gesagt, nicht gerade sehr rühmenswerten Begleitung Frl. Liffel's und zog in starkem Maße den Ton herunter, wie überhaupt die Höhe reichlich gequetscht und quälend klang. Das oben Gesagte gilt auch für die Barkarole aus Hoffmanns Erzählungen, die allerdings weit anspreechender gelang, als die Rienzi-Szene. Ich möchte überhaupt dem Frauenchor raten, sich mehr der Pflege volkstümlichen Chorgesanges zu widmen, als sich auf künstlerische Seitensprünge einzulassen, die schließlich doch in eine Sackgasse führen müssen. Er kann dann gewiß klein, daß er sich damit Aufgaben zuwendet, die im Bereich seiner Leistungsfähigkeit liegen und trotzdem hohen Kulturwert in sich tragen. Als Solisten betätigten sich unsere einheimische Konzertsängerin Frau Montag-Eggert und Fritz Schneider vom Stadttheater. Frau Montag-Eggert besitzt eine ganz sympathische Altstimme, die freilich noch in der Höhe und Tiefe der Schulung bedarf, um das Satte und Volle des Timbre zu weichem und doch vollem Klange zu verschmelzen. So fehlte namentlich der Arie aus Saint-Saëns's Oper „Samson und Dalila" das Ausgeglichene in der Tongebung. Bei ihrer nicht üblen Anlage ließe sich vielleicht noch etwas erreichen. Herr Schneider, der eine Mignon-Arie, den Rienzi und einige Lieder von Schumann und Gounod sang, verfügt über einen leichtansprechenden Tenor, der allerdings, wie ich das schon gelegentlich der Theaterkritiken geäußert habe, noch weicher, wärmer klingen könnte. Mit zwei ungarischen Tänzen zu vier Händen von Brahms traten Herr und Frl. Liffel hervor. Zwar keine Glanzleistung, spielten beide schlecht und recht nach beiden Vermögen; daß der Ton des Flügels etwas drahtig klang, mag wohl am Instrument gelegen haben. Der große Saal des Volksparkes wies nicht ganz die Fülle auf, die man von den Konzerten des Männerchors her gewöhnt ist. Aw.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, wird die Oper Hoffmanns Erzählungen wiederholt. Sonnabend gelangt Wedekinds Frühlings Erwachen zur Erstaufführung. Sonntag, abends 6 Uhr, geht Richard Wagners Tannhäuser in Szene. Montag Als ich noch im Flügelkleide. — Am Sonnabend, den 27. November, abends 7½ Uhr, findet das bereits angekündigte Beethoven-Konzert unter Leitung von Prof. Dr. Hans Pfitzner statt. Eintrittskarten sind an der Kasse des Stadttheaters erhältlich.

* **Städtische Kammerspiele in Bad Wittekind.** Am Dienstag, den 23. d. M., abends 7½ Uhr, gelangt Frank Wedekinds Frühlings Erwachen in der gleichen Besetzung wie im Stadttheater zur Aufführung. Eintrittskarten sind an der Kasse des Stadttheaters zu haben.

* **Volkspark.** Heute, Freitag, den 19. November, abends 6 Uhr, hält der Arbeiter-Sängerchor im großen Saal sein Stiftungsfest ab. Im kleinen Saal ist Großer öffentlicher Ball. — Die Differenzen im kleinen Saal des Volksparkes wegen des Bifettes sind im Parteiinteresse zufriedenstellend geregelt. Wir bitten die Parteigenossen, hiervon Kenntnis zu nehmen.

* **Pächterversammlungen.** Acker „Völlberger Flur" am Sonntag, den 21. November, nachmittags 2½ Uhr, im Kurzahls' Restaurant, Völlberg, betrifft Pachterhöhung. — Pächterversammlung Acker „Flottwellstraße" am Montag, den 22. November, abends 7½ Uhr, im „Bürgergarten", Liebenauer Straße. Wichtige Tagesordnung.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeiger.

Apollo-Theater. Fanny Köbe erlitt gestern während des 2. Aktes beim Tanzen einen Unfall durch Verstauchung des Fußes. Trotz großer Schmerzen führte sie ihre Rolle bis zum Ende durch, muß aber jetzt auf Anordnung des sie behandelnden Professors sich einige Tage pausieren. Die Direktion hat daher, vielseitigen Wünschen entsprechend, für die nächsten Tage „Die Frau im Hermelin" angesetzt. In den Hauptrollen sind Else Lincro vom Theater des Westens in Berlin und Kurt Dissen vom Operettentheater in Bremen neben den übrigen so sehr beliebten Darstellern des Steinertschen Operettenensemble beschäftigt.

Ammendorf. Ein Todesurteil, 30 Jahre Zuchthaus und vier Jahre Gefängnis, das ist die Rache der bürgerlichen Gesellschaft an der Ammendorfer Arbeiterschaft! Diese Urteile wurden in drei Prozessen gegen Arbeiter vor dem Hallischen Schwurgericht wegen Taten, die in Verbindung mit dem Kapp-Putsch begangen wurden, gefällt. Die Ammendorfer Arbeiterschaft, die von Bitterkeit erfüllt ist, wenn sie dagegen an Marloh, die Marburger Studentenmörder usw. denkt, wird zu den Urteilen gegen ihre Klassengenossen Stellung nehmen. Am Dienstagabend ½8 Uhr findet im Gasthof Greie (Radewell) eine große öffentliche Protestversammlung statt, in der über das Thema: „Die Schreckensurteile in der „freien" Republik" gesprochen wird. Arbeiter und Arbeiterinnen, zeigt durch Massenbesuch, daß ihr der Opfer des Weißen Schreckens gedenkt!

Ammendorf. Die Betriebsräte der Gruben und Abraumbetriebe werden aufgefordert, zu der für Sonntag angesetzten Versammlung je ein Betriebsratsmitglied eine Stunde vor Beginn zu entsenden zur Kontrolle der Säumigen.

Wörmlitz. Versammlungsverlegung. Die für Wörmlitz angesetzte öfentliche Gewerkschaftsversammlung kann besonderer Umstände halber nicht morgen, Sonnabend, stattfinden, sondern wird am Montag, den 22. November, im Gasthaus zu Wörmlitz abgehalten werden.

Rietzchen. Aufsurversammlung. Heute, Freitag, abend 7 Uhr findet im Gasthof „Zur Sonne" eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher über die Notwendigkeit sowie über das Wesen und Wirken der freien Gewerkschaften gesprochen werden soll. Kein Gewerkschaftsmitglied, ganz gleich welcher politischen Richtung es angehört, darf fehlen.

Reideburg. Gewerkschaftsversammlung. Auf die heute, Freitag, abend 7½ Uhr im Gasthof „Zur Nachtigall" stattfindende öffentliche Gewerkschaftsversammlung, machen wir an dieser Stelle noch besonders aufmerksam. Vollzähliger Besuch, speziell der Landarbeiter dieses Bezirks, ist notwendig.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder ein Zuchthausurteil!

Ein Ammendorfer Arbeiter vor dem Schwurgericht.

Am Donnerstag wurde vor dem Schwurgericht verhandelt gegen den Arbeiter Friedrich Lober aus Döllwitz, 25 Jahre alt. Er war angeklagt, am 19. März 1920 in Dieskau versucht zu haben, den Generaldirektor Holz zu töten. Die Auslosung der Geschworenen erfolgte, wie voranzusehen. Alle Geschworenen, die verdächtig erschienen, Arbeitersympathieen zu hegen, wurden von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Sodann wurde mitgeteilt, daß der Antrag auf Strafreiheit des Angeklagten, der von der Verteidigung gestellt war, abgelehnt sei. Die Verhandlung sei von der Strafkammer an das Schwurgericht überwiesen.

Der Angeklagte sagte aus: Am 19. März 1920 ging ich von Döllwitz nach Dieskau. Der Regierungsaufruf zur Beschützung der Republik hatte mich bestimmt, den bewaffneten Arbeitern in ihrem Kampfe gegen die Kappisten beizuspringen. Im Orte selbst bezog ich als Flankensicherung eine Postenstellung. Es mochte ungefähr eine halbe Stunde vergangen sein, da kam Generaldirektor Holz, von dem wir kurz zuvor eine Frau gelagt hatte, er habe Verbindung mi den Kappisten und sei bei diesen gesehen worden, die Dorfstraße entlang auf mich zu. Er mochte noch etwa 50 Meter von mir entfernt sein, da sprang ich vor und gebot ihm dreimal „Halt". Der Angerufene machte kehrt und lief weg. Da gab ich, um ihn zu warnen, zwei Schreckschüsse ab. Der letzte traf ihn offenbar ins Bein.

Hier griff der Vorsitzende in den Bericht ein, warf dem Angeklagten vor, er habe sich bei der Vorunterrichtung anders ausgedrückt. Was er jetzt berichte, seien doch nichts als „faule Ausreden".

Lober berichtete dann weiter, er habe gesehen, wie Frl. Bürger den Verwundeten in das Haus ihres Vaters gebracht habe. Dort sei er später auch hingegangen. Holz habe ihm erzählt, daß er sich auf dem Wege zu seiner Familie in Halle befände. Danach habe er, der Angeklagte, sich darum bemüht, daß der Verwundete nach Ammendorf in ärztliche Behandlung komme.

Der Zeuge Holz, 53 Jahre alt und Direktor der Papierfabrik in Radewell, sagte aus: Am 16. März 1920 wurde bei mir ein Bandeneinbruch verübt. Auf einen Schuß, den ich mit meinem Revolver abgab, antwortete man mir mit einer ganzen Salve. Schleunigst technischer Unruf der Fabrikwache rettete mich aus meiner gefährlichen Lage. Die Einbrecher rissen aus, ohne irgendwie kennzeichnende Spuren zu hinterlassen. Am nächsten Tage kam eine Arbeiterdeputation und suchte bei mir nach Waffen. Man fand aber nichts außer meinen Jagdgewehren. Am gleichen Tage, desgleichen am folgenden erhielt ich die dringliche Aufforderung, in die Rote Armee einzutreten, widrigenfalls ich erschossen würde. Des Ansinnen bewog mich, nach Halle aufzubrechen, um dort zu meiner Familie zu stoßen. In Dieskau konnte ich wegen des dort tobenden Gefechts nicht mehr weiter. Es blieb mir nichts übrig, als wieder den Heimweg anzutreten. Gerade war ein Radfahrer an mir vorbeigefahren, da sprang Lober mit Gewehr im Anschlag vor und rief mir zu: Halt! Hände hoch! Ich machte kehrt. Daraufhin fielen zwei Schüsse. Der zweite traf mich ins Bein. Frl. Bürger brachte mich in ein Haus. Sie gab mir ein Handtuch zum Verbinden. Auf ihre Aufforderung hin überlistet ich ihr all' die Wertgegenstände, die ich bei mir führte. Ich erhielt sie übrigens später vollzählig zurück. Von den anderen Arbeitern, die mit uns Haus gekommen waren, wurde ich beschimpft und nach Waffen durchsucht. Auch der Angeklagte beschimpfte mich, als er kam, und bedauerte es, mich nicht besser getroffen zu haben. Den energischen Bemühungen zweier Arbeiter gelang es schließlich, daß ich nach Ammendorf gebracht wurde.

Die Aussagen der meisten übrigen Zeugen brachten keine neuen Gesichtspunkte. Frau Herker will L. gewarnt haben, nicht zu schießen, was dieser versprach. Frau Kittel erklärte, sie habe zu L. gesagt, Holz sei mit den Reichstruppen vorbeigekommen (worauf L. seinen Verdacht gründete, H. sei Kappist und müsse angehalten werden). Durch Kreuz- und Querfragen nervös gemacht, nahm die 62jährige Zeugin diese ihre Aussage zurück und bestritt auf einmal, zu L. irgend etwas über H. gesagt zu haben. — Zeuge Buchheim sagte aus, die Truppen hätten sich viele Horden benommen und die Bevölkerung in starke Erregung gebracht. — Zeuge Held gelangte mit nur dreimaligem Hackenzusammenschlagen und entsprechenden Sporenklirren bis auf seinen Platz an den Vorsitzenden. Auf dessen Frage, wie er heiße, erfolgte prompt die Antwort: Major Held (nicht etwa Held, sondern Major Held; der Titel scheint also bereits mit dem Namen verwachsen!. Er erzählte von seinem „siegreichen Vormarsch gen Halle." Wiederholtes Hackenzusammenschlagen. Der Zeuge Held ist entlassen. — Schmitt berichtet, Holz habe ein Messer bei sich getragen. — Familie Bürger hat die Schimpfworte, die gegen den verwundeten H. ausgestoßen wurden, gleichfalls gehört.

Die Fragen an die Geschworenen lauteten: 1. auf vorsätzlichen Tötungsversuch mit Ueberlegung. 2. wenn bejaht, ob mildernde Umstände, 3. auf vorsätzliche Körperverletzung, 4. wenn bejaht, ob mildernde Umstände.

Im Plädoyer wies der Staatsanwalt darauf hin, in der Zeit der Tat hätten doch Kapp und Lüttwitz bereits Berlin verlassen gehabt. Es hätte „also" für die Republik keine Gefahr mehr bestanden. L. habe somit seine Waffe zu verbrecherischen Zwecken besessen. Daß H. keine bösen Absichten gehabt habe, ergebe sich schon daraus, daß er sich „mit dem vielen Volk, das auf der Straße herumlungerte", in Dieskau unterhalten habe. Er persönlich ist erschreckt über den Haß, der in „unserem Volke" wohne, und müsse nur immer staunen. L. habe offenbar im Hintergrund gelauert. Sein Benehmen gegenüber dem verwundeten H. sei viehisch gewesen. Mildernde Umstände seien unbedingt abzulehnen. Es käme nur bei Bejahung der ersten Frage in Betracht. Die „Massenpsychose", mit der der Verteidiger in seinen Ausführungen vermutlich angerückt käme, sei — das könne er schon jetzt bemerken — nichts als eine leere Phrase.

Darauf führte Rechtsanwalt Pfeiffer als Verteidiger aus, sogar Hauptmann Nagel, ein berufener Kenner der Märzunruhen, habe seiner Zeit nicht gewußt, wieviele Parteien beständen und warum sie sich bekämpften. Die Verknüpfung des Namens Holz mit den Kappisten habe infolge der Jagdgewehrbunde durch Aushänschung im Volksmunde leicht zustande kommen können. Mißverständnisse seien übrigens nicht nur bei den Angeklagten, sondern auch den Zeugen bei ihren Aussagen unterlaufen. Wenn der Staatsanwalt dem Verteidiger irgendwelche Vorwürfe gemacht habe, so seien diese alle zurückzuführen auf eine Verkennung dessen, was ein Verteidiger zu tun habe. Eine Absicht, mit Ueberlegung zu töten, könne bei dem Angeklagten gar nicht vorgelegen haben, wenn dieser echt kurz vor der Tat der Frau Herker erklärte, er werde nicht schießen. Die Tatsache ferner, daß L. den H. in den Oberschenkel getroffen habe, daß er ihn, obwohl er konnte, nicht erschossen habe, spreche nicht für einen Tötungs-, sondern nur für einen Körperverletzungsversuch. Drohungen, die der Angeklagte ausgestoßen haben solle, seien, um auch auf die Krügerschen Aussagen einzugehen, keine Taten. Mildernde Umstände seien z. B. darin zu suchen, daß L. noch nicht vorbestraft sei.

Der Staatsanwalt gab sich darauf alle erdenkliche Mühe, die Argumente des Verteidigers abzuschwächen. Der Verteidiger wies zum Schluß darauf hin, daß selbst die Anklage der Staatsanwaltschaft ursprünglich nur auf vorsätzliche Körperverletzung gelautet habe. In der Rechtsbelehrung monierte der Vorsitzende, daß einige Bemerkungen des Verteidigers nicht „zur Sache" gehörten (seiner Meinung nach!). Ob von seiten des Staatsanwaltes alles „zur Sache" gehörte, darüber versäumte er sich zu äußern.

Die Geschworenen bejahten die Frage 1, aber ohne Ueberlegung, und verneinten die Frage 2.

Der Staatsanwalt beantragte 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger bat, sich mit dem Mindestmaß von 1½ Jahr Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu begnügen. Der Gerichtshof erkannte auf 7 Jahre Zuchthaus mit Anrechnung einer sechsmonatigen Untersuchungshaft und 10 Jahre Ehrverlust.

Man mag zu der Tat stehen, wie man will, aber das Eine muß zur Charakteristik unserer „Kulturstufe" wiederholt ausgesprochen werden. Die Ursache der Tat ist ein Geschwür im sozialen Körper. Zur Heilung desselben ein Individuum zu bestrafen, ist ebenso intelligent, als wenn ein Arzt die schädlichen Bazillen im Körper des Menschen dadurch bekämpfen wollte, daß er einfach jenes Glied, an dem sie sich zufällig besonders bemerkbar machen, amputiert. Wann werden unsere Gesetzgeber diese handgreifliche Weisheit kapiert haben? Oder dürfen sie in ihrer Erkenntnis nicht so weit fortschreiten, aus Klasseninteresse heraus?

Schwurgericht.

Das Drama der ledigen Mutter und das Martyrium des unehelichen Kindes,

so könnte man nach den Worten des Verteidigers den Fall überschreiben, der am 16. November das hiesige Schwurgericht beschäftigte. Das 21jährige Dienstmädchen Alma Blaschke aus Merseburg war angeklagt, ihre beiden außerehelich geborenen Kinder, und zwar ihren Sohn Franz im Alter von 1 Jahr 2 Monaten und ihre Tochter Marie im Alter von 8 Monaten, getötet zu haben. Die Verhandlung kann man als eine furchtbare Anklage gegen die bestehenden sozialen Verhältnisse bezeichnen, wie sie beweiskräftiger nicht ausgedacht werden kann.

Als sie 2 Jahre alt war, hat die Angeklagte ihren Vater verloren, die Mutter mußte der Erwerbsarbeit nachgehen und so ist Alma Blaschke zuerst in Krippen und später im Waisenhause groß geworden. Liebevolle Fürsorge ist ihr nie zuteil geworden. Von ihrem 14. Lebensjahr an hat sie sich als Dienstmädchen bei fremden Leuten herumschlagen müssen und hat so in mühseliger Arbeit ihren Lebensunterhalt verdient. Im März 1918 wurde ihr erstes Kind geboren, das sie zu ihrer Schwester in Pflege gab. Der Vater des Kindes, ein gewisser Krause, war vom Gericht verurteilt worden, Alimente zu zahlen, hat aber nicht einen Pfennig zum Unterhalt des Kindes beigetragen. Die Pflegekosten mußten ganz allein von der Angeklagten aufgebracht werden, die ihren ganzen Lohn opferte, um dem Kind den Lebensunterhalt zu sichern. Im April 1919, als sich die B. abermals in anderen Umständen befand, wurde sie von Schwager und Schwester aufgefordert, das Haus zu verlassen und das Kind mitzunehmen. Sie weinte und bat, man möchte das Kind behalten, vergebens. Die Mutter der Angeklagten lehnte es ebenfalls ab, das Kind aufzunehmen. In ihrer Verzweiflung wußte die Angeklagte keinen Ausweg und erstickte ihr erstes Kind in der Nacht zum 4. Mai 1919. Es ist beerdigt worden und niemand hat Verdacht geschöpft.

Am 10. Oktober 1919 wurde die Angeklagte abermals von einem Kinde, von einem Mädchen, entbunden. Von der Entbindungsanstalt in Halle aus hat sie sich dann auf den Weg gemacht, um für das Kind eine Pflegestelle zu suchen. Sie hat viele vergebliche Wege gemacht, bis es ihr schließlich gelungen ist, das Mädchen bei einer Frau Eckardt aus Mücheln, der die Angeklagte leid tat, unterzubringen. Alma Blaschke befand sich damals bei dem Gutsbesitzer Artur Wolf in Zscherben, der auch der Vormund des Kindes war, in Dienst und bekam neben freier Wohnung und Kost einen Lohn von 30 Mark monatlich. Ihre eigenen Bedürfnisse hat sie vollkommen zurückgestellt und den ganzen Lohn für die Pflege des Kindes geopfert. Von dem Vater dieses Kindes war ebenfalls kein Pfennig zu bekommen, obgleich sie auch noch den durch Sonntagsarbeit erzielten Extraverdienst an die Pflegemutter des Kindes auszahlte. Die Polizei in Mücheln protestierte dagegen, daß Frau Eckardt das Kind in Pflege behalte, mit der Begründung, daß es in Mücheln nicht heimatsberechtigt sei, sondern nach Merseburg gehöre. Die Angeklagte wendete und versuchte Frau Eckardt zu überreden, das Kind doch zu behalten. Diese hätte es auch gern getan, wagte es aber nicht, der polizeilichen Verordnung zuwiderzuhandeln. Es kann also der Polizei in Mücheln der Vorwurf nicht erspart werden, mit dieser bureaukratischen Verordnung der Angeklagten ungeheure Schwierigkeiten bereitet zu haben, die sie nicht zu überwinden in der Lage war. Am 1. April gelang es Alma Blaschke eine Pflegestelle für das Kind in Merseburg und zwar bei einer Frau Gabriel zu finden. Sie wechselte ihre Stellung, um einen höheren Verdienst zu erzielen, bekam aber nur 50 Mark monatlich, während Frau Gabriel 80 Mk. verlangte. Anfang Juni ist die Angeklagte dann von Frau Gabriel aufgefordert worden, das Kind abzuholen, sie könne es unter keinen Umständen mehr behalten. Trostlos weinend hat die B. dann ihre Mutter gebeten, das Kind in Pflege zu nehmen, die sich aber geweigert hat unter der Begründung, mit kleinen Kindern nichts mehr zu tun haben zu wollen. Ihre Schwester, an die sie sich ebenfalls wandte, hat ihr gesagt, daß sie wohl mit dem Kinde eine Nacht bleiben könne, am anderen Tage aber das Haus verlassen müsse. In dieser Nacht nun ist die Angeklagten in ihrer furchtbaren Lage der Gedanke gekommen, auch dieses Kind zu ersticken. Sie hat es getan, indem sie ihm ein Tuch in den Mund steckte und ist dann am anderen Morgen, weil man Verdacht geschöpft hatte, verhaftet worden.

Die Angeklagte, die einen durchaus sympathischen Eindruck macht, antwortete mit der größten Offenheit auf alle Fragen. Die Vorstellung, wie ungeheuer schwer es ihr geworden sein müsse, ihre eigenen Kinder, an denen sie nach Aussagen der Zeugen mit großer Liebe hing, selbst umzubringen, nur um sie nicht am Elend preiszugeben, nur weil sie in ihrer großen Not gar keinen Ausweg mehr wußte, wirkte geradezu erschütternd. In der Verhandlung kam aber auch zum Ausdruck, daß sowohl der Vormund des einen, als auch des anderen Kindes sich herzlich wenig um ihre Mündel gekümmert haben, daß die B. tatsächlich vollkommen allein stand. Von ihrem früheren Dienstherrn Wolf wurde ihr das Zeugnis ausgestellt, daß sie ordentlich, fleißig und ehrlich gewesen sei.

Die Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Dieser Prozeß ist ein furchtbares Beispiel für die Unzulänglichkeit der bürgerlichen Rechtspflege! Ein Opfer der sozialen Verhältnisse muß verurteilt werden, weil die Paragraphen es dem Richter so vorschreiben. Wir erklären, daß das Mädchen völlig schuldlos ist! Nasenrümpfend werden „anständige" Damen, die sich für ihre hohe Mitgift einen Mann gesetzmäßig gekauft haben, darauf hinweisen, daß die Angeklagte zwei uneheliche Kinder hatte. „Solch eine Person!" Hat ein erwachsenes Weib nicht das natürliche Anrecht auf geschlechtlichen Verkehr, den es eben heute, da die Anzahl der Frauen soviel größer ist als die der Männer, sehr oft nur außerehelich pflegen kann? Oder müssen hunderttausende Frauen sich einer unnatürlichen Enthaltsamkeit befleißigen, nur weil der kapitalistische Krieg die Männer dahingerafft hat. Nein, jeder Mensch hat sein Anrecht auf Glück, und der Staat hätte die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß der dreimal verfluchte Gebärzwang aufhört, solange die Kinder nicht vom Staate ernährt werden. Während die vornehmen Damen von ihren Hausärzten die notwendigen Mittel zur Verhütung der Empfängnis bekommen und ungestraft — weil's nie herauskommt! — Abtreibungen vornehmen lassen, wenn sie doch gegen ihren Willen in andere Umstände kommen, während also diejenigen, die Kinder ernähren könnten, keine bekommen, müssen die armen Mädchen und Frauen, denen ohne Geld kein Mensch hilft, Gebärmaschine sein, um nachher in Not und Elend zu geraten. Niemand hat sich um das arme Mädchen, das nun vor Gericht stand, gekümmert, als sie nicht wußte, wie es seine Kinder ernähren sollte, und als es sie selbst half, da kam die bürgerliche Gesellschaft und verdammte es zu vier Jahren Gefängnis. Wir leben in einem Barbarenstaat!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201119-19/fragment/page=0007

Abteilung: Herrenhüte.
Haar- und Filzhüte . . . . . Mk. 65–
Glockenhüte 78–
Mützen . . . . . von 9.50 an

Billige Hüte

Abteilung: Damenhüte. 5296
Velouretts in allen Farben . . . . . Mk. 68–
Velourhüte 98–
Gestickte Schleier in allen Farben . . . 15–

Stroh- und Filzhut-Fabrik Herold & Schröder, 33 Gr. Steinstr. 33.

Volkspark Heute, Freitag: Gr. BALL. 5256

3 Könige 5256

Bestes Familien-Varieté am Platze.
Ab heute **Neues Programm**
Geschwister Fockinger, Seidelino-Duett, Kurt Pietzschel, Ellen Colmar und die übrigen erstklassigen Künstler.
Eintritt: Wochentags 1,50 Mark.
Sonntagnachmittag: Familien-Vorstellung bei kleinen Preisen.

Achtung! Volkspark Achtung!
kleiner Saal.
Sonnabend, den 20. Nov., abends 7½ Uhr:
Großer Bunter Abend
der Müller-Sänger. Vollständig neues Programm.
5281 Die Spielleitung.

Kraft- und Artistenverein „Achilles"
und 1. Athletenklub zu Halle (S.) von 1890

Sonntag, den 21. Nov., von 10 Uhr vormittags an, im Gr. Saale des Volksparks:
Große
Ringkampf-Konkurrenz
Ueber 100 Ringer aus allen grösseren Städten.
Vormittags 10 Uhr: Leichtgewichtsklassen.
Nachmittags: Schwergewicht zur Konkurrenz.
— Karten im Vorverkauf. —
7 Uhr abends: **Festball.**
Ohne Einlaßkarte kein Zutritt.
5270 Das Komitee.

Athletenklub Eiche, Halle
Sonnabend, den 20. November, im Süd-Palast, Lerchenfeldstraße: 5280
Tanzkränzchen.
Es ladet ein Der Vorstand.

Arbeit.-Radfahrerverein „Vorwärts"
(Bund Freiheit)
Morgen, Sonnabend, von 6 Uhr an bei Germo, Trotha: Ballsäle:
: Stiftungsfest :
Hierzu sind alle Sportgenossen und Gönner einladen. 5273 Der Vorstand.

Preiskegler!
Sonntag, den 21. und 28. November, im Restaurant „Zum Bürgergarten", Liebenauerstr. 157:
Großes öffentl. Geldpreiskegeln.
I. Preis 500 Mk. II. Preis 400 Mk. III. Preis 300 Mk. usw. 2 Tagespreise.
Um rege Beteiligung bittet 5272
Kegelklub „Fidele Neune".

Gasthof zu Wörmlitz.

Sonnabend, den 20. Novbr.:
Auftreten des weltberühmten Kunstmeisterfahrers
Max Enzesberger
verbunden mit Tanzkränzchen.
Anfang 7 Uhr. 5271 Eintritt 2,– Mk.
Es ladet ergebenst ein Max Enzesberger.

Gesellschaftshaus, Diemitz
Jeden Freitag:
Großer Kavalierball
auf neuem Parkett.
Görlach-Orchester.
5230 Der Wirt: Bohgk.

Zeitungsträger für Krosigk
gesucht. Gewissenhafte Bewerber wollen sich bei Herrn Richard Leibrich in Krosigk melden.

Ata
reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw.
Bestes Scheuerpulver für Haushalt, Gewerbe u. Industrie.
Vorzüglicher Herdputz.
Ueberall erhältlich.
Henkel & Cie., Düsseldorf
Fabrikanten von „Sil" und Henkel's Bleich-Soda. 2782

Bin wieder unter **Nr. 2545** an das Fernsprechnetz angeschlossen. 5247
Müllers Wasch- und Plättanstalt, Fleischerstr. 1.

Drucksachen
in jeder Art und Ausführung liefert die
Hallische Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H.

Frischgeschoss. Hasen u. Kaninchen, sowie alles Geflügel empfiehlt *2780
Robert Anton
Streiberstr. 16. Tel. 2772.

Alle Modezeitungen.
empfiehlt die
Volks-Buchhandlung

Eine 1jährige Ziege verkauft. Seeben.
*2791 Hauptstraße 18.

Leitfaden für Gemeinde- und Amtsvorsteher:
Ein Wegweiser für ihre Aemter
2. erweiterte Auflage.
Herausgegeben von der Bezirksleitung der U.S.P. Halle a d. S.
Preis 75 Pf.
Wichtig für alle Gemeindevertreter.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, der Expedition d. Blattes, oder deren Austrägerin, sowie durch die Parteiorganisation oder direkt v. Bezirkssekretariat U.S.P. Halle, Harz 42/44 III, Z. 36.

O. Heimsath & Sohn,
Schneidermstr., Steg 19, empfiehlt sich in *2794 allen vorkommenden Arbeiten zu den billigsten Tagespreis.

Händl. u. Hausierer w. Landkundsch., bef. f. sehr lohn. Artikel ges. *2783 Laborat. Max Menzel, Jahna, Bez. Halle.

Haben Sie freie Zeit? So verdienen Sie zuhause. Prosp. kostenl. Schließfach 14. Charlottenburg 4. *2784

Apollo-Theater. Tägl. 7½ Uhr.
Infolge Unfall v. Fanny Köbe:
Die Frau im Hermelin
In Vorbereitung: 5285
„Die nämliche Liebe"
Optte. v. L. Jessel. Komp. d. „Schwarzwaldmädel".

Modernes Theater.
Neue Promenade 8.
Kabarett-Varieté.
Der grosse November-Spielplan
12 Attrakt. Anf. 7 Uhr
Sonntag nachmittag 4 Uhr: Kleine Preise.
4851 Donnerstags: Kabarett u. Künstler-Ball.

Stadttheater.
Sonnabend, den 20. Nov. Anf. 7½, Ende geg. 10½:
Frühlings Erwachen.
Sonntag abend 6 Uhr: Tannhäuser. 5276

Selkas Restaurant
Dorotheenstr. 12.
Sonntag, den 21. Nov.:
Großes
Preis-Skaten
Anfang 1. Serie 3 Uhr, 2. Serie 7 Uhr.
Vereinszimmer noch einige Tage frei. 5277

Billige 5288
Teller
in Steingut und Porzellan
Haus u. Herd,
Leipziger Strasse 86.

Geld verleiht monatl. Rückzahlg. *2692 Müller & Lehmann, Düsseldorf, 89.

Vereins-Anzeiger

Arbeiter-Sänger-Chor
Heute, Freitag, d. 19. November, abends 6 Uhr, im Volkspark:
Stiftungsfest.
Montag, den 22. November, abds. 8 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Frauen- und Mädchenchor.
Dienstag, den 16. Nov., abends 8 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Turn- u. Sport-Verein Fichte.
Männer-Abteil., Norden: Dienst. u. Freitag 7—9 U. Turnerinnen: Mittw. 8-10. Volkspark-Turnhalle.
Männer-Abteil., Süden: Montag und Freitag, von 7—9 Uhr, i. d. Glauchaer Schule, Taubenstraße.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Freitag, abends 7½ Uhr: im Mozartsaal, Weidenplan 20, Saal-Eingang: Besprechung der Landheim-Frage.
Sonntag: Wanderung nach der Teufelsküche. Ab: Früh 7½ Uhr, v. d. Köllwitzer Brücke.
Montag, abds. 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Harz 42-43: Erw. Ortsgruppenleitung-Sitzung.

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.
Vereinslok.: Gold. Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit."
Vereine, welche sich anschließen wollen, erhalten nähere Auskunft durch Paul Kraus, Halle (S.), Mansfelderstr. 25, II.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts."
Vereinslokal: Horn, Hackebornstraße 4.
Versammlung: Dienstag nach dem 1. im Monat.
Sonnabend, d. 20 November, in den Trotbaer Ballsälen: Stiftungsfest.

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Mittwoch, den 24. November, in der goldenen Kette: Mitglieder-Versammlung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität :: Ortsgr. Halle.
Sonntag, d. 5. Dezbr., nachmittags 1½ Uhr, im Volkspark:
General-Versammlung.
Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig
Der Vorstand

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S. (E. V.)
Uebungsstunden i. Hallen-Schwimmbad:
Dem nahestehend: Mittwochs, von 8 bis 9 Uhr.
Jugendabteilung: Donnerstags, von 7 bis 8 Uhr.
Männerabteilung: Donnerstags von 8 bis 9 Uhr.
Sonnabend, den 20. November: Vorstands-Sitzung.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Verein z. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungstd.: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, in Borks Restaurant, Kurze Straße 1.

I. Gitarre-Zither-Verein, H.-S.
Vereinsl.: Lüderitz, Berg, Reilstraße 47. Jeb. Mittw. 8 Uhr: Uebungsstunde.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigt.-Teilnehmer u. -Hinterbliebenen: Ortsgruppe: Halle (S.)
Mittwoch nach Sem. 1. und 15. jeden Monats, im Volkspark: Mitglieder-Versammlung.
Die Mitglieder werden ersucht, d. Versammlungen zu besuchen u. für unsere Bewegung zu agitieren.
Montag und Donnerstag jede Woche, abends 6-7 Uhr: Rechtsauskunft.

Allg. Arbeiter-Union B. O., Halle.
Sonnabend, d. 20. Nov., abends 7 Uhr, im Reit. Gold. Kette, Alt. Markt: Vertrauensmännersitzung.
Das Erscheinen ist unbedingt nötig.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschl., Ortsgr. Halle.
Mittwoch, den 24. Nov., abends ½8 Uhr, im Volkspark:
Mitglieder-Versammlung

Kommunist. Jugend, Ortsgruppe Halle.
Heim Rathausstr. 16, geöffnet v. 7-10 Uhr abds.
Heute, Freitag, 7-8 Uhr: Zusammenkunft für alle in der Schillerschule, Zimmer 13 u. 14. Im Heim: Vorstandssitzung. Erscheinen aller Funktionäre bei der Gruppen ist Pflicht.
Sonnabend: Bezirks-Leitung im Heim

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung: Jeb. Donnerstag 8-10 Uhr.
Dramatische Abteilung: Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstag u. Freitag 8-10 U.
Mandolinen u. Wander-Abteilung. Mittwochs: Uebungsstunde.
Bibliothek: Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Ammendorf

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.
Singestunden:
Männerchor: Jeb. Dienstag, abends 8 Uhr,
Frauenchor: Jeb. Donnerstag, abends ½8 Uhr, in Teichmanns Hotel.

Turn- und Sport-Verein Fichte, Ammendorf.
Abteilung Ammendorf. Schützenhaus. Turnst.: Dienstags und Freitags von 8—10 Uhr.
Abteilung Diendorf, Dreierbaus. Turnstunde: Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr.
Schüler-Abteilung für Ammendorf: Mittwoch von 5—7 Uhr.

3teil. Sofa, auch defekt, sowie Plüsch- und Stoffportieren, Federbett, rot, kauft E. Dippold. 5205 Große Gotenstraße 12, p.

Gute billige Kaffeemühlen
Haus u. Herd,
Leipziger Straße 86.

Militär-Röcke
feldgrau, Tuch, instandgesetzt, für alle Größen.
Hammerschlag,
Gr. Ulrichstr. 26. 5278

Hosenträger 5283
durchweg Gummi
Paar 11.00 Mark
Leipziger Bazar
Leipziger Straße 17.

Lumpen, Wolle, Neuindk Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchst. Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 3991 Ludwig. Schwetschkestr. 14.

Kunstschulaufsatzpel. Türschilder, liefert am Tage der Bestellung. 5287 Alfred König, Steinpel- u. Schilderfabrik, Halle a. S. Fleischerstraße 24.

Kranke behandle ich mit Homöopathie, Naturheilk., Kräuterheilk. (Tee) u. Massag. J. Arry, Harzuntersuch. **August Kätz,** Gr.-Gosenstr. 20.

Morgen, Sonnabend: Neueröffnung
unserer beiden Filialen:
Kohlschütterstr. 1 gegenüber der Kaserne,
Eingang **Reilstrasse**
und
Triftstrasse 5, Ecke Gosenstrasse.
Leipziger Tabakhaus
LETACO, G. m. b. H.
Halle (Saale) Hauptgeschäft: Mauerstr. 1
Telephon 4721 Ecke Steinweg.
Besonders grosse Spezialität: **Rauchtabak.**
Konkurrenzlos billige Preise. 5284

Grosser Krawatten-Verkauf
zu auffallend billigen Preisen.
Regattes moderne breite Form, wie nebenstehende Zeichnung, St. 20,00 16,50 **13.50**
Schleifen in entzückenden Mustern Stück 10,00 **8.50**
Binder volle breite Form Stück 21,50 18,— **14.50**
Kragenschoner, Rauhschals billigst.
Dauerwäsche-Vertrieb Kleiner Berlin 2,
eine Treppe, Eingang Sternstrasse 5264

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201119-19/fragment/page=0008

Leben • Wissen • Kunst

Im Irrenhaus.

Von Wendelin Thomas.*

Wie der Krieg die Schulen räumte, die Lehrer an die Front rief und die Kinder sich selbst überließ, wie der Militarismus sich die Schulgebäude als Kasernen und Lazarette dienstbar machte, so stellte er auch die Zuchthäuser und Irrenanstalten in seinen Dienst. Er brachte sie für solche, die an dem Begriff Vaterland zum Verbrecher oder zum Wahnsinnigen wurden. Sie sind allerdings den Sorgen enthoben, die Insassen der Irrenhäuser, den Sorgen, die uns geistig Freie noch drücken, sie sind größtenteils wie Kinder und freuen sich an ihrem Spielzeug. Warum trauern wir um sie? Wär's nicht ein Verbrechen, ihnen den Verstand zurückzuwünschen, der sie wie eine Keule niederschlägt? Der Verstand wäre ihr Mörder, denn sie haben zu große Schuld auf sich geladen; das sagte ihnen der Verstand in einer stillen Stunde und damit der sie nicht zum Mord am eigenen Leibe zwinge, hat er sich entfernt von ihnen . . .

Sie sind Kinder geworden, eigensinnige Kinder; jedes hat sein Spielzeug, sein Steckenpferd. Ein ehemaliger Lehrer kommt auf mich zu. Er hat eine wallende Haarmähne. Seine dunkeln Augen liegen tief in den Höhlen. Er zeigt mit seinem rechten Zeigefinger auf mich, blickt mich starr an und ruft ununterbrochen:

„Tu ne tueras point." **

Seine Geschichte ist folgende: Er stürmte mit seiner Kompagnie einen französischen Graben und stieß im Blutrausch einem Poilu das Bajonett durch den Leib. Mit seiner letzten Kraft aber rief der Franzose: „Tu ne tueras point!" Und so klang es in seinen Ohren weiter: „Du sollst nicht töten!" Einmal deutsch, einmal französisch. Sein Verstand mahnt ihn dauernd „nicht töten", „ne tueras point", „nicht töten" . . .

Aber dann gab's noch was, was mehr galt, als der Verstand, es war die Pflicht, und die sagte: „Du mußt töten."

„Du sollst nicht töten", „Du mußt töten", so klang jetzt der Höllenchor.

„Ich muß töten?" „Nun wohlan, ich werde töten!" Und er entsicherte seinen Karabiner und jagte sich eine Kugel durch die Brust. Aber er traf sein Leben nicht so jählich wie das des Franzosen. Nach monatelangem Bemühen der Aerzte um den Selbstmörder, war die Wunde geheilt. In den langen Wochen des Fieberwahns aber hatte sich sein Verstand von ihm entfernt, damit er ihm nicht noch einmal die Qual bereiten müsse, ihn zum Selbstentleiben zu zwingen. Nur eins hat ihm der Verstand gelassen, vielleicht das grausigste seines Lebens. Nicht die Erinnerung an jenen Bajonettstich, nein, nur die Erinnerung an den brechenden Blick des gemordeten Poilu und die ungeheure Anklage des Menschen gegen die Menschheit: „Tu ne tueras point!" „Du sollst nicht töten!"

Eine Gruppe von drei Kranken läuft im Trab an uns vorbei, die beiden ersten gehen sich die Hand und sind am äußeren Arm mit einer Schnur festgebunden, die der Dritte, Hinterdreinlaufende, in seinen Händen hält. Sie marschieren, wie sie es als kleine, glückliche Buben taten, ein Sopwelsgebann. Der Pseudokutscher war Fahrer bei einer Munitionskolonne und verlor seine Pferde durch eine Schrapnellgarbe, die ihn selbst wie durch ein Wunder verschonte. Im gleichen Augenblick verließ ihn sein Verstand und ließ ihm nur eine Aufgabe: sich ein neues Pferdepaar zu suchen, um weiter im Trab an die Front und zurückfahren zu können, um weiter dem Vaterland zu dienen. Nach langem Suchen fand er schließlich, was er suchte: ein geduldiges Pferdepaar, das Trab und Galopp lief, so wie es der Kutscher haben wollte oder auch still stand und sich Schmeichelworte für seine Ausdauer sagen ließ.

An der Umfassungsmauer, mit dem Rücken gegen diese, steht ein vollbärtiger Vierziger. Er soll Kaufmann von Beruf sein. Er hat das Bild seiner jungen Frau und seiner beiden Kinder in der Hand. Sie schauen ihm alle drei in die Augen, aber er scheint sie nicht mehr zu kennen. Er benutzt niemals, wie die übrigen Kranken, die Wege des Anstaltsgartens, er schleicht stets an der Häusermauer und am steinernen Zaun entlang, ängstlich bemüht, keinen Menschen hinter sich kommen zu lassen. Hat er aber doch einmal das Unglück und gewahrt hinter sich jemand, dann erschrickt er heftig, drückt das Bild an sich und hält einen Arm schützend über seinen Kopf, als ob er einen Schlag, der von oben gegen ihn geführt wird, abwehren wolle. Er hat seinen Verstand nicht ganz eingebüßt; es blieb ihm noch ein Rest, um ihn zu quälen.

Als er damals wie ein gehetztes Wild, ohne Deckung zu suchen, so schnell ihn seine Füße trugen und so schnell ihn seine Todesangst vorwärts jagte, zum Graben zurückstürmen wollte, fiel er kopfüber in einen Granattrichter und blieb lange Stunden ohne Besinnung. Sie kehrte nicht mehr vollkommen zurück; nur eine kleine Begebenheit, die letzte, die er mit eigenem Willen zur Sühne machte: ein grausiger Mord.

Er hatte sich freiwillig zur Erkundung eines feindlichen Horchpostens angeboten und war in den dunkeln Morgenstunden bis auf wenige Schritte an diesen herangekommen. Ein Granatloch bot ihm Deckung. Dort wartete er die Morgendämmerung ab und als im Osten das erste Licht flutete und auf das grausam zerrissene Antlitz der Erde fiel, da erhob er sich langsam, um bis zum Posten vorzudringen. Die Aufmerksamkeit würde gewiß eine geringere sein als in der Dunkelheit. Bebende, auf allen Vieren kriechend, legte er die letzten Meter zurück. Jetzt entdeckte er vor sich einen kleinen Wall aufgehäufter Erde und dahinter eine Bajonettspitze. Er hielt sich seitwärts und sah, als er über den niederen Erdwall blicken konnte, einen Soldaten mit dem Rücken gegen die vordere Grabenseite gelehnt und mit geschulterten Gewehr stehen. Er rührte sich lange nicht, er schien zu grübeln. Auf einmal kam Leben in ihn, aber er achtete nicht auf seine Umgebung, er schien nur müde zu sein des Stehens, den er setzte sich jetzt auf die Brustwehr. Gleich darauf griff er in seine innere Manteltasche und holte ein Bildchen hervor. Ein glückliches Lächeln glättet seine herben Züge, er ist mit seinen Gedanken gewiß irgendwo in Südfrankreich oder in der Champagne oder in der Normandie, sieht ein Häuslein vor sich oder auch nur ein fünmnerliches Zimmer: aber es ist seine Welt, die er vor sich sieht im Anblick des Bildchens, das er in seiner linken Hand hält, das eine Frau und zwei kleine helläugige Kinder zeigt, in deren Anblick der Franzose in ferne Erinnerungen verfällt, ganz dort lebt, wo er einst bei Mühe und Arbeit friedlich lebte, ehe ihn der Gestellungsbefehl entwurzelte und in die Dragonnen warf.

Warum passest du nicht auf, Franzose? Merkst du nicht, daß dir Gefahr droht? Merkst du nicht, wie sich hinter deinem Rücken ein Mensch erhebt und mit seinem Gewehr zum Schlag ausholt? —

Tödlich getroffen, stumm, mit schmerzverzerrtem Gesicht, das Bildchen mit einer jungen Frau und zwei blühenden Kindern krampfhaft in der linken Hand, so fällt der Franzose von der Brustwehr auf die Grabensohle. —

In den Abendstunden fand eine Patrouille, die ausgesandt wurde, um den Freiwilligen, dessen Ausbleiben seine Kameraden beunruhigte, zu suchen, ihn in einem Granattrichter. Er hielt ein Bildchen in seiner linken Hand, auf dem seine Frau und seine Kinder zu sehen waren. Beim Herannahen seiner Kameraden drückte er das Bild krampfhaft an sich und hob seinen rechten Arm schützend über seinen Kopf.

Er erwartet nun ein Leben lang den Schlag mit dem Gewehrkolben, mit dem er jenen Franzosen gemordet hatte, der so unklug war, im Krieg an seine Frau und Kinder zu denken.

Viele sind in der Irrenanstalt und es gibt viele solche Anstalten und es waren gewiß nicht die schlechtesten Menschen, die diese Anstalten beleben und die da irre wurden an der Dissonanz zwischen Menschheit und Vaterland.

* Aus: W. Thomas „Wir brauchen einen Krieg . . ." und andere Geschichten aus „großer Zeit".

** Du sollst nicht töten!

12] **Der Untertan.** (Nachdruck verboten.)

Roman von Heinrich Mann.

„Tatsächlich? Sie glauben?" sagte Dietrich. „Dann ist mein Pech wirklich skandalös, daß ich gerade jetzt aus dem Dienst Seiner Majestät scheiden mußte. Ich darf sagen, daß ich gegen den inneren Feind meine volle Pflicht getan haben würde. Auf die Armee, so viel weiß ich, kann der Kaiser sich verlassen."

Er war in diesen nasskalten Februartagen des Jahres 1892 viel auf der Straße, in der Erwartung großer Ereignisse. Unter den Linden hatte sich etwas verändert, man sah noch nicht, was. Berittene Schutzleute hielten an den Mündungen der Straßen und warteten auch. Die Passanten zeigten einander das Aufgebot der Macht. „Die Arbeitslosen!" Man blieb stehen, um sie ankommen zu sehen. Sie kamen vom Norden her, in kleinen Abteilungen und im langsamen Marschschritt. Unter den Linden zögerten sie, wie verwirrt, berieten sich mit den Blicken und lenkten nach dem Schloß ein. Dort standen sie, stumm, die Hände in den Taschen, ließen sich von den Rädern der Wagen mit Schlamm bespritzen und zogen die Schultern hoch unter dem Regen, der auf ihre entfärbten Ueberzieher fiel. Manche von ihnen wandten die Köpfe nach vorübergehenden Offizieren, nach den Damen in ihren Wagen, nach den langen Pelzen der Herren, die von der Burgstraße herschlenderten; und ihre Mienen waren ohne Ausdruck, nicht drohend und nicht einmal neugierig, nicht, als wollten sie sehen, sondern als zeigten sie sich. Andere aber ließen kein Auge von den Fenstern des Schlosses. Das Wasser lief über ihre hinausgewendeten Gesichter. Ein Pferd mit einem schreienden Schutzmann trieb sie weiter, hinüber oder bis zur nächsten Ecke — aber schon standen sie wieder, und die Wiebel schien verschlungen zwischen diesen breiten hohlen Gesichtern, die fahler Abend beschien, und der starren Mauer dort hinten, auf der es dunkelte.

„Ich begreife nicht," sagte Diederich, „daß die Polizei nicht energischer vorgeht. Das ist doch eine unbotmäßige Bande."

„Lassen Sie's gut sein," erwiderte Wiebel. „Die Schutzleute sind genau instruiert. Die Herren da oben haben ihre wohlüberlegten Absichten, das können Sie mir glauben. Es ist nämlich gar nicht immer zu wünschen, daß derartige Fäulniserscheinungen am Staatskörper gleich anfangs unterdrückt werden. Man läßt sie ausreifen, dann macht man ganze Arbeit!"

Die Reife, die Wiebel meinte, kam täglich näher, am sechsundzwanzigsten schien sie da. Die Demonstrationen der Arbeitslosen sahen zielbewußter aus. In eine der nördlichen Straßen zurückgetrieben, quollen sie aus der nächsten, bevor man ihnen den Weg abschneiden konnte, verstärkt wieder hervor. Unter den Linden vereinigten sich ihre Züge, rannen, so oft sie getrennt wurden, wieder zusammen, erreichten das Schloß, wichen zurück und erreichten es noch einmal, stumm und unaufhaltsam wie übergetretenes Wasser. Der Wagenverkehr stockte, die Fußgänger stauten sich, mit hineingezogen in die langsame Ueberschwemmung, worin der Platz ertrank, in dies trübe und mißfarbene Meer der Armen, das zäh dahinrollte, dumpfe Laute heraufwälzte und wie Maste unergegangener Schiffe die Stangen mit den Bannern hinaufreckte: „Brot! Arbeit!" Ein deutlicheres Grollen, ausbrechend aus der Tiefe, jetzt drüben, jetzt hier: „Brot! Arbeit!" Anschwellend über die Menge hinrollend, wie aus einer Gewitterwolke: „Brot! Arbeit!" Eine Attacke der Berittenen, ein Aufschäumen, Zurückfließen, und Weiberstimmen im Lärm, schrill, gleich Signalen: „Brot! Arbeit!"

Man wird überrannt, vom Friedrichdenkmal fegt es die Neugierigen hinunter. Aber sie haben aufgerissene Münder; aus kleinen Beamten, denen der Weg ins Amt versperrt ist, fliegt Staub auf, als würden sie geklopft. Ein verzerrtes Gesicht, das Diederich nicht kennt, schreit ihm zu: „Es kommt anders! Jetzt geht es gegen die Juden!" — und ist untergegangen, bevor ihm einfällt, es war Herr von Barnim. Er will ihm nach, wird in einem großen Schub weit hinübergeworfen, bis vor das Fenster eines Cafés, hört das Klirren der eingedrückten Scheibe, einen Arbeiter, der schreit: „Da haben se mich neulich 'rausgesetzt für meine dreißig Pennje, weil ich keinen Zylinderhut hatte" — und dringt mit ein durch das Fenster, zwischen die umgeworfenen Tische, auf den Boden, wo man über Scherben fällt, einander die Bäuche einstößt und laut zetert. „Niemand mehr 'rein! Wir kriegen keine Luft!" Aber immer mehr steigen ein. „Die Polizei drängelt!" Und die Mitte der Straße sieht man frei liegen, gesäubert, wie für einen Triumphzug. Da sagt jemand: „Das ist doch Wilhelm!"

Und Diederich war wieder draußen. Niemand wußte, wie es kam, daß man auf einmal marschieren konnte, in gedrängter Masse, auf der ganzen Breite der Straße und zu beiden Seiten bis an die Flanken des Pferdes, worauf der Kaiser saß; er selbst. Man sah ihn an und ging mit. Knäuel von Schreienden wurden aufgelöst und mitgerissen. Alle sahen ihn an. Dunkles Geschiebe, ohne Form, planlos, grenzenlos, und hell darüber ein junger Herr im Helm, der Kaiser. Sie sahen: sie hatten ihn heruntergeholt aus dem Schloß. Sie hatten: „Brot! Arbeit!" geschrien, bis er gekommen war. Nichts hatte sich geändert, als daß er da war — und schon marschierten sie, als gehe es auf das Tempelhofer Feld.

Seitwärts, wo die Reihen dünner waren, sagten bürgerlich Gekleidete zu einander: „Na, Gott sei Dank, er weiß, was er will!"

„Was will er denn?"

„Der Bande zeigen, wer die Macht hat! Im guten hat er es mit ihnen versucht. Er ist sogar zu weit gegangen in den Erlassen vor zwei Jahren. Sie sind frech geworden."

„Angst kennt er nicht, das muß man sagen. Kinder, dies ist ein historischer Moment!"

Diederich hörte es und erschauderte. Der alte Herr, der gesprochen hatte, wandte sich an ihn. Er hatte weiße Varktoteletts und das Eiserne Kreuz.

„Junger Mann," sagte er, „was unser herrlicher junger Kaiser da macht, das werden die Kinder mal aus den Schulbüchern lernen. Passen Sie auf!"

Viele hatten gehobene Brüste und feierliche Mienen. Die Herren, die dem Kaiser folgten, blickten mit äußerster Entschlossenheit darein, ihre Pferde aber lenkten sie durch das Volk, als seien alle die Leute zum Statieren bei einer Allerhöchsten Aufführung befohlen; und manchmal schielten sie seitwärts, nach dem Eindruck im Publikum. Er selbst, der Kaiser, sah nur sich und seine Leistung. Tiefer Ernst versteinte seine Züge, sein Auge blitzte hin über die Tausende der ihm Gebannten. Er maß sich mit ihnen, der von Gott gesetzte Herr mit den empörerischen Knechten! Allein und ungeschützt hatte er sich mitten unter sie gewagt, stark nur durch seine Sendung. Sie konnten sich an ihm vergreifen, wenn es im Plan des Höchsten lag: er trachte seiner heiligen Sache sich selbst zum Opfer. War Gott mit ihm, dann sollten sie es sehen! Dann bewahrten sie für immer das Gepräge seiner Tat und die Erinnerung an ihre Ohnmacht!

Ein junger Mensch mit einem Künstlerhut ging neben Diederich, er sagte: „Kennen wir. Napoleon in Moskau, wie er sich solo unter die Bevölkerung mischt."

„Das ist doch großartig!" behauptete Diederich, und die Stimme versagte ihm. Der andere zuckte die Achseln.

„Theater, und nicht mal gut."

Diederich sah ihn an, er versuchte zu blitzen wie der Kaiser.

„Sie sind wohl auch so einer."

Er hätte nicht sagen können was für einer. Er fühlte nur, daß er hier, zum erstenmal im Leben, die gute Sache zu vertreten habe gegen feindliche Bemängelungen. Trotz seiner Aufregung sah er sich noch die Schultern des Menschen an: sie waren nicht breit. Auch äußerte die Umgebung sich mißbilligend. Da ging Diederich vor. Mit seinem Bauch drängte er den Feind gegen die Mauer und schlug auf den Künstlerhut ein. Andere knufften mit. Der Hut lag schon am Boden und bald auch der Mensch. Im Weitergehen bemerkte Diederich zu seinen Mitkämpfern:

„Der hat sicher nicht gedient! Schmisse hat er auch keine!"

Der alte Herr mit Barktoteletts und Eisernem Kreuz war auch wieder da, er drückte Diederich die Hand.

„Brav, junger Mann, brav!"

„Soll man da nicht wütend werden?" erklärte Diederich, noch keuchend. „Wenn der Mensch uns den historischen Moment verekeln will?"

„Sie haben gedient?" fragte der alte Herr.

„Ich wäre am liebsten ganz dabei geblieben", sagte Diederich.

„Na ja, Sedan ist nicht alle Tage" — der alte Herr betupfte sein Eisernes Kreuz. „Das waren wir!"

Diederich reckte sich, er zeigte auf das bezwungene Volk und den Kaiser.

„Das ist doch gerade so gut wie Sedan!"

„Na ja", sagte der alte Herr.

„Gestatten Sie mal, sehr geehrter Herr," rief jemand und schwenkte sein Notizbuch. „Wir müssen das bringen. Stimmungsbild, verstehste? Sie haben wohl einen Genossen verwalkt?"

„Kleinigkeit" — Diederich keuchte noch immer. „Meinetwegen könnt' es jetzt gleich losgehen gegen den inneren Feind. Unseren Kaiser haben wir mit."

„Hein," sagte der Reporter und schrieb. „In der wildbewegten Menge hört man Leute aller Stände der treuesten Anhänglichkeit und dem unerschütterlichen Vertrauen zu der Allerhöchsten Person Ausdruck geben."

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Das Lächeln.

Von Max Jungnickel.

In einer Wärmehalle sitzen sie zusammengekauert und sprechen kein Wort. Ihre Gedanken liegen bettelnd und fluchend vor den warmen, frohen Türen der Reichen. — Ihre Gedanken bohren sich ohnmächtig in die kalte Zukunft oder schleichen frierend zurück in die Vergangenheit. Das Licht flackert arm.

Frierende Hände tasten am Ofen herum. Die Männer sitzen da, zerarbeitet, abgerissen, den Kopf auf die Fäuste gelegt. Hier und dort ein verwahrlostes Mädchen, das einen Spiegelscherben aus dem Strumpf sucht und ihr struppiges Haar ordnet.

Kein Wort fällt. Aber es ist, als ob das Tropfen ihres Blutes an die Fenster klopft und um Erlösung schreit. Draußen rüttelt der Sturm.

Da schleicht plötzlich eine Frau, mit einem Kind im Arm, in die graue Wärmehalle. Eine magere, blasse Frau. Sie setzt sich nah an den Ofen. Jetzt schlägt das Kind die Augen auf, die groß vom Schlafen sind. Ein Lächeln glimmt an und schimmert jetzt hell über das kleine Kindergesicht.

Da wird das arme Flackerlicht andächtig und strahlt. Und das Lächeln des Kindes hängt sich jauchzend an die rauhen, zerquälten Herzen der Männer und streichelt die verblühten Wangen der Mädchen. Die hungernden Gesichter werden weich und man sieht jetzt, daß gute Seelen dahinter wohnen.

Dem einen fällt jetzt das schöne Halstuch ein, das er einmal im Kartenspiel verlor. Wenn er's jetzt umbinden könnte. Ein Mädchen träumt lächelnd vor sich hin . . . Und in ihren Traum singen Vögel. Und sie alle haben nur eine Sehnsucht: das Kind zu liebkosen. Nur einmal die kleinen Hände zu streicheln, oder den Schnürsenkel festzubinden, der am kleinen Schuh aufgegangen ist. Aber sie sind alle auf einmal so schüchtern geworden.

Da geht die Frau wieder hinaus, in die Nacht. Vom Stundenzeiger fallen zerblättert die Rosen, und er geht wieder hart und nüchtern seine Bahn. Alles ist wie vorher.

Verfolgte Raucher.

Noch ein Beitrag zur Geschichte des Tabaks.

Von Zeit zu Zeit tauchen Bewegungen auf, die sich gegen das Rauchen wenden und auf die Schädlichkeit des Nikotins aufmerksam machen. Die Vergangenheit beweist die Aussichtslosigkeit dieser Versuche; in alter Zeit setzten Staat und Gesetz ihre ganze Macht im Kampfe gegen den Tabak ein, um schließlich doch nachgeben zu müssen. In Persien wurde in früheren Jahrhunderten das Tabakrauchen mit dem Tode oder mit Abschneiden der Nase bestraft, und ein gleiches Gesetz führte Zar Michael Fedorowitsch im Jahre 1613 in Rußland ein. Zehn Jahre später folgte auch Sultan Murad IV. dem Beispiel des Zaren und verbot den Tabak in der Türkei. Der Senat der Stadt Bern zählte das Tabakrauchen im Jahre 1660 zu den schwersten Verbrechen, und in anderen Staaten wurden Anhänger des damals noch neuen Lasters öffentlich ausgepeitscht. In England erließ Jakob I. ein strenges Gesetz gegen den Tabak, aber das britische Parlament ging noch weiter, als es Raghlif, der den Tabak dort eingeführt hatte, zum Tode verurteilte. Doch nicht allein die Fürsten und Parlamente eiferten gegen das Rauchen; auch die Kirche und das Papsttum setzten ihre ganze Macht daräußer ein, das Tabakrauchen zu unterdrücken. Papst Urban VIII. mußte am 8. Januar 1642 dem Erzbischof von Sevilla unter Androhung der Exkommunikation den Tabak verbieten, und Innocenz XI. dehnte dieses Verbot auf Rom aus und drohte allen tabakgierigen Geistlichen mit Suspendierung vom Amte und 25 Dukaten Strafe. Aber alles war umsonst, 1725 mußte auch der Papst vor dem Tabak kapitulieren, und am 10. Januar desselben Jahres hob Benedikt XIII. in einem Edikt die früheren Bestimmungen auf, damit die Gläubigen nicht mehr das unwürdige Schauspiel genießen könnten, tabakfüchtige Würdenträger alle Augenblicke aus der Kirche eilen zu sehen, um in irgendeinem Nebengemache heimlich ein paar Züge zu schmauchen.

Bücher und Schriften.

Für Schachfreunde. „Lehrbuch des Schachspiels". Einführung in alle Zweige des Schachspiels von J. Berger. 3. Auflage. Preis gebunden 7 Mark. Max Hesses Verlag, Berlin W 15. — Arbeitern, die sich für das edle Spiel interessieren, kann dieses Büchlein zur ersten Einführung anempfohlen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201119-19/fragment/page=0009

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung, die Neuwahl der Beisitzer zum Kaufmannsgericht betreffend.

Nach den Verordnungen auf Abänderung des Kaufmannsgerichtsgesetzes vom 12. Mai 1920 und vom 29. Oktober 1920 scheiden die sämtlichen Beisitzer des Kaufmannsgerichts mit dem 31. März 1921 aus ihren Aemtern aus und haben Neuwahlen stattzufinden. Es sind deshalb 40 Beisitzer zu wählen, und zwar 20 aus den Kaufleuten, welche mindestens einen Handlungsgehilfen oder Handlungslehrling regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, sowie 20 aus den Handlungsgehilfen.

Die Wahl dieser Beisitzer erfolgt

am Sonntag, den 16. Januar 1921,

in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr.

Die Stadt Halle bildet einen Wahlbezirk. Zur Ausübung des Wahlrechts werden die folgenden drei örtlichen Wahlstellen eingerichtet:

1. Wahlstelle: Torschule, Torstraße 13/14,
2. Wahlstelle: Martinschule, Charlottenstraße 15,
3. Wahlstelle: Neumarktschule, Hermannstraße 32.

Wiederwahl der ausscheidenden Beisitzer ist zulässig, sofern bei ihnen die Voraussetzungen für die Wählbarkeit zutreffen.

Die Wahl der Beisitzer ist unmittelbar und geheim, sie findet nach den Grundsätzen der **Verhältniswahl** statt.

Die Wahlvorschlagslisten sind von den Wahlberechtigten bis spätestens Sonnabend, den 18. Dezember 1920, nachmittags 3 Uhr, in der Gerichtsschreiberei des Kaufmannsgerichts, Schmeerstr. 1, 1, einzureichen.

Die Vorschlagslisten sind für die Kaufleute und Handlungsgehilfen gesondert aufzustellen und dürfen sowohl bei den Kaufleuten wie bei den Handlungsgehilfen je 20 Namen enthalten; sie müssen — unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters — von mindestens 10 Wählern des betreffenden Wahlkörpers unterzeichnet sein.

Mit jeder Vorschlagsliste sind die Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Personen vorzulegen. Sie müssen außer dem Namen der vorgeschlagenen Personen und der Unterzeichner, auch den Vornamen, Stand und Wohnung angeben. Vorschlagslisten, welche den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, oder nicht rechtzeitig eingereicht werden, sind ungültig.

Die Wahlvorschlagslisten werden spätestens am 8. Januar 1921 öffentlich bekanntgegeben.

Das Wahlrecht darf nur persönlich durch Abgabe eines Stimmzettels an einer Wahlstelle, und zwar an derjenigen ausgeübt werden, in deren Bezirk der Wähler zur Zeit der Vornahme der Wahl seine Handelsniederlassung hat oder beschäftigt ist.

Die Stimmzettel dürfen keine äußeren Kennzeichen haben, auch nicht unterschrieben sein oder einen Protest oder Vorbehalt enthalten. **Stimmzettel, welche diesen Vorschriften nicht entsprechen, sind ungültig.** Sie sind außerhalb des Wahlraumes handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung mit der deutlichen Bezeichnung so vieler Personen zu versehen, als für eine Vorschlagsliste zugelassen sind, und derart zusammenzulegen, daß die darauf enthaltenen Namen verdeckt sind.

Die Namen können beliebigen Listen entnommen werden; es ist unzulässig, Personen, die keiner Liste zugehören, zur Wahl zu bringen.

Enthält ein Stimmzettel mehr Namen, als für eine Vorschlagsliste zugelassen sind, so gelten die zuletzt eingetragenen Namen als nicht geschrieben. Enthält er weniger Namen, als für eine Vorschlagsliste zugelassen sind, so wird er in der Weise ergänzt, daß die auf ihm geschriebenen Namen in der ihnen gegebenen Reihenfolge, soweit und so oft es zur Ausfüllung erforderlich ist, wiederholt werden. Auch darf ein Wähler, der auf seinem Stimmzettel weniger Namen hat, als für eine Vorschlagsliste zugelassen sind, sein Stimmrecht dadurch voll ausnützen, daß er auf dem Stimmzettel einzelnen der von ihm Gewählten durch Beifügung von Zahlen hinter ihren Namen mehrere Stimmen gibt.

Ist aus einem Stimmzettel die Person eines der Gewählten nicht mit Sicherheit zu entnehmen, oder sind nicht wählbare oder in den Wahlvorschlagslisten nicht enthaltene Personen darin verzeichnet, so sind die für diese Personen abgegebenen Stimmen ungültig, unbeschadet jedoch der Gültigkeit der außerdem auf dem Stimmzettel noch angegebenen Namen.

Finden sich bei Auszählung der Stimmzettel zwei gleichlautende miteinandergefaltet, so gilt nur der eine von ihnen. Werden mehrere verschiedene Stimmzettel miteinandergefaltet abgegeben, so sind sämtliche ungültig.

Zu Beisitzern können nicht berufen werden:

1. Personen weiblichen Geschlechts,
2. Ausländer,
3. Personen, welche die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben,
4. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann,
5. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Zum Beisitzer soll nur berufen werden, wer das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat.

Zu Beisitzern sollen ferner nicht berufen werden Personen, welche wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen zu dem Amte nicht geeignet sind.

Zur Teilnahme an der Wahl sind berechtigt:

Diejenigen auch weiblichen Personen, welche das zwanzigste Lebensjahr vollendet und im Bezirke des Kaufmannsgerichts ihre Handlungsniederlassung haben oder beschäftigt sind.

Im übrigen sind die oben unter 2—5 bezeichneten Personen, welche zu Beisitzern nicht berufen werden können, auch nicht wahlberechtigt.

Den Kaufleuten stehen gleich die Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft oder einer als Kaufmann geltenden juristischen Person, sowie die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Handlungsgehilfen, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von dreißigtausend Mark übersteigt, sowie die in Apotheken beschäftigten Gehilfen sind weder wahlberechtigt noch wählbar.

Die Berechtigung zur Teilnahme an der Wahl ist auf Erfordern dem Wahlvorstande im Wahlraum nachzuweisen. Hierzu genügt für Kaufleute beispielsweise die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung des Betriebes oder die letzte Quittung über Zahlung der Gewerbesteuer, für Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen ein Zeugnis ihres Prinzipals oder der Polizeibehörde. Die Anerkennung anderer Ausweise bleibt dem Ermessen des Wahlvorstandes überlassen.

Formulare zu diesen Zeugnissen werden in der Gerichtsschreiberei des Kaufmannsgerichts Schmeerstraße 1, 1, unentgeltlich verabfolgt.

Nach Ablauf der zur Vornahme der Wahl festgesetzten Zeit werden nur noch diejenigen Personen, welche bereits im Wahllokale anwesend sind, zur Wahl zugelassen.

Halle (Saale), den 10. November 1920.

Der Vorsitzende des Wahlausschusses.

Finger.

Wahlstelle I.

Wahllokal: Torschule, Torstraße 13/14.

1. Umfassend die Straßen: Albert-Schmidt-Straße, Annenstr., Artilleriestr., Am alten Bahnhof, Bäckerstraße, Barbarastr., Beesener Str., Beesener Weg, Am Bergmannsdorfer Bahnhof, Bernhardstr., Bertramstr., Brüchlagstr., Blücherstr., Böllberger Weg, Bruchdorfer Str., Buddestr., Bugenhagenstr., Büschdorfer Straße, Calbwiesen, Canenaer Weg, Canstenstr., Dryoldsgasse, Delitzscher Str., Dieskauer Str., Dryanderstr., Eckleinstr., Flottwellstr., Franckeplatz, Franckestr., Freiimfelde, Freiimfelderstr., Geleniusstr., Glauchaer Str., Gräfestr., Grimmstr., Gommergasse, Gutenbergstr., Am Güterbahnhof, Harrachstr., Herbarstr., Gustav-Hertzberg-Platz, Gustav-Hertzberg Straße, Hirtenstr., Hochstr., Holzplatz, Hübnerstr., Huttenstr., Jakobstr., An der Johanniskirche, Johannisplatz, Jenaestr., Kanonierstr., Kieferstreinstr., Königsplatz, Königstr., Kirchnerstr., Kronderstr. Str., Ladenbergstr., Landsberger Str., Landwehrstr., Langestr., Lauchstädter Str., Leipziger Chaussee, Leoistr., Lerchenfeldstr., Liebenauer Str., Lindenstr., Ludwigstr., Lützener Str., Lutherplatz, Lutherstr., Mauerstr., Maybachstr., Melanchthonstr., Merseburger Str., Mittelwache, Moritzzwinger, Nickel-Hoffmann-Straße, Niemeyerstr., Oiendorfer Str., Paul-Riebeck-Straße, Pfännerhöhe, Poradowskystr., Prinzenstr., Preßlers Berg, Neue Promenade, Pulverweiden, Raffineriestr., Reideburger Str., Riebeckplatz, Riedelstr., Röntgenstr., Röpziger Str., Rothbachstr., Rudolf-Hahm-Straße, Saalberg, Sagisdorfer Str., Schleiermacherstr., Schlosserstr., Schmiedestraße, Schönigstr., Schützenstr., Schweizerstr., Seckendorffstr., Semlerstr., Stadtquitweg, Steg, Steinweg, Streiberstr., Südstr., Taubenstr., Thielenstr., Tholuckstr., Thomasiusstr., Torstr., Thüringer Str., Turmstr., Unterplan, Veneziastr. I—V, Viehhofstr., Weißeischeiderstr., Weingärten, Weiserstr., Wiesenstr., Wittestr., Wörmlitzer Str., Wolfstr., Zwingerstr., Zwinglistr.

Wahlstelle II.

Wahllokal: Martinschule, Charlottenstr. 15.

2. Umfassend die Straßen: Albert-Dehne-Straße, Anhalter Str., Auterstr., Augustastr., An der Badeerl, Bärgasse, Barfüßerstr., Am Bauhof, Bechershof, Bergstr., Berlin, Großer und Kleiner, Berliner Str., Böllbergasse, Brauhausstr., Große u. Kleine, Brüderstraße, Brunoswarte, Charlottenstr., Dachritzstr., Dompiatz, Domstr., Dorotheenstr., Drenhauptstr., Dzondistr., Fischerplan, Flutgasse, Forsterstr., Franzosenweg, Friesenstr., Fürstenstal, Gerberstr., Germarstraße, Gottesackerstr., Grajeweg, Grünstr., Gutsjahrstraße, Hackebornstr., Hasenstr., Hagenstr., Halberstädter Straße, Hallorenstr., Hauptsack, Herrenstr., Hordorferstr., Jägergasse, Jahnstr., Julius-Kühn-Straße, Kanzleigasse, Karzerplan, Kaulenberg, Kellnerstraße, Klausstr., Große und Kleine, Kleinschmieden, Krauienstr., Krukenbergstr., Kühler Brunnen, Kuhgasse, Kurzegasse, Kutschgasse, Kuttelhof, Leipziger Str., Lilienstr., Märkerstr., Große und Kleine, Magdeburger Straße, Marktleder Str., An der Marienkirche, Marienstr., Alter Markt, Marktplatz, Martinsberg, Martinstr., Meckelstr., Meterstr., Mittelstr., An der Moritzkirche, Moritzkirchhof, Mühlberg, Mühlgasse, Mühlpforte, Neue Gasse, Neunhäuser, Nicolaistr., Oleariusstr., Packhofsgasse, Paradeplatz, Paradesgasse, Parkstr., Pfälzerstr., Poststr., Alte Promenade, Rannischerstr., Rathausstr., Ratsweerder, Ritterstr., Rittergasse, Robert-Franz-Str., Röserstr., Salzstr., Salzgrafenstr., Sandberg, Großer und Kleiner, Schlamm, Schloßberg, Schloßgasse, Große und Kleine, Schimmelstr., Schmeerstr., Schmalegasse, Schülerhof, Schulstr., An der Schwemme, Spertingsberg, Spiegelstr., Spitze, Steinbocksgasse, Steinstraße, Große und Kleine, Sternstr., Talamtstr., Töpferplan, Trödel, Tuchrähmen, Ulrichstr., Große und Kleine, An der Universität, Volkmannstr., Bostraße, Werdergasse, Zapfenstr., Zentenstr.

Wahlstelle III.

Wahllokal: Neumarktschule, Hermannstr. 32.

3. Umfassend die Straßen: Adolfstr., Advokatenweg, Albrechtstr., Angerweg, Angerstr., Bahnhofstr., Belfortstr., Bergschenkenweg, Bernburger Straße, Birkenallee, Birkenwäldchen, Bismarckstr., Blumenstraße, Blumenthalstr., Böchtl., Boeckelstr., Brachwitzer Str., Brandenburger Str., Breitestr., Brunnenstraße, Große und Kleine, Burgstr., Büllowstr., Cecilienstr., Am Donnersberg, Conradstr., Crollwitzer Str., Dessauer Platz, Dessauer Str., Dittenbergerstraße, Dölauer Str., Gnadendorfstr., Chlsäser Straße, Ernestustr., Ernst-Moritz-Arndt-Straße, Fährstr., Falkstr., Falanenstr., Fehrbellinstr., Feldstr., Feilenstr., Fichtestr., Fleischerstr., Friedenstr., Fuchsbergstraße, Friedrichplatz, Friedrichstr., Fritz-Reuter-Straße, Gabelsbergerstr., Galgenberg, Gartenstr., Gerlstr., Gorgin, Gniebschwetzmer Str., Gut Gimritz, Gnetenenstr., Goienitz, Große und Kleine, Göbenstraße, Goethestr., Gröchestr., Gröchenstr., Händelstr., Hardenbergstr., Harz, Hedwigstr., Heideweg, Heinrichstraße, Henriettenstr., Herderstr., Hermannstr., Hohenzollernstr., Hoheweg, Holbystr., Humboldtstr., Jägerplatz, Jenschstr., Immelmannweg, Kabelhauer, Kaiserplatz, Kaiserstr., Kapellengasse, Karlstr., Am Kirchtor, Klausbergstr., Am Klausberge, Kleiststr., Klosterstr., Kohlschutterstr., Königsberg, Körnerstr., Köthener Str., Kronprinzenstr., Kuhnstr., Kurallee, Kurfürstenstr., Lassonstraße, Landram, Der, Laurentiusstraße, Leitergasse, Leopoldstr., Leipzigstr., Lettiner Straße, Lettiner Weg, Liebigstr., Lilienthalweg, Lothringer Str., Luisenstr., Luckengasse, Ludwigs-Wucherer-Str., Margaretenstr., Marthastr., Moltkestraße, Mortitzstr., Mozartstr., Mützischer Str., Mühlweg, Neumarktstr., Neuwerk, Nordstr., Opiner Str., Oppiner Str., Berl., Perisnitz, Petznzstr., Pestalozzistraße, Petersbergstr., Pfarrstr., Plan, Platanenstr., Rainstr., Rauchfußstr., Reichardstr., Reilstr., Richard-Wagner-Straße, Röderberg, Roonstr., Rosenstr., Saalestr., Saalwerderstr., Scharnhorststr., Scharnhorststraße, Berl., Scharrenstr., Schillerstr., Schleifweg, An der Schleife, Schleusenstr., Schleuse Trotha, Schulberg, Seebener Str., Seeplatz, Sophienstr., Staudestr., Steinmühle, Stephanstr., Tastr., Thoerplatz, Thaerstr., Theodor-Weber-Str., Tiergartenstr., Triftstr., Trotzaer Str., Uferstr., Uhlandstr., Ulestr., Unterberg, Viktoriaplatz, Viktoriastr., Viktor-Scheffel-Straße, Volharstr., Wallstr., Große und Kleine, Wasserturm, Am, Wasserweg, Weidenplan, Weinberg, Weinberanweg, Weißenburgstr., Wettiner Str., Wielandstr., Wilhelmstr., Winkel, Zum, Wittekindstr., Wörthstraße, Yorkstr., Zeppelinstr., Zinksgartenstr., Zietenstraße.

Städtischer Verkauf von Armee-Konserven mit reichlich Fleisch, Reis, Trockenei und Bratfett in der Talamtschule am Sonnabend, den 20. November 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 78 501 bis 84 500, vormittags von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person aller Hausbelle 1 Dose Armee-Konserven mit reichlich Fleisch zum Preise von 6,50 Mk., ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. für das halbe Pfund, 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4,— Mk. und 200 Gramm Bratfett zum Preise von 5,— Mk., für 50 Gramm abgegeben werden.

Wohnungstausch.

Eine hiesige Familie bietet sich Gelegenheit nach Meuselwitz zu ziehen. Meldungen Dienstags und Freitags im Wohnungsamt.

Der Magistrat. (Wohnungsamt).

Aus den Kreisen der Webereis-Industrie wird lebhaft Klage geführt, daß die Einfuhr baumwollener Spitzen und Spitzenstoffe, sowie seidener Schleier und glatter Tülle aus dem Auslande in letzter Zeit bedeutend zugenommen hat. Es bedarf keiner besonderen Darlegung, daß durch eine derartige wilde Einfuhr unsere heimische Industrie erheblich geschädigt und gefährdet wird. Nach den Verordnungen über die Regelung der Einfuhr vom 16. 1. 17 (RGBl. S. 41) und 22. 3. 20 (RGBl. S. 34 wird bestraft, wer — vorsätzlich oder fahrlässig — Waren einführt, ohne daß der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung in Berlin die Einfuhrbewilligung erteilt hat oder, wer den an die Bewilligung geknüpften Bedingungen zuwiderhandelt. Der Versuch ist strafbar. Waren, die den angeführten Bestimmungen zuwider eingeführt werden oder bereits eingeführt sind, unterliegen der Beschlagnahme und der entschädigungslosen Verfallserklärung zu Gunsten des Reichs.

Die Polizeiverwaltung.

Ersatz für

Pelz

sind unsere

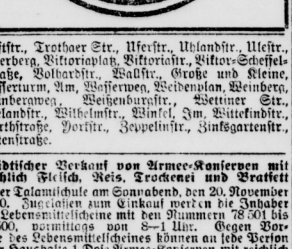
Mäntel

aus

Sealplüsch
Seidensamt
Astrachan
Krimmer
Ural *(Persianer-Imit.)*

Wir führen in diesen Artikeln nur die allerbesten Qualitäten in erstklassiger Verarbeitung und verkaufen dieselben kolossal 5289

billig



Bitterfeld

Der Reichsminister der Finanzen hat zur Vorbereitung der Veranlagung zur Einkommensteuer für die Rechnungsjahre 1920/21, die Personenstandsaufnahme, gemäß § 167 der Reichsabgabenordnung, angeordnet. Für die Eintragungen in die zur Ausgabe gelangenden Wohnungslisten ist der Stand vom 15. November 1920 maßgebend. Mit der Durchführung der Personenstandsaufnahme sind die Gemeindebehörden betraut worden. Der Magistrat hat für den Bezirk der Stadt Bitterfeld Beamte beauftragt, die die Wohnungslisten den zuständigen Wohnungsinhabern (Haushaltungsvorständen) behändigen und an einem noch zu bestimmenden Tage ausgefüllt wieder abnehmen werden. Nähere Auskünfte und Anweisungen werden die mit der Aufnahme beauftragten Beamten erteilen können. Es wird noch auf § 202 der Reichsabgabenordnung hingewiesen, wonach gegen Säumige mit Zwangsmittel vorgegangen werden kann. *2772

Bitterfeld, 15. November 1920.

Der Magistrat. Schmidt. Lamscha.

Fleischversorgung.

Die in dieser Woche aufgekommenen Vertragsschweine kamen im Stadtbezirk Bitterfeld in den Fleischereien von Fernau, Oskar Schmidt, Schräpel, Krake, Mühlenhoff, Rast, Küster, Dietrich, Schiller und Baumbach sofort zur Verteilung. Belieferung erhielte die Bezirke 8, 9, 10 und den bisher nicht belieferten Bezirke 1, 2, 3, 4 und 7 pro Person mit 125 Gramm auf den Markenabschnitt 1 der Fleischkarte für Vertragsschweine. Außerdem wird die Kolonie Zschornewitz mit Vertragsschweinefleisch, pro Person 125 Gramm beliefert. Der Verkaufspreis für 1 Pfund Vertragsschweinefleisch beträgt 15,00 Mk. In der Woche vom 21.—27. November 1920 kommt in sämtlichen Fleischverkaufsstellen des Kreises auf Abschnitt 3 der Auslandsfleischkarte 250 Gramm Corned beef zur Verteilung. Der Verkaufspreis beträgt 9,00 Mk. je Pfund. *2785

Bitterfeld, den 18. November 1920.

Der kommissarische Landrat. Stammer.

Artern

Rückzahlung von Gemeindesteuern für 1919.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 1. April 1920, wonach bei der Veranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer für 1919 das Notgesetz vom 4. Juni 1919 (Ges. S. S. 83/94) betr. niedrigere Heranziehung der Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 2500 Mark Anwendung findet, wird die Rückzahlung, der für 1919 überzahlten Beträge, in der Zeit vom 20. November bis 15. Dezember 1920, von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, durch die Stadtsteuerkasse vorgenommen. Es kommen nur Personen in Frage, welche auf Grund des Steuerzettels für 1919 die Steuern restlos bezahlt haben und mit einem Einkommen bis zu 3300 Mark zur Steuer herangezogen waren. Bei der Rückzahlung ist der Steuerzettel der Kasse unbedingt vorzulegen.

Artern, den 18. November 1920. *2789

Der Magistrat.

Zahlung von Reichssteuern.

1. Die 3. Rate der vorläufigen Reichseinkommensteuer ist bis 15. November 1920 zu zahlen. Alle, nach diesem Tage noch ausstehenden Beträge müssen zwangsweise eingezogen werden. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Bekanntmachung als Mahnung gilt. 2. Der Termin betreff. Zahlung der Kriegsabgabe für 1919 läuft mit Ende dieses Monats ab. Beträge, die bis dahin nicht eingegangen sind, müssen ebenfalls zwangsweise beigetrieben werden. *2789

Artern, den 15. November 1920.

Der Magistrat.

Inhalt zum Teil verboten, wieder frei!

Vor und in der Ehe

bietet **Verlobten** und **Eheleuten** das Buch

vom Baume der Erkenntnis

v. Hans Alexandes eine Fülle **sexuell Aufkl.**

Unwissenheit ist die Ursache fast aller **Frauen- u. Geschlechtskrankheiten.** *2107

Aus dem Inhalt:
Von der Liebe. Sexuelle Aufklärung. Schamgefühl. Verlust der Jungfräulichkeit. Geschlechtl. Enthaltsamkeit, Entsteh ung, Verhütung, Heilung von **Geschlechtskrankheiten.** Ausbleiben der Menstruation. Uneheliche Mütter. Freie Liebe und wilde Ehe. Die Hochzeitsnacht. Regeln für den ehelichen Geschlechtsverkehr. Einschränkung des Kindersegens. Ansteckung zwischen Braut- und Eheleuten. Gibt es platonische Freundschaft zwischen Mann und Weib? usw. — Preis brosch. Mk. 7, gebd. Mk. 10, portofrei bei Voreinsendung direkt von

Orlaverlag Leipzig, Kohlgartenstr. 13-63

Nachnahme 1 Mk. Zuschlag.

Holzpantoffeln

starkes Lederblatt

(Friedensware)

liefert billigst 3988

Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.

Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Familien-Nachrichten

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, sagen wir allen unseren innigsten Dank. Herzlichen Dank auch seinen Kollegen sowie dem Eisenbahnverband.

In tiefem Schmerz

Frau Wwe. Anna Gelersbach

nebst Kindern und Angehörigen. 5268

Danksagung. *2787

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen, sagen wir nach allen Seiten unsern innigsten Dank.

Sangerhausen, im November 1920

Wwe. Aug. Reichelt nebst Angehörigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219201119-19/fragment/page=0010